

Abschlusskongress des Forum Bildung am 9. und 10. Januar 2002 in Berlin

Bonn : BLK 2002, 118 S. - (Ergebnisse des Forum Bildung; 4)



Quellenangabe/ Reference:

Abschlusskongress des Forum Bildung am 9. und 10. Januar 2002 in Berlin. Bonn : BLK 2002, 118 S. - (Ergebnisse des Forum Bildung; 4) - URN: urn:nbn:de:0111-opus-2672 - DOI: 10.25656/01:267

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-2672>

<https://doi.org/10.25656/01:267>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Ergebnisse des Forum Bildung

IV

Abschlusskongress
des Forum Bildung
am 9. und 10. Januar 2002
in Berlin



Impressum

Herausgeber

Arbeitsstab Forum Bildung
in der Geschäftsstelle der
Bund-Länder-Kommission
für Bildungsplanung und
Forschungsförderung
Hermann-Ehlers-Straße 10
53113 Bonn
Tel. (0228) 5402-126
Fax (0228) 5402-170

Redaktion

Online-Redaktion Forum Bildung
Stephanstraße 7-9 · 50676 Köln
Tel. (0221) 2784-705
Fax (0221) 2784-708
redaktion@forumbildung.de

Layout und Satz

Digitale Zeiten GmbH
Nikolaus Rulle
Umschlag: Helmut Langer Design

Fotos

Alena Paetz

© Forum Bildung 2002

ISBN 3-934850-27-8

Die Verantwortung für den Inhalt der Textbeiträge liegt bei den Autoren. Fotomechanische Nachdrucke sowie die Verarbeitung durch Film, Funk und Fernsehen bedürfen der Zustimmung des Herausgebers.

**Abschlusskongress
des Forum Bildung
am 9. und 10. Januar 2002
in Berlin**

Inhaltsverzeichnis

9. Januar 2002

Begrüßung

Hans Konrad Koch, Leiter des Arbeitsstabes Forum Bildung 8

Empfehlungen des Forum Bildung im internationalen Kontext

Podiumsdiskussion 11

Teilnehmer/Teilnehmerinnen

Wolf-Michael Catenhusen, Parlamentarischer Staatssekretär
des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Otto Dibelius, Direktor, Generaldirektion Bildung und Kultur
der Europäischen Kommission

Andreas Schleicher, OECD, Bildungsindikatoren und PISA

Dr. Cecilia Braslavsky, Direktorin, International Bureau for
Education (IBE), Unesco, Genf

Moderation: *Christine M. Merkel*, Deutsche Unesco-Kommission

Eröffnung der Projektemesse 26

Wolf-Michael Catenhusen, Parlamentarischer Staatssekretär
des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

10. Januar 2002

Begrüßung 34

Hans Zehetmair, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft,
Forschung und Kunst

Rede von Bundespräsident *Johannes Rau* 38

Konsequenzen aus der Sicht des Bundes 50

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung

Konsequenzen aus der Sicht der Länder	56
<i>Prof. Dr. Jürgen Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz</i>	
Bewertung der Empfehlungen aus der Sicht der Sozialpartner und der Kommunen	
Podiumsdiskussion	67
Teilnehmerinnen/Teilnehmer:	
<i>Elfriede Ohrnberger, Vorsitzende des Schulausschusses des Deutschen Städtetages</i>	
<i>Dr. Franz Schoser, ehem. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages</i>	
<i>Ingrid Sehrbrock, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes</i>	
<i>Dr. Eva-Maria Stange, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft</i>	
Moderation: <i>Eva Maria Götz, Journalistin</i>	
Bildungsreform vor Ort gestalten – Beispiel Schule	
Podiumsdiskussion	91
Teilnehmerinnen/Teilnehmer:	
<i>Dr. Helmut Dinse, Direktor des Paul-Gerhardt-Gymnasiums Dassel</i>	
<i>Renate Hendricks, Vorsitzende des Bundeselternrates</i>	
<i>Erika Risse, Direktorin des Elsa-Brändström-Gymnasiums Oberhausen</i>	
<i>Sebastian Schlüsselburg, BundesschülerInnenvertretung</i>	
<i>Professor Dr. Wolfgang Weiß, Magistrat der Stadt Bremerhaven</i>	
Moderation: <i>Kayhan Özgenc, FOCUS</i>	
Schlusswort	116
<i>Hans Zehetmair, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst</i>	
Forum Bildung	118
Bestellformular	121

Wissen *schafft* Zukunft

Abschlusskongress des Forum Bildung

9. Januar 2002



Begrüßung

durch den Leiter des Arbeitsstabes Forum Bildung,
Hans Konrad Koch, beim Abschlusskongress des Forum
Bildung am 9. Januar 2002 in Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Abschlusskongress des Forum Bildung begrüße ich Sie sehr herzlich. Ich danke allen, die diesen Kongress gestalten. Ein besonderer Dank geht an die Expertinnen und Experten, die uns in der Projektemesse ihre Erfahrungen aus der Praxis zur Verfügung stellen. Sie machen noch einmal deutlich, dass eine erfolgreiche Bildungsreform sowohl Rahmenbedingungen „von oben“ wie das Gestalten dieser Rahmenbedingungen „von unten“ voraussetzt.

I.

Dieser erste Nachmittag hat zwei Schwerpunkte:

- Die Podiumsdiskussion soll die Empfehlungen des Forum Bildung in den Kontext der internationalen Debatte über Bildung stellen. Beim Beginn der inhaltlichen Arbeit des Forum Bildung vor über zwei Jahren haben wir bewusst nicht nur die nationale Bildungsdebatte, sondern auch die Debatte für Bildung in anderen Staaten, in der Europäischen Union und in internationalen Organisationen zur Grundlage der Arbeit gemacht. Heute stellen wir fest, dass sich unsere Ergebnisse treffen mit Ergebnissen und Empfehlungen auf internationaler Ebene etwa zur Verwirklichung von lebenslangem Lernen, zum Erwerb demokratischer Werte oder zu den Konsequenzen aus der PISA-Studie.
- Die Projektemesse, die diesen Kongress umrahmt, soll deutlich machen, dass wir bei der Arbeit des Forum Bildung nicht alles neu erfinden mussten, sondern dass wir uns bereits auf viele gute Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Praxis stützen konnten. Erfahrungen aus Praxisbeispielen haben einen wichtigen Beitrag zur Erarbeitung der Empfehlungen geleistet, die Frage nach einer breiten Umsetzung dieser guten Erfahrungen ist eine Grundfrage für die jetzt beginnende Umsetzung der Empfehlungen des Forum Bildung.

Heute Nachmittag und morgen werden uns Schauspielerinnen und Schauspieler des Galli-Theaters durch den Kongress führen. Sie sollen insbesondere dazu beitragen, den Dialog zwischen den Expertinnen und den Experten aus der Praxis und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses zu animieren. Sie sollen uns dabei helfen, eine Marktplatzatmosphäre im besten Sinne zu verwirklichen. Dafür haben wir auch diese Halle ausgesucht.

II.

Bund und Länder haben 1999 gemeinsam die Initiative für das Forum Bildung ergriffen, zweieinhalb Jahre vor dem Vorliegen der Ergebnisse der PISA-Studie. Ziel dieser gemeinsamen Initiative ist es, die Qualität und Zukunftsfähigkeit des deutschen Bildungswesens sicherzustellen. Im Unterschied zu anderen Gremien, die Vorschläge für Bildungsreformen erarbeitet haben, haben sich im Forum Bildung überwiegend Entscheidungsträger zusammengesetzt, sechs Länderministerinnen und -minister, die Bundesbildungsministerin und der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesbildungsministeriums sowie Spitzenvertreterinnen und -vertreter der Sozialpartner. Das Großartige an diesem über zweijährigen intensiven Prozess ist, dass im Forum sehr rasch ein gemeinsames Ringen um die Verbesserung der Bildung in Deutschland zustande kam, unabhängig von Zuständigkeitsgrenzen, von Partei- und Organisationszugehörigkeit. In den 30 Jahren meiner Arbeit in der Bildungsverwaltung habe ich das so noch nicht erlebt.

Diese neue Kultur der Zusammenarbeit ist eine gute Grundlage für die große Aufgabe der Umsetzung der Empfehlungen, die nun beginnt. Das Forum Bildung war von vornherein zeitlich begrenzt. Wir haben es geschafft, die Ergebnisse wie vorgesehen Ende 2001 vorzulegen. Das Forum Bildung hat jedoch auch erkannt, dass es nicht ausreicht, Empfehlungen auf den Tisch zu legen und sich zu verabschieden. Das Forum Bildung hat sich darauf verständigt, dass Bund und Länder die Umsetzung der Empfehlungen wissenschaftlich begleiten lassen durch ein Netzwerk kompetenter Institute. Es ist vorgesehen, dass dem Bund und den Ländern Ende 2004 ein Bericht über den Stand der Verwirklichung der Empfehlungen vorgelegt wird.

III.

Die Staaten, die Spitzenreiter der PISA-Studie geworden sind, haben eine Gemeinsamkeit: Sie haben vor längerer Zeit erkannt, welche Bedeutung Bildung heute für die Zukunft des Einzelnen, der Gesellschaft und der Wirtschaft hat, und sie haben vor 10-15 Jahren die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen.

Die große Bedeutung der Bildung war Ausgangspunkt für die Einsetzung des Forum Bildung. Die vorgelegten Empfehlungen und die im Forum Bildung entstandene neue Kultur der Zusammenarbeit sind gute Voraussetzungen. Nun muss konsequent gehandelt werden, damit Bildung in Deutschland im kommenden Jahrzehnt wieder in die Spitzengruppe der Bildungssysteme aufsteigt. Das wird nur gelingen, wenn das Bewusstsein über die Bedeutung von Bildung für die Zukunft von den Experten auf die breite Öffentlichkeit übergeht.

Podiumsdiskussion: Empfehlungen des Forum Bildung im internationalen Kontext

Moderation:
Christine M. Merkel, Deutsche Unesco-Kommission



Teilnehmer:

Wolf-Michael Catenhusen, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Otto Dibelius, Direktor in der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission

Andreas Schleicher, OECD-Koordinator (Bildungsindikatoren, PISA)

Dr. Cecilia Braslavsky, Direktorin des International Bureau for Education (IBE) der Unesco in Genf

Merkel: Meine Damen und Herren, sehr geehrte Podiumsgäste, sehr geehrter Herr Staatssekretär! Was die einen für den Tod einer Raupe halten, nennen die anderen die Geburtsstunde des Schmetterlings: Dies ist in gewisser Weise auch die Situation dieses Abschlusskongresses, der ja vor allem die vorliegenden Ergebnisse daraufhin bewerten will, was aus diesen zweijährigen Arbeiten des Forum Bildung an Neuem, an Tatkräftigem entstehen kann.

Ich freue mich, Sie zu der ersten Diskussionsrunde zu begrüßen. Wir haben drei Gäste, die den internationalen bildungspolitischen Kontext aus ihrer täglichen Praxis in der EU, OECD, UNESCO kennen, und die sich die Mühe gemacht haben, die Empfehlungen des Forum Bildung kritisch durchzusehen und die nun ihre Anregungen hier und heute mit Ihnen diskutieren wollen. Mein Name ist Christine Merkel, ich bin Bildungsreferentin der Deutschen UNESCO-Kommission und eingeladen, dieses Forum zu moderieren. Als Erstes wird Herr Staatssekretär Catenhusen eine Brücke schlagen von der ursprünglichen Intention des Forums hin zu dem heutigen Thema, wie sich diese Ergebnisse im internationalen Kontext platzieren. Ich darf Sie, Herr Catenhusen, um Ihr Statement bitten.

Catenhusen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht heute Nachmittag darum, die Arbeit und die Ergebnisse des Forum Bildung in den Kontext der internationalen Bildungsdebatte und der internationalen Bildungsreform zu stellen. Das Forum Bildung hat sich von Anfang an das Ziel gesetzt, in

Kenntnis der internationalen Bildungsdiskussion in wichtigen Staaten Europas und außerhalb von Europa sowie auf der Basis von Vorarbeiten, die zu dieser Zeit durch entsprechende Untersuchungen der OECD und in der Diskussion der Europäischen Bildungsminister bereits vorhanden waren, zu agieren. Wir haben die zwei Jahre gut dazu genutzt, nach einer langen Phase der länderübergreifenden Strategiedebatten und strategischer Vereinbarungen über Reformen des Bildungssystems nun eine Art „Bündnis für Bildung“ zu konstituieren, in dem es auch zu einer neuen Kultur der Zusammenarbeit mit Verantwortlichen, aber auch mit Betroffenen des Bildungssystems gekommen ist. Dass etwa Vertreter der Auszubildenden und der Studierenden an diesem Prozess teilgenommen haben, ist für die deutsche Bildungsdiskussion nicht immer selbstverständlich gewesen. Wichtig war, dass uns allen klar war: Das Ergebnis von Forum Bildung muss darin bestehen, handlungsorientierte Maßnahmenvorschläge zu erarbeiten, die sich auf wichtige Strukturreformen des Bildungswesens fokussieren. Deshalb gibt es neben einem umfangreichen Empfehlungskatalog mit Vorschlägen für die verschiedensten Bereiche des Bildungssystems auch zwölf grundsätzliche strategische Empfehlungen, die im Mittelpunkt der Umsetzungsarbeit der politisch Verantwortlichen in den Ländern, aber auch im Bund stehen müssen. Wir haben diese Diskussion unter Einbeziehung von internationalen Experten geführt und uns in Kongressen mit Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern auseinandergesetzt, weil wir wissen, dass Bildungsreform in Deutschland nicht mehr ohne Kenntnis der Strukturen, der strukturellen Veränderungen und der Bildungsdebatte in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern geleistet werden kann. Bildungsreform in Deutschland muss nicht nur bundesländerübergreifend strukturelle Veränderungen anstreben, sie muss auch den Blick für den internationalen Kontext von Bildungsstrukturen und Bildungsreform öffnen. Das Forum Bildung ist keine Reaktion auf PISA, sondern ein Beitrag Deutschlands im Kontext einer internationalen Bildungsreformdebatte, wobei nur auffällt, dass wir mit dieser Art von Strukturdebatte im internationalen Vergleich relativ spät dran sind.

Nun zu einigen wichtigen Empfehlungen, wobei es nicht meine Aufgabe sein kann, Ihnen diese Empfehlungen des Forum Bildung noch mal in aller Breite vorzutragen. Aber drei Schwerpunkte möchte ich doch kurz beleuchten. Das eine – und das hat uns alle auch aufgrund internationaler Vergleiche relativ schnell im Forum Bildung zusammengeführt – ist die Notwendigkeit, klare

Akzente im Bereich der frühen Förderung junger Menschen in Deutschland im Bildungssystem zu setzen. Vor allem hinsichtlich einer pädagogischen Konzeption im Bereich der Kindertagesstätten und der Grundschulen, aber auch in der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer, wie auch der finanziellen Ausstattung des Elementar- und Grundschulbereichs. Meine Damen und Herren, das ist der Bereich, in dem in Deutschland die drängendsten Reformfordernisse vorhanden sind – von den Strukturen, von den Konzepten, aber auch von der finanziellen Prioritätensetzung her. Neue Akzente in diesem Bereich wären ein entscheidender Beitrag um sicherzustellen, dass unser Bildungssystem einerseits strategische Defizite in der frühzeitigen Erkennung unterschiedlicher Begabungen bei jungen Menschen ausgleicht und es andererseits zu einer neuen Qualität früher Förderung von Begabungen im deutschen Bildungssystem kommt.

Der zweite Punkt ist die Frage: Welche Beiträge können wir leisten, um zu einer stärkeren individuellen Förderung im deutschen Bildungssystem zu kommen? Ungeachtet der unterschiedlichen Praktiken und Differenzierungen in der Politik der Länder hat uns die gemeinsame Einschätzung zusammengeführt, dass die Einrichtung einer hinreichenden Zahl von Ganztagschulen – allerdings mit einem klaren pädagogischen Profil, denn es geht nicht nur darum Ganztagschulen einzurichten, sondern sie mit einem sinnvollen pädagogischen Konzept zu versehen! – eine strategische Notwendigkeit in der Weiterentwicklung des deutschen Bildungssystems darstellt, mit dem wir sicherlich auch viele der jetzt durch PISA bestätigten Defizite beheben können. Dazu gehört natürlich auch im Sinne der Internationalisierung ein an Qualität orientierter Fremdsprachenunterricht vom Kindergarten an, der angesichts der Internationalisierung von Bildungsprozessen unverzichtbar ist.

Lassen Sie mich noch einen dritten Punkt nennen: „Chancengleichheit für alle“. Ich denke, dass wir richtig daran getan haben, in diesem Bereich einen maßgeblichen Schwerpunkt der Empfehlungen des Forum Bildung zu legen. Ich denke etwa an die klare Forderung nach einer zweiten und dritten Qualifizierungschance für diejenigen, die ihre Schul- oder Berufsausbildung abgebrochen haben, denn diese Quote ist mit 10 % der Schulabgänger und 15 % der Abbrecher im dualen System der Berufsausbildung ziemlich hoch. Bei Chancengleichheit müssen wir auch nüchtern im Vergleich zu anderen Einwanderungsländern zur Kenntnis nehmen, dass die Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten intensiviert werden muss, und deshalb hat das

Forum Bildung hier einen weiteren Schwerpunkt in den Empfehlungen gesetzt. Lassen Sie mich mit einem kurzen Ausblick im Vergleich auf das schließen, was parallel zum Forum Bildung, zum gemeinsamen strategischen Nachdenken der Länder, mit dem Bund und vielen Experten aus der Bildungsforschung, aber etwa auch aus dem Bereich der Tarifpartner herausgekommen ist, mit dem was derzeit in der Diskussion im Europäischen Bildungsministerrat passiert: Parallel zu unseren nationalen Überlegungen findet auch in Brüssel der Versuch einer strategischen Fokussierung der Ziele bei der Weiterentwicklung des Bildungssystems statt, und zwar unter vergleichbaren verfassungsrechtlichen Bedingungen. Denn auch in Brüssel sind die verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten Europas – vor allem im Schulbereich – etwa genauso groß wie die des Bundes in diesem Bereich. Aber ungeachtet dessen wissen wir, dass auch Europa sich auf strategische Zielsetzungen bei der Weiterentwicklung seines Bildungssystems verständigen muss, um die Kompatibilität der Ausbildungsgänge und Abschlüsse zu erhöhen und damit dem „Bildungsraum Europa“ – vom Hochschulbereich ausgehend über die berufliche Bildung bis in den Schulbereich – schrittweise näher zu kommen. Wir bereiten derzeit ein Aktionsprogramm vor, das in drei Strategiebereichen und fünf Unterbereichen diese gemeinsamen strategischen Vorstellungen für das europäische Bildungssystem auch im Schulbereich konkretisiert. Es ist auffällig, dass auch in Europa das Thema der besseren Qualifizierung von Lehrkräften unter den Bedingungen der Wissensgesellschaft als besonders vordringlich angesehen wird. Eine auffällige Parallele zu dem, was wir auch im Forum Bildung als Schwerpunkt gesetzt haben. Lassen Sie mich noch ein zweites Beispiel nennen, wie stark die europäischen Überlegungen mit dem, was wir im Forum Bildung formuliert haben, sich überlappen: Das ist die strategische Überlegung, was auch im europäischen Bildungsbereich im Vergleich und in der Kooperation der Länder untereinander getan werden kann zur Entwicklung der Grundfertigkeiten in der Wissensgesellschaft. Was sind die gemeinsamen Grundfertigkeiten, in denen wir zwischen den Bundesländern, aber auch zwischen den Ländern der Europäischen Union Übereinstimmung haben? Das ist ja auch das Thema der PISA-Studie gewesen, nämlich der Versuch, notwendige Grundfertigkeiten von der Lesefertigkeit bis hin zu mathematisch-naturwissenschaftlichen Fertigkeiten abzufragen. Wir sind uns allerdings einig gewesen im Forum Bildung, dass der Katalog der notwendigen Grundfertigkeiten sehr viel weiter gespannt bleiben muss, dass wir ein umfassenderes pädagogisches Verständnis haben müssen, in dem etwa auch die Förderung

von musischen, kreativen und sozialen Kompetenzen Bestandteil eines umfassenden Bildungskonzepts bleiben muss.

Merkel: Herzlichen Dank, Herr Catenhusen, auch für Ihren provokativ-interessanten vergleichenden Blick auf die EU zu dem Stichwort „Verfassungsauftrag und Tatkraft“. Es folgen nun drei Perspektiven aus drei internationalen Organisationen, die alle gleichermaßen befasst sind mit Bildungsempirie, mit dem Austausch guter und interessanter Praxis, mit Fragen von Konzepten, mit Fragen von Bildungspolitik, die aber zugleich verschiedene Ausschnitte aus der weltweiten Wirklichkeit betrachten. Im Bereich der EU, die Herr Dibelius hier vertritt, haben wir es derzeit noch mit 15, bald mehr Mitgliedstaaten zu tun; Frau Braslavsky kooperiert bei der Unesco mit allen Bildungsministern aus 190 Ländern der Welt; die OECD hat 29 Mitglieder, im Fall PISA haben sich noch weitere angeschlossen, so dass Sie, Herr Schleicher, es mit 32 zu tun hatten. Dieser Spannungsbogen der Vielfalt interessiert auch bei der Frage, was Sie besonders interessant an den Ergebnissen des Forum finden: Was fällt Ihnen auf, was war völlig unerwartet und was sind Ihre Anregungen für den Weg, den die bildungspolitisch Verantwortlichen hierzulande vor sich haben? Als ersten begrüße ich Herrn Otto Dibelius, er ist zuständig für berufliche Bildung und Sprachpolitik in der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission. Sie haben das Wort.

Dibelius: Die Internationalisierung der Bildung, und zwar der allgemeinen Bildung wie der beruflichen Bildung, ist meines Erachtens eine Angelegenheit von wirklich rasant zunehmender Bedeutung. So rasant, dass man sich in der Tat fragen kann, ob es überhaupt noch möglich ist, die Reform des Bildungswesens ausschließlich national zu betreiben, den Bedarf umfassend zu analysieren und daraus Handlungsanleitungen abzuleiten. Das ergibt sich aus der Natur der Sache, das ergibt sich aus den veränderten Umständen, Globalisierung und Europäisierung, um die beiden wichtigsten Stichworte zu nennen. Ich möchte gerne hinzufügen, dass sich dies aber auch aus einer veränderten Beschlusslage ergibt. Ich verweise auf die Beschlüsse des Europäischen Rates von Lissabon im Jahr 2000, wo die Staats- und Regierungschefs strategische Ziele formuliert haben und nicht nur das: Sie haben ganz konkrete Aufgaben erteilt, sie haben zudem eine Anleitung zum methodischen Vorgehen hinzugefügt, und – das Entscheidende, was ich hier zum Ausdruck bringen will – sie haben gesagt, dass es eine gemeinsame Aufgabe sein soll von Mitgliedstaa-

ten und Rat auf der einen Seite und der Europäischen Kommission auf der anderen Seite. Herr Staatssekretär Catenhusen hat Ihnen eben schon erläutert, was auf dieser Basis seitdem geschieht, gerade was die Überprüfung der Bildungsziele im einzelnen anbelangt.

Die Empfehlungen des Forum Bildung betrachte ich als einen wertvollen Beitrag, auch im Kontext der aktuellen Diskussionen, die auf europäischer Ebene laufen, trotz ihrer im Wesentlichen noch auf das Nationale und auf die im nationalen Rahmen Verantwortlichen beschränkten Perspektive. Vergleicht man die Empfehlungen, die aus dem Forum Bildung hervorgegangen sind, mit der gerade im vergangenen November von der Kommission verabschiedeten Mitteilung zum Lebenslangen Lernen, dann überrascht vielleicht weniger die Übereinstimmung in den Grundüberzeugungen, was die Rolle und die Bedeutung von Bildung anbelangt. Aber was schon überraschend ist, jedenfalls für mich, ist das hohe Maß an Übereinstimmung in fast allen Einzelheiten, ja bis in die Diktion hinein. Ich möchte beim Lebenslangen Lernen auch auf einen Unterschied aufmerksam machen, der mir wichtig erscheint: Das Forum Bildung hat das Thema „Lebenslanges Lernen“ als eine unter mehreren anderen Empfehlungen behandelt, während die Kommission sich gerade bemüht, dieses als umfassendes, übergreifendes, als ein kohärentes Konzept zu verstehen. Dies ist kein rein akademischer Unterschied, sondern ein sehr praktischer, denn letztlich geht es um die Effizienz des Vorgehens, wenn es etwa darum geht, Erst- und Weiterbildung besser miteinander zu verzahnen, ebenso formales und nichtformales Lernen und dabei alle Bildungssektoren für Lernende in allen Altersstufen zu erfassen.

Ich möchte ganz kurz noch zwei Punkte ansprechen, die in diesen Empfehlungen nicht so deutlich, zum Teil auch gar nicht behandelt werden. Das eine ist das Thema Mobilität und Anerkennung von Qualifikation und das andere ist das Thema Sprachenlernen. Es ist ja schon oft analysiert und beklagt worden, dass die nach wie vor viel zu geringe transnationale Mobilität von Lernenden wie von Berufstätigen auch viel mit der unzureichenden Transparenz und vor allem mit der nicht gewährleisteten Anerkennung von Qualifikationen, Bildungsabschlüssen aller Art zusammenhängt, von denen durch nichtformelles und informelles Lernen erworbenen Kenntnisse ganz zu schweigen. Also hier geht es um ein deutliches Manko und um etwas, was von vielen Bürgern als ein ärgerliches Hindernis angesehen wird, zumal in einer Zeit des Euro, des Binnenmarktes und sich zunehmend verflechtender Arbeits- und Lernmärkte. Die Aufgabe besteht darin, über die schon erzielten, wenngleich immer noch bei weitem nicht aus-

reichenden Fortschritte in Richtung auf mehr Transparenz betreffend Bildungsmöglichkeiten, Bildungssysteme, Qualifikationsinhalte hinaus einen entscheidenden Schritt weiter zu gehen, nämlich dafür zu sorgen, dass erworbene Qualifikationen und Fähigkeiten überall in Europa zu Lern- oder Berufszwecken Anerkennung finden. Das ist aus heutiger Sicht gewiss ein höchst ambitiöses Ziel und nicht mehr als eine Vision. Aber was neu ist heutzutage, ist doch der politische Wille, sich diesem Thema zu stellen. Es wird heute nicht mehr von vornherein als illusorisch abgetan, sich darum zu bemühen, aufbauend auf den Prinzipien Transparenz, Freiwilligkeit und Flexibilität in gegenseitigem Vertrauen einen möglichst pragmatischen Ansatz zu finden, der dazu führen kann, dass es zu einem europäischen Bezugsrahmen für die Anerkennung und für die Übertragbarkeit von Qualifikationen kommt. Ein weiterer wichtiger Schritt, der sich in der Praxis schon entwickelt, aber natürlich weiterhin Unterstützung verdient, ist die Entwicklung von europäischen Diplomen, von europäischen Berufsabschlüssen, von Qualifikationsnachweisen aller Art.

Ein letzter Punkt, ich kann es mir nicht verkneifen, weil ich zuständig war für das Europäische Jahr der Sprachen, ein kurzer Blick zurück und nach vorn natürlich zwecks Bewahrung, Vertiefung, Konkretisierung des durch dieses Jahr Erreichten, nämlich Schaffung des Bewusstseins für die Bedeutung und die Funktion der Sprachen, des Sprachenlernens – der eigenen und der fremden und der Mehrsprachigkeit. Enorm viel ist in diesem Jahr veranstaltet worden, kontrovers diskutiert worden, kritisiert worden, aber der Zweck des Jahres war, wie Sie wissen, Mobilisierung und Motivierung; und ich will eigentlich meinen kleinen Beitrag damit beenden, indem ich noch einmal die wesentlichen „messages“ kurz zusammenfasse. Erstens: Kultur und Sprache gehören zusammen, die Vielfalt der Sprachen in Europa ist kultureller Reichtum, der zu pflegen und zu fördern ist. Zweitens: Alle Sprachen sind im Prinzip gleichwertig, auch wenn einige Sprachen, insbesondere eine, häufiger gebraucht werden als andere. Drittens: Es geht, und dies ist ja besonders wichtig im zusammenwachsenden Europa, beim Erwerb von Sprachkenntnissen um mehr als um Kommunikation und um Verständigung, sondern es geht auch um Verständnis. Viertens: Sprachen lernen ist ein wesentlicher, geradezu exemplarischer Teil des Konzeptes des lebenslangen Lernens. Es ist nie zu spät, aber – wie auch das Forum Bildung unterstrichen hat – besonders ratsam in der frühen Phase der Bildung. Und fünftens und letztens: Jedermann, so jetzt die europaweite Forderung, sollte möglichst neben der Muttersprache noch wenigstens zwei weitere Sprachen lernen. Auf diesen Prinzipien muss jetzt weiter

aufgebaut werden; der Bildungsministerrat hat in seiner Tagung im November die Kommission ausdrücklich darum ersucht, alsbald mit konkreten Vorschlägen zu kommen. Aber es ist klar, dies ist nicht nur eine Sache von Europa, das ist eine Sache aller, die in der Bildungspolitik eine Rolle spielen.

Abschließend möchte ich feststellen, dass es nach unserer Einschätzung nicht an der Einsicht über den Reformbedarf im Bildungswesen – und zwar in seiner ganzen Breite – fehlt. Es fehlt auch nicht an der Einsicht und der Bereitschaft, gemeinsame Probleme auch gemeinsam in Europa aktiv anzugehen, bei aller Betonung der notwendigen Zuständigkeitswahrung, der Sorge um die Effizienz der Vorgehensweise und dergleichen mehr. Aber – und da pflichte ich Herrn Koch in seiner Begrüßungsrede bei – jetzt kommt es darauf an, dass der gewonnene Impuls und die erarbeiteten Empfehlungen, sowohl die europäischen wie die im Rahmen des Forum Bildung, nun in eine Phase der Realisierung überführt werden, so dass sich wirklich etwas vor Ort ändert. Vielen Dank.

Merkel: Herzlichen Dank, Herr Dibelius, Ihr letztes Stichwort – Sprache, Muttersprache, Fremdsprache, Mehrsprachigkeit, vor allem auch Verständigung – ist natürlich eine Grundvoraussetzung, wenn man internationale Kooperation ernsthaft betreiben will. Ich begrüße sehr herzlich Frau Cecilia Braslavsky; sie leitet das Internationale Erziehungsbüro in Genf, eines von sechs Bildungsinstituten der Unesco, das unter anderem die Aufgabe hat, die Bildungsministerkonferenzen der Unesco vorzubereiten. Auch Sie haben sich die Empfehlungen des Forum Bildung sehr genau angesehen; ich bitte Sie um Ihren Beitrag.

Braslavsky: Ich werde versuchen, drei Punkte zu behandeln. Erstens die Notwendigkeit der Empfehlungen, zweitens einige der Inhalte und drittens die Umsetzungsmöglichkeiten.

Zur Notwendigkeit: Die Empfehlungen des Forum Bildung sind im internationalen Kontext wirklich herzlich willkommen, und dies nicht etwa, weil Deutschland mitten in einer Erziehungskatastrophe oder in einem Erziehungsnotstand steckt. Wenn man nicht in Europa lebt, kann man immer feststellen, dass Deutschland an 20. Stelle steht in einer Welt, die über 180 Länder hat. Also, warum „Katastrophe“? Außerdem: Über Erziehungskatastrophe und Erziehungsnotstand wird heute weltweit gesprochen, auch in Finnland! Und auch in sehr armen Ländern. Irgendeiner irrt sich doch da, oder? Oder aber, und dies ist meine Vermutung, der gleiche Diskurs in so verschiedenen Kontexten bedeutet, dass das zugrundeliegende Bildungsmodell – das hier bes-

ser und dort viel schlechter funktioniert – die gleiche auf das 19. Jahrhundert zurückgehende Schöpfung ist. Die Bildung, die Schule und das Bildungswesen, die derzeit weltweit, auch in Finnland, erschöpft sind, waren für eine Gesellschaft und für eine Wirtschaft gedacht, deren Werte und Wissen und Handelsverfahren langfristig haltbar waren. Sie waren außerdem für eine Gesellschaft gedacht, wo Wissen und Handeln strikt getrennt waren: Einige hatten zu wissen, andere hatten zu handeln. Das ist jetzt alles vorbei! Mit dem Ende des Industriezeitalters ist die Welt an allen Ecken und Enden in Bewegung geraten, nie zuvor in der Menschheitsgeschichte wurden Mobilität in dem Maße gefordert und gefördert wie heute. Mobilität bezeichnet nicht nur die Fähigkeit, sich räumlich oder wirtschaftlich zu bewegen, sie meint auch die geistige, kulturelle, soziale und emotionale Beweglichkeit, das Bedürfnis nach neuen Erfahrungen und neuen gedanklichen Horizonten. Mobilität bedeutet Risiko, aber zugleich größere Innovationsmöglichkeiten, Hoffnungen und Utopien. Das alte Bildungsmodell ist für das mobile Zeitalter nicht mehr geeignet, nirgendwo! Vielmehr ist ein Paradigmenwechsel nötig, wie es in den Empfehlungen des Forum Bildung gesagt wird.

Zweiter Punkt, Inhalt: Die 12 Empfehlungen des Forum Bildung lassen sich gedanklich sehr gut in eine Reihe vergleichbarer Unesco-Dokumente einordnen, zum Beispiel „Das Lernen zu sein“ von 1972 oder den Delors-Report von 1996. Wie Herr Catenhusen eben schon gesagt hat, ist Deutschland ein bisschen später dran, aber es wird es schon schaffen! Mehrere zentrale Anregungen aus diesen Schriften wurden vom Forum Bildung neu entdeckt bzw. entwickelt. Darunter mindestens fünf pädagogische Prinzipien und fünf bildungspolitische Vorschläge. Die werde ich aber nicht wiederholen. Sie stehen in den Dokumenten und können nachgelesen werden. Vielleicht ganz schnell: Kleine Kinder zuerst, benachteiligte Familien stärker unterstützen, hoch leben die Lehrer, Diversität ist eine Gabe, und ohne Verantwortung sind wir verloren. Zu den Umsetzungsmöglichkeiten: Ich werde hier das offene und lernfähige Selbstbild der Empfehlungen nutzen. Dieses Selbstbild regt zum Nachdenken an, und ich möchte daher zum Schluss fünf Fragen zum Weiterdenken stellen. Erste Frage: Stehen wir wirklich – wie es in den Empfehlungen gesagt und als faktische zukünftige Realität gesetzt wird – vor oder in einer Wissensgesellschaft? Vielleicht nicht. Die Wissensgesellschaft ist eine wertvolle Utopie, aber noch keine Realität. Die heutigen Globalisierungsprozesse zeugen von einer ständig wachsenden Interdependenz, die die ganze Menschheit in Richtung einer Wissensgesellschaft ziehen könnte wie sie sie ebenso in die

entgegengesetzte Richtung verschlagen kann. Nie zuvor gab es so viel Bildung wie im 20. Jahrhundert, dennoch hat die Menschheit im 20. Jahrhundert 180 Millionen Menschen getötet! Deswegen ist es dringend notwendig, die Humanisierung der Globalisierung tatsächlich zu erringen und in diesem Sinne zu bilden und zu erziehen. In diesem Kontext scheint es besonders wichtig, nicht nur gewisse demokratische und pluralistische Werte zu erfahren und zu thematisieren, sondern diese Werte vor allem auch deutlicher zu definieren. Dementsprechend zielt meine zweite Frage auf die normativen Werte im Rahmen der Empfehlungen. Toleranz, Empathie, Akzeptanz, interkulturelle Kompetenz werden genannt. Man fragt sich zum Beispiel, warum andere wie Solidarität nicht genau so stark betont werden?

Dritte Frage: Ist es in den heutigen Realitäten angemessen, den benötigten Paradigmenwechsel nur auf nationaler Ebene oder nur auf europäischer Ebene verwirklichen zu wollen? Insbesondere sollte man sich auch fragen, ob die Empfehlungen zu Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten in der Praxis effizient und genügend sein werden. Man könnte provokativ sagen, dass die Zukunft der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt abspielen wird. Wie viel müsste also Deutschland zum Beispiel in Afghanistan oder Ruanda investieren, um dort eine andere und bessere Bildung zu schaffen?

Viertens eine schwierige Frage, ob das Forum Vertiefungsbedarf sieht zu den Faktoren, die die Mobilität der in Deutschland geborenen Bevölkerung stärken könnten?

Und die fünfte und letzte Frage zur Rolle des Staates. Es wird gesagt und begrüßt, das man von oben wie auch von unten das Ganze bewegen soll. Vielleicht sollte man noch weiter gehen und sagen, dass der Staat Hauptmotor eines Netzwerkes werden könnte. Und vielleicht sollte man noch weiter gehen und vorschlagen, dass der Staat Hauptmotor eines weltweiten Netzwerkes werden sollte und sich ganz stark für ein solches internationales Bildungsnetzwerk einsetzen sollte und nicht nur Staaten und Nationen in ständigem internationalen Wettbewerb anerkennen sollte. Danke schön.

Merkel: Vielen Dank, Cecilia Braslavsky, auch für die gute Nachricht, dass die ganze Welt über Bildungskatastrophen spricht; Deutschland befindet sich also in einer guten Lern-Gemeinschaft. Mit Ihrem letzten Stichwort leite ich direkt über und begrüße Herrn Andreas Schleicher, in der OECD intensiv

befasst mit dem, was zwar sehr technisch „Bildungsindikatoren“ heißt, was aber in den letzten Wochen durch das Medienecho auf die ersten PISA-Ergebnisse auch hierzulande vermehrt in die Presse geraten ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang kurz daran erinnern, dass im letzten Jahr neben PISA noch eine weitere sehr interessante internationale Vergleichsstudie veröffentlicht wurde (Civic Knowledge, IEA Amsterdam, Mai 2001), mit dem Schwerpunkt Demokratiekenntnisse von 15-Jährigen. Diese Ergebnisse sind inhaltlich und methodisch sehr verwandt mit Ihrer Arbeit, Herr Schleicher. Wir sind sicher gut beraten, auch diese Frage mit in die Diskussion hineinzunehmen. Sie haben das Schlusswort in dieser Runde.

Schleicher: Danke schön. Ich möchte gleich zu Beginn hervorheben, dass wir Bildung nicht als luxuriöse Sozialleistung betrachten dürfen, sondern dass Bildung der zentrale Schlüssel für Zukunftsfähigkeit ist, Schlüssel nicht nur für den Erfolg des Einzelnen, sondern auch für Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit der Staaten insgesamt. Letzteres lässt sich klar mit Zahlen belegen: So verdanken wir z.B. im OECD-Mittel etwa einen Drittelprozentpunkt des jährlichen Produktivitätswachstums Zuwächsen beim Bildungsstand der Bevölkerung. Die Erträge von Bildung übersteigen die gegenwärtigen Investitionen deutlich und wir können davon ausgehen, dass die Bedeutung von Bildung weiter zunehmen wird in dem Maße, in dem die Wissensgesellschaft Realität wird. Das ist, denke ich, ein ganz wichtiger Gesichtspunkt, der noch stärkere Beachtung verdient. Da sagen Sie mir, das kennen wir alles schon, aber schauen Sie mal nach in Ihrer nationalen Haushaltsrechnung! Da rechnen Sie jede neu gebaute Autobahn als Zukunftsinvestition ab, dafür können Sie sogar den Haushalt überschulden – Bildung wird aber immer noch als Konsum, als Kostenfaktor, als Belastung öffentlicher Haushalte betrachtet!

Die Antwort auf die wachsende Nachfrage nach Bildung war überall ein Aus- und Umbau der Bildungssysteme. Wenn die OECD-Bildungsindikatoren sowie PISA heute auf Mängel im deutschen Bildungssystem hinweisen, kann man daraus deshalb nicht schließen, dass das deutsche Bildungssystem schlechter geworden ist. Es deutet aber vieles darauf hin, dass die Dynamik, mit der andere OECD-Staaten im letzten Jahrzehnt ihre Bildungssysteme erfolgreich aus- und umgebaut haben, in Deutschland wesentlich geringer ausgeprägt war. Die OECD-Vergleiche zeigen aber nicht nur Mängel auf, sondern – und das möchte ich unterstreichen – eine Analyse der Erfolge anderer Staaten bietet auch Lösungsansätze, wie die Probleme in den Griff zu bekommen sind.

Lassen Sie mich drei der „Erfolgsfaktoren“ kurz skizzieren – wobei sich die Ergebnisse der OECD-Analysen in vielerlei Hinsicht mit den zentralen Forderungen des Forum Bildung decken.

Das erste Stichwort ist „Ergebnisorientierung“ von Bildung, d. h. Verlagerung von Bildungspolitik und Bildungspraxis weg von inputzentrierter Praxis hin zu den Lernergebnissen. Dazu müssen Bildungsziele klar und verbindlich definiert und auch überprüft werden. Das muss nicht unbedingt PISA sein, das kann auch in der Schule passieren, nur ohne das funktioniert es nicht. Die Ergebnisse von PISA zeigen ganz deutlich, dass Schüler und Schulen dort, wo eine positive Erwartungshaltung herrscht, wo ein positives Schulklima herrscht und wo Schulen auch genügend Freiräume haben, um Lernergebnisse umzusetzen, auch bessere Ergebnisse erreichen. Umgekehrt sind aber die Bildungsinstitutionen in vielen OECD-Staaten auch stärker für ihre eigenen Bildungsleistungen verantwortlich. Vielleicht sollten wir mal über so etwas wie Produkthaftung im Bildungsbereich nachdenken, das ist ja in Deutschland ansonsten auch kein unbekanntes Konzept.

Als zweiten Erfolgsfaktor möchte ich die Integration von Bildungswegen und Durchlässigkeit von Bildungssystemen nennen, die den Lernenden und das Lernen in den Vordergrund stellt, nicht die Institutionen, nicht die Schulen und nicht die Bildungsprogramme. Erfolgreiche Bildungssysteme verleihen dem lebensbegleitenden Lernen zunehmend mehr Gewicht beginnend – und das ist wichtig! – mit der frühkindlichen Entwicklung. OECD-Vergleiche zeigen auch, dass eine breite Beteiligung an Bildungsgängen, die zu höheren Abschlüssen führen, und die Sicherung eines hohen Leistungsniveaus gleichzeitig realisierbar sind. Insbesondere Kanada, Finnland, Japan, Korea und Schweden zeigen, dass Qualität von Bildungsleistungen und soziale Gerechtigkeit in der Verteilung von Bildungschancen durchaus miteinander vereinbar sind. Bei einer Betrachtung der erfolgreichen Länder zeigt sich auch deutlich, dass dort wo Schüler später in unterschiedliche Schulformen differenziert und individueller gefördert werden, tendenziell bessere Schülerleistungen und eine bessere Ausnutzung des Leistungspotenzials – insbesondere der Schülerinnen und Schüler aus ungünstigen sozialen Milieus – erreicht werden. Ich denke, dies verdient in Deutschland noch stärkere Beachtung.

Während das Konzept des lebensbegleitenden Lernens in Deutschland in den Bereichen Fort- und Weiterbildung zunehmend umgesetzt wird, bleibt das Schul- und Hochschulsystem weiterhin stark fragmentiert. Kindergarten und Vorschulerziehung sind weitgehend Privatsache und nur in geringem Maße

mit Schule verzahnt. Das spiegelt sich im übrigen auch in der Finanzierung wider: Während Studiengebühren in der Hochschule Tabuthema sind, werden im Kindergarten, dort wo es wirklich um Chancengleichheit geht und wo Fähigkeiten, Interessen, und die personale und soziale Identität von jungen Menschen wesentlich entwickelt werden, mehr als ein Drittel der Ausgaben privat finanziert, deutlich mehr als im OECD-Mittel. Da kommen die Kinder dann mit 6 in die Schule und dann geht das Lernen los, mit unterschiedlichen kognitiven und sozialen Voraussetzungen die sich im Weiteren dann tendenziell nur noch verschärfen (Stichwort „Schulreife“). Das Gleiche spielt sich über den Tagesablauf ab: Im Gegensatz zu vielen OECD-Staaten fehlt in Deutschland ein ganztägiges Bildungsangebot, und in der Praxis heißt das dann oft: morgens Schule, nachmittags vor dem Fernseher. Und nach vier Schuljahren wird dann aussortiert, da werden in Deutschland so früh wie in keinem anderen Land der OECD Lebensentscheidungen getroffen, die später dann nur noch schwer korrigiert werden können, oder wenn sie korrigiert werden, dann meist nur durch Herabstufen von Schülern, die den Systemanforderungen einer Schulform nicht gerecht werden.

Derartige Probleme zeigt auch der Tertiärbereich. Obwohl hier in den letzten Jahren eindrucksvolle Reformen initiiert wurden, bleibt eine Kluft zwischen dem in Deutschland ausgesprochen langen, akademisch ausgerichteten Hochschulstudium auf der einen Seite und der praktischen beruflichen Bildung auf der anderen. Trotz großer Erfolge bei der Einführung neuer Studienabschlüsse in den letzten Jahren ist die Mitte weiter ausbaufähig, fehlt nach wie vor ein differenziertes, flexibles und transparentes Qualifikationssystem, in dem der Studierende seinen Bildungsweg seinen Interessen und den sich wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechend gestalten kann. Dabei wird die Entwicklung von „qualification frameworks“, d. h. übergreifenden Rahmenkonzepten für Qualifikationen und Abschlüsse, die sich unabhängig von den Bildungsanbietern sowohl für die Bewertung als auch für die Anerkennung von Bildungsabschlüssen nutzen lassen, in Zukunft von überragender Bedeutung sein. Solche „qualification frameworks“ fördern die Kontinuität des Lernens und erlauben es dem Bildungsteilnehmer, die verschiedenen Bildungsangebote selektiv wahrzunehmen. Sie stellen auch Signale dar, die Bildungsergebnisse aufzeigen, die für den Arbeitsplatz und das Leben besonders relevant sind. Auch hier bieten andere Länder gute Beispiele.

Und schließlich muss man sich fragen, ob die öffentlichen und privaten Ressourcen in Bildung gut verteilt sind. Ich denke, da sieht man in Deutschland,

dass im Vorschulbereich, da haben wir schon drüber gesprochen, aber auch im Schulbereich in den unteren Jahrgangsstufen deutlich unter dem OECD-Mittel investiert wird, während nachher bei den höheren Jahrgängen Spitzenwerte erreicht werden. Nur: Das duale System ist ein ausgezeichnetes System, aber in dem Alter kann man Fehler schwer bereinigen und wenn, dann wird das sehr teuer. Die geringe Finanzierung der unteren Jahrgänge ist wirklich ein Faktor, der im internationalen Vergleich heraussticht. Es gibt viele Länder, die insgesamt sehr wenig in Bildung investieren, aber diese einseitige Verteilung ist schon eine deutsche Besonderheit.

Als drittes Stichwort nenne ich die notwendige Neuorientierung der Schule – weg von der Akkumulation von Fachwissen hin zur Ausbildung der Fähigkeit, Kenntnisse und Fertigkeiten zur Bewältigung realitätsnaher Herausforderungen einzusetzen. Vieles was unsere Schüler heute lernen, ist morgen schon wieder veraltet. Es ist daher wichtig, dass unsere Schulabgänger in der Lage sind, zu analysieren, zu vergleichen, zu bewerten, aber auch dass sie über kreative Fähigkeiten verfügen, Hypothesen bilden können, entdecken; und schließlich – und damit sind wir wieder beim Stichwort lebensbegleitendes Lernen – dass sie in der Lage sind, ihr Lernen selbst zu organisieren, ihre eigenen Ziele zu setzen, Lernfortschritte zu bewerten und Lernstrategien veränderten Bedürfnissen anzupassen. Um dies zu erreichen, verdient das eigenverantwortliche Lernen und die damit verbundene Notwendigkeit „Lernen zu lernen“ größere Bedeutung. Auch das sind wesentliche Aspekte, wo PISA Nachholbedarf für Deutschland aufzeigt.

Sie sehen, die Analysen der OECD decken sich weitgehend mit den Empfehlungen des Forum Bildung, ich halte es auch für ein ausgezeichnetes Papier. Der Erfolg wird natürlich von der Umsetzung der Vorschläge abhängen, und genau diese Umsetzung werden wir durch unsere Bildungsindikatoren auch weiterhin bewerten!

Merkel: Vielen Dank, Herr Schleicher. In der Tat, das Stichwort zu den Ergebnissen des Forum Bildung muss ja sein „fortsetzen – vertiefen – umsetzen“, das ist auch die Thematik des heutigen und morgigen Tages. Ich danke Ihnen hier auf dem Podium für viele interessante Vorschläge – auch Provokantes wie die schöne Idee der Produkthaftung, Stichworte wie Mobilität im Kopf und mit den Füßen –, den im Saal Anwesenden für ihr Interesse und lade Sie nun zur unmittelbar anschließenden Messeeröffnung ein.

Wolf-Michael Catenhusen

Eröffnung der Projektemesse
anlässlich des Abschluss-
kongresses des Forum Bildung
am 9. Januar 2002 in Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, die Projektemesse zu eröffnen, die den Abschlusskongress des Forum Bildung begleitet.

Bei der zweijährigen Arbeit des Forum Bildung sind wir immer wieder darauf gestoßen, dass es zu Fragen, die wir behandelt haben, bereits wichtige Erkenntnisse und Erfahrungen in der Praxis gibt. Wir haben daher früh angefangen, auf der Homepage des Forum Bildung eine Datenbank der guten Beispiele einzurichten, um deutlich zu machen, dass wir nicht alles neu erfinden müssen.

Wir konnten uns so bei der Erarbeitung der Empfehlungen des Forum Bildung auf viele gute Erkenntnisse und Erfahrungen aus Modellprojekten und Praxisbeispielen stützen. Diese Erkenntnisse und Erfahrungen sind gleichzeitig eine wichtige Grundlage, wenn es nun darum geht, die Empfehlungen des Forum Bildung umzusetzen und zu strukturellen Veränderungen des Bildungswesens zu kommen. Daher haben wir auch die Gesamtausgabe der Empfehlungen des Forum Bildung, die in Kürze vorliegen wird, mit einem Anhang versehen, in dem rd. 90 Praxisbeispiele viele der Empfehlungen des Forum Bildung illustrieren.

Ich danke den Vertretern von 60 dieser Praxisbeispiele aus Kindergarten, Schule, Berufsausbildung, Hochschule und Weiterbildung, dass sie die Mühe auf sich genommen haben, ihre Projekte hier zu präsentieren. Sie stehen stellvertretend für Hunderte von weiteren Beispielen aus allen Regionen Deutsch-

lands. Die Ausstellung der 60 Praxisbeispiele ist nach den 12 Empfehlungsbereichen des Forum Bildung geordnet. Sie finden in Ihren Kongressunterlagen Kurzbeschreibungen der einzelnen Projekte.

Um den Schatz dieser Erfahrungen zu nutzen, ist es wichtig, Barrieren zu erkennen, die bisher eine breite Umsetzung dieser Erkenntnisse und guten Erfahrungen verhindert haben. Barrieren haben ihren Ursprung im Verhalten von Menschen, in Situationen, in Bildungseinrichtungen und in Rahmenbedingungen. Es müssen Wege zum Überwinden dieser Barrieren gefunden werden.

Ich möchte Sie daher auffordern, die Gelegenheit dieser Projektemesse intensiv zu nutzen, um diesen Fragen nachzugehen: Bitte diskutieren Sie mit den hier vertretenen Expertinnen und Experten darüber, welche Erfahrungen sie zu den Empfehlungen des Forum Bildung gemacht haben und fragen Sie nach Barrieren, die einer breiten Umsetzung guter Ergebnisse entgegenstehen, und nach Vorstellungen, wie diese Barrieren überwunden werden könnten.

Ich bin sicher, dass in diesen Gesprächen erneut ein guter Dialog zwischen Praxis, Wissenschaft, Verwaltung und Politik zustande kommt. Dieser Dialog ist eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen einer Bildungsreform.

Um diesen Dialog zu unterstützen, hat das Forum Bildung auch für Essen und Getränke gesorgt. Musikalisch wird dieser Abend durch das Latino Break-Quintett begleitet.

Ich wünsche uns allen einen anregenden Abend.











Wissen *schafft* Zukunft

Abschlusskongress des Forum Bildung

10. Januar 2002



Hans Zehetmair

Eröffnung des Abschlusskongresses



Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
meine Damen und Herren,

nach zwei Jahren intensiver Arbeit hat das Forum Bildung zwölf abschließende Empfehlungen vorgelegt. Diese Empfehlungen sind der Rahmen einer dringend erforderlichen Bildungsreform.

Die aktuelle Diskussion über die Ergebnisse der PISA-Studie machen noch einmal deutlich, wie wichtig es war, dass Bund und Länder 1999 die gemeinsame Initiative für das Forum Bildung ergriffen haben: Die bessere Verwirklichung des Bildungsauftrags des Kindergartens, eine intensivere Förderung in der Grundschule, eine individuelle Förderung mit dem doppelten Ziel, Benachteiligungen zu vermeiden und Begabungen zu fördern, das Lernen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen sowie die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden als Schlüssel zur Verwirklichung einer Bildungsreform sind Kernempfehlungen des Forum Bildung, die bereits Antworten auf Fragen geben, die durch das schlechte Abschneiden deutscher Schüler bei der PISA-Vergleichsstudie aufgeworfen werden.

I.

Ausgangspunkt der Arbeit des Forum Bildung ist der anhaltende Strukturwandel in Gesellschaft und Wirtschaft, der alle Lebens- und Arbeitsbereiche umfasst. Das immer schnellere Wachstum von Wissen und die weltweite Verfügbarkeit von Wissen durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien bringen gewaltige Chancen für persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Dem steht das Risiko gegenüber, dass Wissen wegen seiner Fülle, seiner Differenziertheit und seiner dynamischen Entwicklung immer schwerer zu erschließen ist. Die Fähigkeit, Wissen aufzufinden, auszuwählen, zu bewerten und anzuwenden für die jeweils beste Lösung

einer aktuellen Aufgabe, entscheidet immer mehr über persönliche Chancen, über gesellschaftliche Teilhabe sowie über Erfolg im wirtschaftlichen Wettbewerb.

Kontinuierliches Lernen ist der Schlüssel, um die Herausforderungen des immer schnelleren Wandels in allen Bereichen unseres Lebens und Arbeitens zu bewältigen, die Chancen dieses Wandels zu nutzen und den Wandel zu gestalten. Durch die Empfehlungen des Forum Bildung zieht sich daher als roter Faden das Ziel, lebenslanges Lernen zu einer Wirklichkeit für alle zu machen. Das betrifft alle Bildungsbereiche von Kindertageseinrichtungen bis zur Weiterbildung. Und das bezieht sich gleichermaßen auf die Entwicklung der Persönlichkeit, auf Teilhabe und Gestaltung der Gesellschaft wie auf Beschäftigungsfähigkeit.

Motivation zum Lernen, Lernen des Lernens und die Fähigkeit, Lernen selbst zu steuern, sind entscheidende Voraussetzungen für lebenslanges Lernen. Diese Voraussetzungen müssen möglichst früh im Kindergarten, in der Schule, aber auch noch in der Berufsausbildung und im Studium vermittelt werden.

Lebenslanges Lernen muss aber auch für diejenigen ermöglicht werden, die diese Voraussetzungen nicht beherrschen. Denn in dem Maße, in dem kontinuierliches Lernen zukunftsentscheidend ist, führt das Nichtteilhaben an kontinuierlichem Lernen immer häufiger zu beruflicher und sozialer Ausgrenzung. Das betrifft insbesondere Personen mit geringen Qualifikationen, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslose. Die Ermöglichung lebenslangen Lernens auch für diese Personengruppen erhält daher die Dimension einer nationalen Aufgabe, im Interesse der betroffenen Individuen, des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft wie im Interesse der Wirtschaft.

II.

Die abschließenden zwölf Empfehlungen sind Ergebnis eines intensiven Arbeits- und Beratungsprozesses des Forum Bildung. Wir haben zu den fünf Themenbereichen zunächst ausführliche Einstiegsdiskussionen im Forum selbst geführt, jeweils vorbereitet durch eine Arbeitsgruppe des Forum. Wir haben dann nacheinander fünf Expertengruppen eingesetzt, die uns unter starkem Zeitdruck wichtige Berichte vorgelegt haben. Wir haben schließlich –

wiederum von der jeweiligen Arbeitsgruppe des Forum vorbereitet – vorläufige Empfehlungen zu allen fünf Themenbereichen erarbeitet und in eine breite öffentliche Debatte eingebracht. Zusätzlich haben wir Einzelfragen in Fachtagungen weiter vertieft, beispielsweise die Förderung benachteiligter Jugendlicher, das Finden und Fördern von Begabungen, die Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten.

Wir haben die Diskussion mit wichtigen Zielgruppen, insbesondere Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern, gesucht und interessante Stellungnahmen zu den Zwischenergebnissen des Forum erhalten, die uns geholfen haben, unsere Empfehlungen noch konkreter und gezielter zu fassen.

Das alles war nur möglich, weil wir es von Anfang an geschafft haben, im Interesse der einzelnen Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen wie im Interesse von Gesellschaft und Wirtschaft intensiv und gemeinsam um die besten Wege für eine Reform unseres Bildungswesens zu ringen. Unabhängig von Parteizugehörigkeit und Organisationsinteressen und über die Grenzen der Zuständigkeiten von Ländern und Bund hinweg. Wir haben durch unsere gemeinsame Arbeit deutlich gemacht, dass es angesichts der Schlüsselrolle, die Bildung schon heute hat und in Zukunft in noch stärkerem Maße haben wird, keinen Platz geben darf für ideologische Grabenkämpfe.

III.

Durch die Arbeit des Forum Bildung hat sich die Feststellung gezogen, dass es zu den meisten Fragen bereits wichtige Erkenntnisse und Erfahrungen aus Praxisbeispielen gibt. Das Forum Bildung will auch dazu beitragen, diese guten Erfahrungen zu identifizieren, zu bündeln und breit umzusetzen. Wir werden daher die Gesamtausgabe der Empfehlungen und Einzelergebnisse des Forum Bildung mit einem Anhang versehen, in dem Praxisbeispiele die Empfehlungen des Forum Bildung illustrieren. 60 dieser Praxisbeispiele haben wir eingeladen, sich auf der Projektemesse zu präsentieren, die wir mit dem Kongress verbunden haben. Diese Projektemesse ist auch der Grund, warum wir die Columbiahalle als Tagungsort ausgewählt haben. Hier können wir den beabsichtigten Marktcharakter gut verwirklichen. Das Galli-Theater soll Ihre Aufmerksamkeit auf diesen Markt der guten Erfahrungen aus der

Praxis lenken. Bitte nehmen Sie alle diese Gelegenheit wahr, mit den Expertinnen und Experten an den 60 Ständen darüber zu diskutieren,

- welche guten Erfahrungen sie zu den Empfehlungen des Forum Bildung gemacht haben und
- welche Barrieren einer breiten Umsetzung dieser guten Erfahrungen noch entgegenstehen.

Wir hoffen, dass auf diese Weise auf diesem Kongress erneut ein guter Dialog zwischen Praxis, Wissenschaft und Verwaltung zustande kommt.

IV.

Die Empfehlungen des Forum Bildung als dem Bündnis für Bildung liegen vor. Zahlreiche Praxisbeispiele zeigen uns, wie man unser Bildungswesen weiter entwickeln und verbessern kann. Entscheidend ist nun, dass wir konsequent an die Umsetzung der Empfehlungen gehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die neue Kultur der Zusammenarbeit, die wir im Forum Bildung entwickelt haben, uns dabei entscheidend helfen wird.

Wenn wir Erfolg haben wollen, müssen wir uns auf einen langen Prozess einstellen. Die Spitzenreiter der PISA-Studie haben es uns gezeigt: In diesen Ländern wurden vor 10-15 Jahren die Weichen gestellt für den heutigen Erfolg. Dazu gehört auch, dass die Bedeutung von Bildung für die Zukunft des Einzelnen, der Gesellschaft und der Wirtschaft nicht nur von Experten, sondern auch von der breiten Öffentlichkeit erkannt wird.

Das Gelingen einer Bildungsreform setzt gleichermaßen rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen „von oben“ wie das Gestalten und Mit-Leben-Erfüllen der Inhalte „von unten“ voraus. Die Empfehlungen des Forum Bildung wenden sich daher nicht nur an die politisch Zuständigen und Verantwortlichen, sondern gleichermaßen an diejenigen, die Bildungsprozesse vor Ort gestalten. Deren Motivation und Engagement sind unverzichtbar.

Bundespräsident Johannes Rau

Rede auf dem Abschlusskongress
des Forum Bildung
am 10. Januar 2002 in Berlin



I.

Bildung ist wichtig. Bildung ist ein Thema, das zu lange vernachlässigt worden ist. Die Veröffentlichung der PISA-Studie hat hoffentlich auch all jene aufgeweckt, die das immer noch nicht begriffen hatten. Bildung muss angesichts der erkennbaren großen Herausforderungen wieder auf die Tagesordnung, und zwar ganz oben und nicht nur auf die Tagesordnung derer, die reden und schreiben, sondern auch auf die Tagesordnung derer, die entscheiden und handeln. Damit meine ich nicht nur die professionellen Bildungspolitiker. Bildung ist so wichtig, dass sie alle politisch Verantwortlichen angeht.

Die Diskussion der sechziger und siebziger Jahre ist vielerorts früh in einer Organisationsdebatte festgefahren. Viele der Beteiligten haben zu lange aneinander vorbei geredet, mehr übereinander statt miteinander. Jetzt brauchen wir einen neuen Anlauf. Dafür ist es höchste Zeit. Das Forum Bildung hat das nicht erst nach der Veröffentlichung der PISA-Studie begriffen.

Ich hatte in den vergangenen beiden Jahren immer wieder Gelegenheit, mich mit der Arbeit des Forums zu beschäftigen. Ich bin beeindruckt von der Fülle der behandelten Themen und auch von der Qualität einzelner Beiträge. Trotzdem habe ich mich immer wieder auch gefragt: Was kann wohl das einigende Band sein für die vielen Einsichten, Anregungen und Empfehlungen?

Das Ziel scheint mir das gleiche zu sein wie in den sechziger Jahren: Bessere Teilhabe aller an Bildung.

Viele halten das für einen alten Hut, für eine verstaubte Botschaft, die nicht mehr in unsere heutige Situation passt. Das stimmt nicht. Das ist ein Vorurteil und ein Fehltrail.

Heute geht es natürlich nicht mehr darum, die Grundlagen eines modernen Bildungswesens zu legen. Das war die Leistung der sechziger und siebziger Jahre. Darauf können wir und darauf müssen wir aufbauen. Wir sollten über der PISA-Studie auch nicht vergessen, dass die OECD uns kürzlich alles in allem einen hervorragenden Ausbildungsstand der Bevölkerung bescheinigt hat.

Heute stehen wir aber vor der Aufgabe, eine neue Bildungsreform zu beginnen: Qualitativ und quantitativ. Die Teilhabe an Bildungschancen, so haben wir gelernt, ist geringer und begrenzter als nötig.

Wir brauchen zum Beispiel in den kommenden Jahren mehr Hochschulabsolventen. Das sagt uns der jüngste Bericht der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zur „Zukunft von Bildung und Arbeit“. Das zeigen uns auch die Anstrengungen anderer Staaten. Es geht aber um mehr als nur darum, mehr vom Gleichen zu bekommen.

Es geht vor allem um qualitativ verbesserte Teilhabe, um eine Teilhabe, die die Veränderungen unserer Gesellschaft seit den sechziger und siebziger Jahren berücksichtigt.

- Was heißt Bildungsteilhabe in einer Gesellschaft, in der es nicht mehr selbstverständlich ist, dass die Familie der ruhende Pol ist?
- Was heißt Bildungsteilhabe in einer Gesellschaft, in der Frauen ihre Gleichberechtigung in der Arbeitswelt nicht nur selbstverständlich einfordern, sondern in wachsendem Maße auch wahrnehmen?
- Was heißt Bildungsteilhabe in einem Land, das seit langem zu einem Einwanderungsland geworden ist, das diese Tatsache aber eher widerwillig als aktiv gestaltend zur Kenntnis nimmt?
- Was heißt Bildungsteilhabe in einer Gesellschaft, die sich individualisiert und pluralisiert hat, in der der Konsens über verbindende und verbindliche Werte nicht mehr selbstverständlich ist, in der dieser Konsens vielmehr immer wieder diskutiert und ausgehandelt werden muss?
- Was heißt Bildungsteilhabe in einer Gesellschaft, in der für viele Menschen die Erwerbsarbeit „elastischer, poröser und fluider“ geworden ist, wie das Jürgen Kocka einmal formuliert hat?
- Was heißt schließlich Bildungsteilhabe in einer Gesellschaft, die älter wird und die bisher weder die Chancen noch die Belastungen ausreichend sieht und entsprechend handelt, die in dieser Entwicklung liegen?

Auf all diese Fragen gibt das Forum Bildung nach meinem Eindruck wichtige Antworten. Jetzt muss die konkrete Arbeit beginnen. Geredet und geschrieben ist genug. Nun gilt es, die Kenntnisse in praktische Politik umzusetzen. Eine der Voraussetzungen dafür ist gewiss, dass Transparenz und Zusammenarbeit in der Bildungspolitik selbstverständlich werden.

Wie wenige andere Felder der Politik ist die Bildungspolitik eines, auf dem Erfolge stark davon abhängen, dass alle Beteiligten tatsächlich zusammenwirken. Das setzt voraus, dass wir ein klares Bild von den tatsächlichen Verhältnissen gewinnen. Das ist bis heute schwierig. Ich halte es nicht für gut, wenn wir ein Bild von der Lage in Deutschland immer nur auf dem Umweg über die OECD gewinnen. Darum begrüße ich sehr die Empfehlung des Forums Bildung, eine nationale Bildungsberichterstattung einzurichten.

Dafür müssen Bund und Länder eine Lösung finden. Die Bildungsberichterstattung ist ja kein Selbstzweck. Sie ist eine wichtige Grundlage dafür, dass die Länder und der Bund, dass wir alle richtige bildungspolitische Entscheidungen treffen können.

Das Forum Bildung hat zwölf übergreifende Empfehlungen formuliert und die fünf ersten besonders hervorgehoben. Dazu möchte ich einige Bemerkungen machen.

II.

Wir geben zu wenig Geld für unsere Grundschulen aus. An den deutschen Grundschulen kommen deutlich mehr Schüler auf eine Lehrkraft als in anderen OECD-Ländern. Andere Staaten wenden sechzig bis neunzig Prozent mehr Geld für jedes Kind an Grundschulen auf als wir in Deutschland.

Das ist nicht nur ein Grund zur Beunruhigung, das ist ein massives Problem. Es weist auf eine Tendenz in unserem Bildungswesen hin, die nicht neu ist. Nach meinem Eindruck ist sie auch eine der entscheidenden Ursachen für die gravierenden Defizite bei der Kompetenz älterer Schüler, die die PISA-Studie zutage gefördert hat.

So wichtig die letzten Jahre in den weiterführenden Schulen, so unverzichtbar Lehre und Forschung an unseren Hochschulen: Beim Bau eines Hauses

beginnt man aus gutem Grund mit dem Fundament und nicht mit dem Dach. Es ist ja kein Zufall, dass jeder dritte ausländische Postdoc und jeder fünfte ausländische Professor in den Naturwissenschaften in den USA aus Deutschland kommt. Dummheit und Unkenntnis waren sicher nicht die Einstellungsvoraussetzungen.

Erfolge an der Spitze dürfen uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir die Elementar- und Grundschulbildung offenbar seit Jahrzehnten vernachlässigen.

Das fängt im Kindergarten und in den Kindertagesstätten an. In Deutschland kommen im Elementarbereich auf jede Lehrkraft rund vierundzwanzig Kinder; nur in Korea und Mexiko sind es noch mehr.

Das muss sich dringend ändern. Je kleiner die Kinder, desto größer die Klasse: Diese Faustregel ist falsch und schädlich und darf nicht länger gelten.

Kinder, die in einen Kindergarten, in eine Kindertagesstätte oder in die Grundschule kommen, sind neugierig und wollen etwas lernen. Sie können es noch besonders gut. Ich wünschte mir, dass alle politisch Verantwortlichen sich von der Neugier und von der Lernfreude der Kinder anstecken ließen.

Wir sollten uns freilich davor hüten, jetzt mit Hinweis auf die drohenden Gefahren für den „Standort Deutschland“ den Kindergarten und die Grundschule zur Berufsschule oder zum Gymnasium für Kleinkinder umzukrempeln.

Gewiss, es geht auch darum, die Neugier von Kindern für naturwissenschaftliche und technische Fragen zu fördern und zu nutzen, aber die Betonung muss eher auf „fördern“ liegen als auf „nutzen“.

Bildung ist immer langfristig angelegt. Sie braucht Zeit. Man muss sich diese Zeit auch nehmen und geben. Für Bildung am Beginn des Lebens gilt das ganz besonders. Hier geht es um die Vermittlung der Grundfertigkeiten, um Lesen, Schreiben, Rechnen, um all das, was man braucht, damit man die späteren Bildungsangebote optimal nutzen kann. Vor allem geht es aber darum, die Lust am Lernen zu fördern.

All das hat sehr viel mit Teilhabe zu tun: Die Kindergärten, die Kindertagesstätten und die Grundschulen sind ja nicht nur die Tore zum Bildungswesen,

sie sind auch die Tore zu unserer Gesellschaft, zu Selbstentfaltung und Gemeinschaftsfähigkeit, zu beruflichem Erfolg und staatsbürgerlicher Verantwortung.

Wer dort nicht teilhaben kann, weil die Bedingungen unzulänglich sind, der wird auch auf den späteren Stufen unseres Bildungswesens nicht mithalten können. Der hat es dann auch schwer in einer Gesellschaft, die Menschen ohne Wissen und Bildung zunehmend an den Rand drängt.

Das gilt für die deutschen Kinder und noch mehr für die Kinder aus Familien, die neu nach Deutschland gekommen sind.

Alle haben mittlerweile erkannt, dass wir gesteuerte Zuwanderung brauchen. Alle haben auch erkannt, dass Zuwanderung ohne Integration nicht gelingen kann. Der Schlüssel zur Integration ist die deutsche Sprache. Wo kann die am besten gelernt werden, wenn nicht im Kindergarten und in der Grundschule? Gewiss kommt es zuerst auf die Familien an, aber viele Familien sind eben überfordert. Das lässt sich nicht über Nacht ändern.

In Städten wie Frankfurt a. M. oder Berlin hat schon heute fast jedes zweite Vorschulkind Eltern, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind. Man braucht kein Prophet zu sein, um zu erkennen, dass wir es in den kommenden Jahren mit noch größeren Integrationsproblemen zu tun bekommen, wenn wir die Kindergärten und die Grundschulen nicht so umgestalten und ausstatten, dass sie ihren Beitrag zu einer gelungenen Integration leisten können.

Ich weiß, dass das alles Geld kostet und dass davon zu wenig in den öffentlichen Kassen ist. Es war ja schon schwer genug, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz durchzusetzen. Noch schwerer wird es werden und noch länger wird es dauern, den Vorschlag des Forum Bildung in die Tat umzusetzen, dass Kindertageseinrichtungen für die Eltern kostenlos sein sollen.

Wir müssen uns aber fragen, ob wir wirklich so weitermachen wollen wie bisher, mit einem schwachen und brüchigen Fundament unseres Bildungswesens, auf das dann große Häuser gebaut werden sollen. Ich meine, wir sollten das Fundament verstärken, sonst werden aus den großen und starken Häusern bald Bildungsruinen.

III.

In Deutschland wurden erst im Jahre 1900 Frauen zur Immatrikulation an Universitäten zugelassen, „versuchsweise“. In den USA war das schon 1845 möglich.

Auch hier war Deutschland also lange Zeit eine „verspätete Nation“, um Helmut Plessner zu zitieren.

In den hundert Jahren seither ist viel geschehen. Die Bildungspolitik der sechziger Jahre hat daran entscheidenden Anteil. Dass heute so viele Mädchen und Frauen weiterführende Schulen besuchen, dass ihr Anteil an den Studierenden mittlerweile über vierzig Prozent liegt und dass sie auch im Erwerbsleben eine immer wichtigere Rolle spielen – all das sind Ergebnisse der Bildungspolitik der sechziger und siebziger Jahre.

Aber das ist nicht das ganze Bild.

In Kindergärten und in Kindertagesstätten sind fast hundert Prozent der Beschäftigten Frauen. In den Grundschulen unterrichten über achtzig Prozent Frauen, in der Sekundarstufe II sind es neununddreißig Prozent. An den Universitäten lehren sechszwanzig Prozent. Sieht man sich die C-4-Professuren an, dann sind es nur etwas mehr als sechs Prozent.

Die Arbeitswelt außerhalb des Bildungssystems ist ein Spiegelbild dieser Situation: Formal gibt es viele Chancen zur Teilhabe für Frauen, die sie auch erfolgreich nutzen, aber je weiter sie in der Einkommenshierarchie nach oben kommen – und „oben“ fängt da schon ziemlich weit unten an – umso männlicher wird es.

Das hat viele Gründe. Einer dieser Gründe ist aber sicher, dass wir nach wie vor eine Schulpolitik betreiben, die unserem Ziel nicht ausreichend Rechnung trägt, Familie und Beruf besser als heute miteinander in Einklang zu bringen. Andere Staaten haben die Zeichen der Zeit längst erkannt und die Ganztagschule zur Regelschule gemacht. Wir gehen diesen Weg nur sehr zögerlich.

Ich weiß, dass nun bei Manchem Ängste wach werden, Ängste vor der Verstaatlichung der Kindererziehung, vor der Auflösung der Familie.

Manche dieser Ängste kann ich durchaus verstehen und ich nehme sie ernst. Niemand kann und niemand soll den Eltern die Verantwortung für die Erzieh-

ung ihrer Kinder abnehmen. In einer Gesellschaft, in der immer mehr Frauen erwerbstätig sind, brauchen die Eltern aber mehr Unterstützung.

Wie schwer sich Kindererziehung und Beruf vereinbaren lassen, das wissen vor allem die Alleinerziehenden, von denen die meisten ja Frauen sind. Probleme haben aber auch Familien, in denen beide Partner berufstätig sind. Ich plädiere auch hier für weniger Ideologie und weniger falsche Idylle und für mehr praktischen Realismus.

Kinder zu haben, sie gut zu erziehen, ihnen die Bildungschancen zu geben, auf die sie Anspruch haben und all das in einer Gesellschaft, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Berufsleben will und braucht – das ist ein ziemlich anspruchsvolles Programm. Das ist nur zu schaffen, wenn wir in der Schulpolitik nicht länger so tun, als sei die Zahl der berufstätigen Frauen eine exotische Minderheit. Wir brauchen erheblich mehr Ganztagschulen. Das ist gut für die Eltern, aber das ist auch und vor allem gut für die Kinder, denn auch deren Chancen zur Teilhabe an den Bildungsangeboten steigen.

Natürlich beklage ich wie Sie, wenn Kinder vom Elternhaus mit ihren Ansprüchen auf intellektuelle und persönliche Förderung allein gelassen werden. Aber mangelnde Förderung hat ihre Ursache längst nicht immer in der mangelnden Fähigkeit oder dem fehlenden Willen der Eltern. Unsere Gesellschaft hat sich geändert. Es hilft deshalb auch nicht, die gegenwärtige Schule dafür zu schelten, dass sie die Probleme einer Wirklichkeit nicht auffängt, auf die sie noch gar nicht eingestellt ist.

Darum brauchen wir mehr Ganztagschulen in allen Schulformen.

Schule ist nicht *der* Lebensraum, weder für die Schüler noch für die Lehrer. Die Schule muss heute aber *ein* Lebensraum sein, ein Ort, wo der einzelne junge Mensch nicht nur erfährt, was *man* tut und was *man* wissen muss, sondern ein Ort, an dem er als Person wahrgenommen wird, als Individuum mit seinen Stärken und Schwächen. Die Schule muss ein Ort sein, der die Stärken jedes Einzelnen stärkt und der seine Schwächen schwächt.

IV.

Ich stehe, wie Sie wissen, dem Begriff „Wissensgesellschaft“ skeptisch gegenüber, weil er deutlich zu kurz greift.

Im Zentrum unserer Verfassungs- und Gesellschaftsordnung steht nicht der homo oeconomicus, sondern der mündige, der zu eigenem Urteil fähige Bürger. Dieser Bürger steht im Erwerbsleben, ganz gewiss – aber das Erwerbsleben ist nur ein Teil des gesellschaftlichen Lebens, und wir sind schlecht beraten, wenn wir diesen Teil des gesellschaftlichen Lebens für das Ganze halten.

Das Berufsleben ist enorm wichtig, aber es ist nur ein Teil und wenn Erziehung und Bildung das übersehen, dann leisten sie einer Form des Analphabetismus Vorschub, die uns noch teuer zu stehen kommen kann.

Jede Gesellschaft braucht Gemeinschaft, damit das Zusammenleben auch da gelingt, wo rechtliche, wo formale Regeln nicht greifen. Das müssen die Menschen begreifen und gelernt haben.

Wir diskutieren seit einiger Zeit, mal intensiv, mal weniger intensiv über Werteerziehung; darüber, wie wichtig Werteorientierung und Urteilsfähigkeit sind. Das ist kein Signal zum Aufbruch zurück in eine formierte Gesellschaft.

Das wäre ein Irrweg. In einer Gesellschaft, die sich international öffnet, in der nicht nur wenige, sondern viele Menschen ihr Leben in die eigenen Hände nehmen wollen, in einer Wirtschaft, die individuelle Kreativität und Flexibilität fordert, gibt es nicht mehr den stummen Zwang der Verhältnisse, nicht länger einen einheitlichen Moral- und Wertekanon.

Das Zusammenleben in unserer Gesellschaft kann aber nur gelingen, wenn die Bürger ihre eigenen Urteile fällen können, wenn sie gelernt haben, ethische Abwägungen zu treffen und wenn sie sich darauf verlassen können, dass Grundwerte nicht in Zweifel gezogen werden.

Das kann man in unserer Gesellschaft vielerorts lernen: In der Familie, im Verein, in Parteien und Gewerkschaften, in Kirchen, in Bürgerinitiativen, im Betrieb. Vor allem kann und sollte man es aber in den Bildungsstätten lernen, in den Kindergärten und Grundschulen, in den weiterführenden Schulen und – auch da – in den Hochschulen.

Hartmut von Hentig hat in einem schönen Essay mit dem Titel „Bildung“ die Fähigkeit und den Willen, sich zu verständigen, als einen wichtigen Maßstab für Bildung bezeichnet.

Ich weiß, dass der eine oder andere Bannerträger der Wissensgesellschaft gequält aufschreit, wenn er so etwas hört. Das sei zu allgemein, zu vage, zu wenig konkret.

Ich beharre darauf: Wir brauchen nicht nur Fakten, nicht nur quantifizierbares Wissen, wir brauchen in unseren Bildungsstätten auch die Auseinandersetzung mit solchen Fragen und Maßstäben.

Dass diese Maßstäbe allgemein sind, ist kein Fehler, sondern eine Tugend. Nur so können wir Kinder und Jugendliche bei den Fragen und Antworten abholen, die sie selber stellen und geben.

Auch die Stätten der Bildung sind Orte, an denen man Werte erfahren, an denen man sich mit ihnen auseinandersetzen kann. Dieser Verantwortung dürfen sie sich nicht unter Hinweis auf ihre gewiss wichtigen Aufgaben der Berufsvorbereitung entziehen. Sie müssen sie aktiv wahrnehmen. Da schließe ich die Hochschulen ein.

Auf diesem Feld geschieht schon viel. Wir sollten diesen Einfallsreichtum und dieses Engagement fördern und nicht unterdrücken mit dem Hinweis auf den Ernst des Lebens und die notwendige Vermittlung von beruflich verwertbarem Wissen. Auch das ist Teilhabe, die mehr ist als Teilhabe am Erwerbsleben: Teilhabe am Leben.

V.

Wir leben in einer Gesellschaft, die älter wird. Das 21. Jahrhundert ist ein „Jahrhundert des Alters“, wie Paul Baltes das einmal genannt hat.

Die Forderung nach lebenslangem Lernen gehört darum seit vielen Jahren zu den Standardforderungen jedes Bildungspolitikers und immer stärker zu denen der Wirtschaftspolitiker.

Es geschieht aber nicht genug. Unsere Bildungsdiskussion und unsere Praxis ist nach wie vor auf die Erstausbildung fixiert. Dass viele Menschen eine zweite Bildungschance brauchen oder haben wollen, das hat noch immer nicht den Stellenwert, der in Zukunft nötig sein wird. In Deutschland nehmen dreißig Prozent der 25- bis 64-Jährigen an Angeboten der beruflichen Fortbildung teil. Damit liegen wir im OECD-Durchschnitt. In Australien, in Dänemark, in Nor-

wegen, in Großbritannien liegt dieser Wert deutlich höher. Da beteiligen sich vierzig bis fünfzig Prozent.

Ich wünsche mir, dass sich bei uns in Deutschland etwas in diese Richtung ändert. Vor allem wünsche ich mir aber, dass das lebenslange Lernen nicht nur für die gilt, die im Berufsleben stehen und die sowieso schon besser ausgebildet sind als andere.

Es ist nicht gut, wenn in Deutschland nur halb so viel Arbeitssuchende wie Beschäftigte an Veranstaltungen der Fort- und Weiterbildung teilnehmen.

In einer Zeit struktureller Arbeitslosigkeit ist gerade die Weiterqualifizierung der Arbeitssuchenden ein Schlüssel zu persönlichem und wirtschaftlichem Erfolg und auch ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Viel ist in den letzten Jahren vom Ende der Berufsgesellschaft oder von der schwindenden Bedeutung der Erwerbsarbeit geschrieben und geredet worden. Manches davon ist gewiss richtig. Es bleibt aber wahr, dass die Erwerbsarbeit eine zentrale Voraussetzung sozialer Anerkennung war und ist. Für das Selbstwertgefühl der Menschen, für die Identität und für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hat sie allergrößte Bedeutung.

Eine Gesellschaft, die immer älter wird und in der das bezahlte Arbeitsangebot für Menschen ohne Ausbildung abnimmt, ist auf die Bereitschaft aller zu lebenslangem Lernen angewiesen. Das geht nicht nur die an, die schon im Beruf oder noch im Beruf stehen, sondern gerade jene, die keinen Arbeitsplatz haben. Weiterbildung darf doch nicht bedeuten, dass der festangestellte Diplom-Chemiker bei einem großen Chemiekonzern neue technologische Verfahren lernt, Weiterbildung bedeutet auch, dass der junge Mann, dessen Eltern aus der Türkei stammen und der den Hauptschulabschluss nicht geschafft hat und ohne Arbeit ist, den Abschluss nachholen und eine Lehre als Maurer oder Verkäufer anfangen kann.

Da wird sich viel ändern müssen, nicht nur in unserem Bildungswesen. Auch die Regelungen auf dem Arbeitsmarkt und in unseren Sozialsystemen werden wir daraufhin überprüfen müssen, ob sie Weiterbildung erschweren oder Weiterbildung erleichtern. All das wird nicht leicht sein und es wird vermutlich auch Geld kosten, aber es geht beileibe nicht nur um Geld. Es geht auch um Initiative und es geht um Haltungen.

Wir werden zum Beispiel wieder lernen müssen, dass Älterwerden und Alter nicht mit wachsender Unfähigkeit gleichzusetzen sind. Es ist gut und richtig, die Zeit der Jugend zu nutzen. Junge Menschen sollten früher Verantwortung übernehmen können. Darum sollten die Zeiten der Bildung und Ausbildung nicht länger als nötig sein. So lange müssen sie aber sein.

Michel de Montaigne, der große Denker, hat einmal zu Recht gesagt: „Ich habe Menschen genug gesehen, denen das Gehirn noch vor dem Magen und den Beinen schwach wurde; und gerade, weil der, den dieses Gebrechen befällt, es kaum verspürt und es sich nur dunkel zu erkennen gibt, ist es umso gefährlicher.“ Das stimmt, aber viele in unserer Gesellschaft scheinen das vergessen zu haben. Jugend gilt offenbar per se als Ausweis von Leistungsfähigkeit. Erfahrung, die ja nur mit dem Alter kommen kann, gilt als eine Ressource, die man vernachlässigen kann. Da werden wir umlernen müssen.

Weiterbildung ist nicht bloß die Ertüchtigung derer, die sonst nicht mehr mitkommen. Weiterbildung schafft auch die Möglichkeit, von der Erfahrung der Älteren zu profitieren. Wer auf der Höhe der Zeit sein will, der muss sich diesen Schatz erhalten und er muss lernen, damit umzugehen.

VI.

Schließlich ein Punkt, der mir besonders wichtig ist: Bildung ist immer zuerst etwas, das zwischen Menschen stattfindet. Bildung ist Gespräch, fragen können und zuhören können, oder akademisch gesagt: Kommunikation.

Ich habe mich daher besonders darüber gefreut, dass auch nach Aussage des Forum Bildung die Lehrenden der Schlüssel für jede Bildungsreform sind. Das stimmt, und das kann nicht oft genug gesagt werden. Die Kultusministerkonferenz und auch der Wissenschaftsrat haben sich jüngst zur Frage der Lehrerbildung geäußert. In den Ländern ist manches in Bewegung. Dass die Qualität der Lehre an unseren Hochschulen heute größere Aufmerksamkeit findet als früher, ist erfreulich.

Unsere Bildungsstätten sind so gut wie die, die dort lehren und forschen. Die Lehrer brauchen viel, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Vor allem brauchen sie unsere Unterstützung.

Die Schule und auch die Hochschule machen nicht immer Freude. Aus solchen Erfahrungen sprießt bei manchen das Ressentiment. Das kann man ja verstehen, im Einzelfall.

Wenn das Ressentiment aber die öffentliche Debatte beherrscht, dann ist etwas faul und dann wird auch das Reden von der wachsenden Bedeutung der Bildung für unser aller Zukunft eine leere Phrase. Wir alle tragen Verantwortung dafür, dass das nicht so wird.

VII.

Gibt es eine Formel, die all das zusammenfasst, was jetzt in der Bildung getan werden muss?

Es geht um Teilhabe, um qualitativ verbesserte Teilhabe an Bildung in einer Gesellschaft, die sich gewandelt hat und immer weiter verändert. Das wollte ich deutlich machen.

Ich kenne keine Formel, die alles, was praktisch notwendig ist, schlagwortartig zusammenfasst. Ich warne auch davor, nun in hektische Betriebsamkeit zu verfallen und plakative Scheindebatten über diesen oder jenen einzelnen Gesichtspunkt zu führen, dessen Veränderung angeblich alles besser macht.

Die Zusammenarbeit all derer, die im Bildungsgeschehen zusammenwirken müssen, ist möglich. Man muss sie wollen. Das scheint mir fast die wichtigste Botschaft des Forum Bildung zu sein.

Wir müssen ideologische Fixierungen der Vergangenheit überwinden. Das gilt für alle bildungspolitischen Denkschulen. Wir müssen genau hinschauen, wo die Probleme liegen und dann konkrete Antworten auf konkrete Fragen suchen. Das Forum Bildung hat in den letzten beiden Jahren bewiesen, dass das gelingen kann. Dafür möchte ich Ihnen allen danken.

Nun ist die praktische Politik, nun ist die politische Praxis an der Reihe. Der Schwung ist da. Jetzt muss aus dem Schwung wirkliche Veränderung, neues Gestalten entstehen.

Edelgard Bulmahn

Forum Bildung – Konsequenzen aus der Sicht des Bundes



Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrter Herr Staatsminister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

I.

Die Ergebnisse der PISA-Studie sind alarmierend. Ein Land mit der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung Deutschlands gehört in die internationale Spitzengruppe der Bildungsnationen und darf sich weder mit dem OECD-Mittelmaß, geschweige denn einer Position darunter, zufrieden geben.

PISA darf uns aber nicht dazu verleiten, die Diskussion über die Reform unseres Bildungswesens noch einmal ganz von vorne zu beginnen. Die aufgezeigten Mängel sind nicht erst seit PISA bekannt. Schon frühere Untersuchungen wie TIMSS haben uns auf die Schwächen unseres Bildungswesens hingewiesen – und mich veranlasst, den Anstoß zu einer neuen Bildungsreform zu geben.

Vor zwei Jahren habe ich deshalb gemeinsam mit den Ländern alle Betroffenen im Forum Bildung an einen Tisch geholt. In diesem Bündnis für Bildung haben wir über alle Zuständigkeitsgrenzen hinweg diskutiert, was sich ändern muss, damit unsere Kinder und Jugendlichen eine bessere Bildung und Ausbildung bekommen.

Hinter uns liegen jetzt zwei Jahre intensiver Diskussion, die von allen Beteiligten ideenreich, kompetent und engagiert geführt worden ist.

Politische Grabenkämpfe gehören der Vergangenheit an. Ich bin dankbar, dass im Forum Bildung von allen Seiten die Bereitschaft zur konstruktiven Auseinandersetzung gezeigt wurde. Mit der jetzigen Abschlusskonferenz ist der Weg frei für eine wirkliche Reform unseres Bildungssystems.

Das Forum Bildung gibt jetzt bereits Antworten auf Probleme, die mit der PISA-Studie aufgezeigt worden sind. Die Verständigung auf zwölf gemeinsame Empfehlungen im Forum Bildung ist ein riesiger Erfolg in der bildungspolitischen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern.

Jetzt aber muss gehandelt werden!

II.

Meine Damen und Herren,

unser Bildungssystem kann in einem überschaubaren Zeitraum besser werden. Das zeigen Länder wie Finnland, Kanada, Australien oder Japan, die heute die Ernte ihrer Bildungsreformen einfahren können.

Mit einfachem Kopieren ist es jedoch nicht getan. Es geht vielmehr darum, von guten Beispielen zu lernen und sie in unsere Strategien zu integrieren. Dabei sind mir drei Punkte besonders wichtig:

- Wir müssen – erstens – schon früher als bisher anfangen, unsere Kinder intensiv und individuell zu fordern und zu fördern. Sprach- und Lesefähigkeit werden gerade in den ersten Jahren geprägt. Was im Kindergarten und in der Grundschule versäumt wird, lässt sich später nur schwer nachholen.
- Wir müssen – zweitens – alle diejenigen, die beim Zugang zu Bildung und Ausbildung benachteiligt sind, besonders unterstützen. Das ist nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sondern mit Blick auf unseren Bedarf an gut qualifizierten Fachkräften auch eine ökonomische Notwendigkeit.
- Und schließlich – drittens – müssen wir den Grundsatz des lebensbegleitenden Lernens konsequent in unserem Bildungssystem verankern.

Die Bundesregierung hat die ersten Schritte bereits getan. Ich will hier nur drei Beispiele herausgreifen:

Mit dem „Sofortprogramm Jump“ und dem „Ausbildungskonsens“ haben wir die Weichen richtig gestellt, die Jugendlichen von der Straße geholt und ihnen neue Chancen auf Ausbildung und Qualifizierung gegeben. Allein von Jump haben bisher mehr als 330.000 Jugendliche profitiert.

Und das ist deshalb so wichtig, weil wir unseren Jugendlichen mit guten Qualifizierungsangeboten nicht nur eine, sondern wenn notwendig, noch eine zweite oder dritte Chance geben müssen. Das gilt besonders für junge Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Denn sie drohen zu Verlierern der Wissensgesellschaft zu werden.

Künftig geht es darum, die Förderung von Benachteiligten zu einem festen Bestandteil der Berufsausbildung weiterzuentwickeln. Wir haben deshalb ein neues Programm zur beruflichen Qualifizierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gestartet. Für Menschen also, die es aufgrund ihrer Herkunft oder sozialer Gegebenheiten schwerer haben, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden. Programme dieser Art sind nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten, wie sie auch das Forum

Bildung fordert. Sie sind zugleich eine wichtige Investition in den Fachkräftenachwuchs, den wir in Deutschland dringend benötigen.

Lebensbegleitendes Lernen darf kein Schlagwort bleiben. Mit dem Aktionsprogramm der Bundesregierung „Lebensbegleitendes Lernen für alle“ bündeln wir die zahlreichen Aktivitäten in diesem Bereich und leisten damit einen entscheidenden Beitrag zum Aufbruch in eine lernende Gesellschaft. Wir wollen allen Menschen in allen Regionen ein attraktives und qualitativ gutes Angebot zur Fort- und Weiterbildung sichern.

Mit dem Aufbau „lernender Regionen“ vernetzen wir Schulen und Hochschulen, öffentliche und private Weiterbildungseinrichtungen, Arbeits- und Jugendämter sowie andere regionale Bildungsträger. Damit optimieren wir das Potenzial und die vorhandenen Ressourcen erheblich.

III.

Meine Damen und Herren,

eins ist jedoch klar: die Grundlagen für eine erfolgreiche Ausbildung werden bereits auf den ersten Metern des Bildungsweges gelegt. Wir müssen unsere Anstrengungen deshalb vor allem auf die Bildung im frühen Kindesalter konzentrieren.

Die Forderung des Forum Bildung nach einem klaren Bildungsauftrag für unsere Kindergärten und Kindertagesstätten trifft hier den Nagel auf den Kopf.

Kindergärten müssen mehr sein als nur „Betreuungseinrichtungen“ für die Kleinen. Kindergärten haben die Aufgabe, Lernbereitschaft und Neugier zu entwickeln und unsere Kinder auf das weitere Lernen in der Grundschule vorzubereiten.

Kinder mit geringen sprachlichen Fertigkeiten oder Kinder, die nicht gut deutsch sprechen können, müssen schon vor der Einschulung besonders gefördert werden, damit sie bei Schulbeginn mit den gleichen Chancen an den Start gehen wie alle anderen Kinder. Das, was in den ersten fünf Lebensjahren bei Kindern in ihrer Entwicklung versäumt wurde, ist im späteren Leben nur noch sehr schwer aufzuholen. Dazu müssen wir die Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern aufwerten und verbessern.

Die von PISA aufgedeckten Mängel beim Lesen und Rechnen führen uns in aller Deutlichkeit vor Augen, dass wir die individuelle Förderung aller Kinder entscheidend verbessern müssen.

Chancengleichheit und Exzellenz, Gerechtigkeit und Leistung sind keinesfalls Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille. Spitzenförderung ist gleich-

zeitig Breitenförderung und nur mit einer guten Breitenförderung können wir eine effektive Spitzenförderung betreiben. Spitzenförderung und Breitenförderung sind keine Gegensätze. Ganz im Gegenteil. Elite braucht ein breites Fundament. Wir müssen den Unterricht an unseren Schulen deshalb so organisieren, dass Kinder voneinander lernen können. Das hilft sowohl den besonders begabten Schülern, als auch denjenigen, denen das Lernen schwerer fällt.

Und meine Damen und Herren,

Lernen braucht Zeit. Gerade wenn Kinder nicht nur schematisch lernen, eine Regel nicht nur automatisch herunterspulen, sondern herleiten, sich selbst erarbeiten und aktiv anwenden können, dann braucht dies auch Zeit. Deshalb ist der Aufbau von Ganztagschulen – bundesweit – so wichtig.

Mit Ganztagschulen können wir besser Bildungsbarrieren abbauen und soziale Ausgrenzung verhindern, Sprachkompetenz erhöhen und individuelle Begabungen besser fördern. Ganztagschulen – in anderen Ländern seit Jahrzehnten längst eine Selbstverständlichkeit – sind außerdem ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Von entscheidender Bedeutung ist die Qualität des Unterrichts. Pädagogik und Inhalte müssen stimmen. Alltagsnähe und Anwendung des Erlernten sind hier die entscheidenden Stichworte. Das Leben muss in die Schule zurückkehren!

Wer beruflich weiterkommen will, wer am gesellschaftlichen und kulturellen Leben nicht nur vor der eigenen Haustür, sondern überall in Europa und in der ganzen Welt teilnehmen will, der braucht Fremdsprachen. Deshalb müssen wir schon in der Grundschule unsere Kinder mit Fremdsprachen vertraut machen. Die Neugier und Lernbereitschaft von Kindern ist einfach riesig. Das müssen wir nutzen!

Eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung all dieser Maßnahmen spielen unsere Lehrerinnen und Lehrer. Neue Aufgaben verlangen nach zusätzlicher Qualifizierung. Eine fundierte Ausbildung nicht nur im Fach, sondern auch in Methodik und Didaktik, eine stärkere Praxisorientierung und die konsequente Weiterbildung sind deshalb ein absolutes Muss. Zudem braucht die schwierige Arbeit unserer Pädagogen mehr gesellschaftliche Anerkennung. Wir müssen den Ruf der Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land verbessern. Gute Leistungen sollten künftig nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch bei unseren Lehrern belohnt werden. Wir sollten also die bereits vorhandenen Möglichkeiten von Leistungsanreizen stärker nutzen.

Last but not least: Wir müssen unseren Schulen mehr Selbstständigkeit geben, sie vom bürokratischen Ballast befreien und durch mehr Eigenverantwortung fit für die Zukunft machen!

PISA weist auch hier den richtigen Weg. Finnland, das Land mit den besten Ergebnissen, hat seine Schulen in die Freiheit entlassen, und sie zugleich regelmäßigen Qualitätskontrollen unterworfen. Eigenverantwortung und Evaluation in der richtigen Mischung sind das Rezept für ein funktionierendes Bildungssystem.

IV.

Meine Damen und Herren,
gute Bildung hat ihren Preis! Klar ist also: Wir müssen mehr in die Bildung unserer Kinder investieren. Die dafür eingesetzten Mittel sind Investitionen in die Zukunft, die wir nicht in erster Linie als Kosten, sondern als Investitionen verbuchen müssen.

Die Bundesregierung ist hier mit gutem Beispiel vorgegangen. Wir haben die Ausgaben für Bildung und Forschung seit 1998 um stattliche 21,5 Prozent auf rund 8,8 Mrd. Euro gesteigert. So groß war der Etat noch nie.

Aber auch die Länder müssen mitziehen, denn – das zeigt PISA deutlich – vor allem in die Grundschule muss erheblich mehr Geld fließen. Ich biete den Ländern ausdrücklich an, gemeinsam darüber nachzudenken, wie der Bund sie bei wichtigen Reformvorhaben unterstützen kann.

Mit der Beteiligung an PISA ist die Teilnahme an internationalen Leistungsvergleichen auch in Deutschland endlich zum Normalfall geworden. Diejenigen Länder, die heute Spitzenplätze besetzen, hatten im Gegensatz zu uns schon vor 15 Jahren den Mut dazu. Schwedische Experten antworteten – nach dem Geheimnis ihres erfolgreichen Abschneidens befragt: „Wir müssen die Wahrheit über uns ertragen und die Konsequenzen daraus ziehen.“

Die zwölf Empfehlungen des Forum Bildung liegen auf dem Tisch und können jetzt zügig umgesetzt werden. Ausdrücklich begrüße ich, dass sich Bund und Länder gemeinsam entschlossen haben, die Umsetzung durch ein wissenschaftliches Monitoring zu begleiten. Ein erster Umsetzungsbericht ist für das Jahr 2004 vorgesehen.

Der föderale Wettbewerb wird weder durch die Empfehlungen des Forum Bildung noch durch die Evaluierung ihrer Umsetzung beeinträchtigt. Im Gegenteil: Wir setzen nicht nur auf unsere eigene, wir setzen auch auf die Kreativität der Länder.

V.

Meine Damen und Herren,

Ausgangspunkt für die Einrichtung des Forum Bildung war die Erkenntnis, dass Bildung eine Hauptrolle in der Gesellschaft von morgen spielen wird.

In Deutschland ist es uns nach Jahren der Stagnation mit dem Forum Bildung gelungen, eine neue Kultur der Zusammenarbeit zu schaffen. Die treibende Kraft für erfolgreiches Handeln ist dabei die Zusammenarbeit von Bund und Ländern.

Die Arbeit des Forum Bildung kommt heute zu ihrem Abschluss. Wir haben damit ein Etappenziel erreicht – die Tour jedoch geht weiter. Ich danke allen Beteiligten für das bisher Geleistete und verknüpfe das mit der Erwartung, die gemeinsam verabredeten Ziele mit dem gleichen Teamgeist wie bisher zu erreichen.

Jürgen Zöllner

Konsequenzen aus der Sicht der Länder



Was uns heute vorliegt, ist in den letzten zwei Jahren in intensiver, engagierter Arbeit entstanden. Dafür gilt allen Beteiligten der herzlichste Dank, zumal es vielen von Ihnen zusätzliche Belastungen abverlangt hat.

Die Kultusminister haben sich am Forum Bildung beteiligt und an seinem Gelingen mitgewirkt, weil klar ist, dass den Herausforderungen an unser Bildungssystem nur gemeinsam begegnet werden kann.

Wir begehen den Abschluss eines gelungenen Projektes. Die Bildungspolitik genießt die mitgestaltende Anwesenheit des höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland, unseres Bundespräsidenten Johannes Rau. Die vielfältige Projektmesse gibt dazu einen illustrativen und unterhaltsamen Rahmen, der uns vor Augen führt, was der Bildungsmarkt alles zu bieten hat. Alle Voraussetzungen sind gegeben, um ein großes Fest zu feiern.

Jetzt stehen wir aber alle plötzlich unter dem Eindruck der Ergebnisse von PISA.

Um möglichen Missverständnissen gleich vorzubauen: Es war die viel gescholtene Kultusministerkonferenz, die die Beteiligung Deutschlands an PISA betrieben und mit gestaltet hat. Die Kultusministerkonferenz befürwortet internationale Vergleichsstudien, um den Stellenwert von Bildung im internationalen Kontext immer wieder neu zu bestimmen.

PISA – das sollten wir uneingeschränkt positiv sehen – hat in selten da gewesener Intensität die Aufmerksamkeit der Medien und der gesamten Öffentlichkeit dem Bildungswesen zugewandt und damit den unabweisbaren Reformbedarf unseres Bildungssystems vor Augen geführt.

PISA belegt die Notwendigkeit der Erarbeitung von Perspektiven für die Weiterentwicklung des Bildungssystems, Perspektiven wie wir sie heute durch das Forum Bildung vor uns haben.

Die Existenz dieser Empfehlungen wiederum ist aber auch ein eindeutiger Beleg, dass das Bewusstsein über Notwendigkeit und Wege zur Weiterentwicklung des deutschen Bildungssystems bei den Akteuren im Bildungsbe-
reich auch unabhängig von PISA vorhanden war und ist.

Ohne die Bedeutung der Ergebnisse der PISA-Studie irgendwie in Frage stellen zu wollen, besteht aber kein Anlass für Hysterie oder panische Reaktionen:

Testergebnisse, wie sie PISA zu Tage gefördert hat, beschreiben nur Teilbe-
funde. Sie sind keine Gesamtbewertung unseres Bildungssystems. Das sage
ich ganz bewusst als jemand, der selbst gerade Vergleichstests als unabding-
bar notwendig zur Standortbestimmung hält. Es war z.B. Rheinland-Pfalz, das
in der KMK den Antrag gestellt hat, die PISA-Stichprobe auszuweiten, um auch
einen Ländervergleich zu ermöglichen. Wir haben weiterhin z.B. in Rheinland-
Pfalz als einem der ersten Länder einen flächendeckenden Mathematiktest an
allen Schulen durchgeführt.

Unser Schul- und Hochschulwesen besitzt nach wie vor eine hohe Qualität. Ich
sage dies ausdrücklich trotz der Kritik, die wir durch TIMS und PISA erfahren
haben. Anders ist es – nur ein einziges Beispiel – nicht zu erklären, dass eines
unserer großen Probleme die Abwerbung deutscher Hochschulabsolventen
durch anglo-amerikanische Universitäten ist.

Trotzdem müssen wir uns bewusst sein, dass unser Bildungswesen der stän-
digen Weiterentwicklung bedarf. Deswegen ist es gut, dass das Forum Bildung
diesen Reformbedarf systematisch aufgearbeitet und für jedermann gut nach-
lesbar zusammengestellt hat. In Anbetracht des dichten Tagungsprogramms
will ich mich bezüglich der Konsequenzen für die Länder auf wenige grund-
sätzliche Punkte beschränken.

1. Was tun die Länder an konkreten Initiativen schon heute?
2. Gibt es ein durchgängiges oder zentrales Prinzip dabei?
3. Brauchen wir eine Diskussion über Zuständigkeiten in diesem
Zusammenhang?
4. Wie steht es mit der Finanzierung?
5. Was wünscht sich ein Bildungspolitiker ganz persönlich in dieser
Situation?

Zu 1. Was tun die Länder an konkreten Initiativen schon heute?

In diesem Zusammenhang laufen gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkompetenz, der Verzahnung von Vorschule und Grundschule und zur durchgängigen Verbesserung der Grundbildung.

So wird die Förderung bildungsbenachteiligter Kinder insbesondere mit Migrationshintergrund gezielt verstärkt.

Die Verbesserung der Professionalität der Lehrertätigkeit ist in Angriff genommen, der Aufbau von Ganztagschulen als notwendige Perspektive erkannt.

Dies sind nur Beispiele – konkretisiert und festgehalten in einem Beschluss der KMK vom Dezember letzten Jahres, die aber belegen, dass an der Umsetzung der Empfehlungen schon gearbeitet wird.

Zu 2. Gibt es ein durchgängiges oder zentrales Prinzip?

Unter XII empfiehlt das Forum Bildung mehr Eigenverantwortung für Bildungseinrichtungen und Lernen aus Evaluationen.

Eigenständigkeit von Einrichtungen ist kein Selbstzweck, sondern die richtige Konsequenz daraus, dass bei immer komplexer werdenden Anforderungen die Probleme der einzelnen Einrichtungen am kompetentesten vor Ort gelöst werden können.

Alle Länder haben inzwischen Maßnahmen getroffen, sowohl Schulen als auch Hochschulen ein höheres Maß an Eigenständigkeit zu geben. Die Lehrenden unterstützen wir dabei, ihre zunehmenden Selbstverwaltungskompetenzen auszuschöpfen, aber andererseits auch die sich zwingend daraus ergebenden Rechenschaftspflichten zu erfüllen. Unterricht steht im Mittelpunkt der Anstrengungen; Qualitätssicherung, Qualitätsmanagement und ergebnisorientierte Evaluation sind dabei Stichworte, zu denen die Kultusministerkonferenz sich ausdrücklich bekannt hat.

Im Zusammenhang mit diesem organisatorischen Aspekt möchte ich vor Rückfällen in längst tot geglaubte Strukturdebatten warnen. Der Kampf gegliederter gegen integrierte Schulsysteme war der große Sündenfall vergangener Jahre. Solche Auseinandersetzungen nehmen schnell den Charakter von Glaubenskriegen an und helfen uns bei der Bewältigung der der Bildungspolitik in Deutschland gestellten Aufgaben gar nichts. Konzentrieren wir uns darauf, das bestmögliche für Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen und

Begabungen zu tun. Dann mag sich struktureller Reformbedarf daraus kristallisieren, aber nicht umgekehrt.

Zu 3. Brauchen wir eine Diskussion über Zuständigkeiten?

Der Weg zur nachhaltigen Reform des deutschen Bildungsangebotes kann grundsätzlich nur im verantwortungsbewussten Zusammenspiel von Bund, Ländern und Gemeinden und freien Trägern erfolgen. Allerdings legt unser Grundgesetz die Bewältigung der uns auch durch PISA gestellten Herausforderungen und die Umsetzung der aus dem Forum Bildung gewonnenen Erkenntnisse vor allem in die Verantwortung der Länder.

Die KMK ist ein freiwilliger Zusammenschluss der Länder und sorgt dafür, dass nicht jedes der 16 Länder eine völlig eigenständige Bildungspolitik betreibt, aber unter Achtung der Vielfalt notwendige Gemeinsamkeiten bundesweit verbindlich geregelt werden.

Unser bewährter föderativer Staatsaufbau hat eine äußerst vielgestaltige Kultur- und Bildungslandschaft hervorgebracht, die wir – gerade auch im internationalen Wettbewerb – immer als großen Vorteil empfunden und bewertet haben. Deswegen halte ich es auch für müßig, angesichts einer für uns ungünstigen internationalen Vergleichsstudie über mehr Bildungszentralismus in Deutschland nachzudenken. Das lenkt nur von den uns eigentlich gestellten Aufgaben ab. PISA ist keine nationale Katastrophe, sondern das Ergebnis einer Studie, das uns herausfordert, aus dem vorhandenen Potenzial mehr zu machen.

Es sei an dieser Stelle der Hinweis erlaubt, dass Schlagworte wie Reformstau oder Stagnation gemeinhin nicht mit der Bildungspolitik der Länder assoziiert werden sollten, sondern mit entsprechenden Defiziten in anderen Politikbereichen.

Wer sich der zahlreichen und vielfältigen Veränderungen im Schul- und Hochschulbereich, die es in den letzten Jahren in allen Ländern gegeben hat, vor Augen führt, wird erkennen, dass der Bildungsföderalismus durchaus reform- und innovationsfähig ist.

Ich behaupte sogar als Mitglied dieser viel gescholtenen Kultusministerkonferenz selbstbewusst: Der föderale Wettbewerb im Bildungsbereich hat sich in der Vergangenheit, wenn man sich tatsächlich an den Fakten und nicht an Vor-

urteilen orientiert, innovationsfähiger gezeigt als viele andere Politikbereiche mit zentraler Verantwortung. Aber man darf nicht vergessen, dass – wenn überhaupt – hier das Wort „nachhaltig“ am Platz ist und dass Reformen Zeit brauchen, um ihre Wirkung zu entfalten.

In dieser Mediengesellschaft nimmt man oft nur wahr, was nicht läuft und daher Ärger macht. Die Hochschullandschaft z.B. ist heute grundsätzlich anders als noch vor 10 Jahren. Dass dies ohne Ärger erfolgte, spricht für das System. Leider gab es keine Massenproteste, sodass die Fernsehauftritte fehlten. Das Entscheidungsverhalten im Bereich der Kultusministerkonferenz soll keineswegs tabu oder sakrosankt sein. Wir haben bereits beschlossen, uns mehr auf wichtige Grundsätze und weniger auf Detailregelungen zu konzentrieren. Aber ich gebe auch zu: Hier ist die geäußerte Willensbildung weiter als die Realität.

Zu 4. Wie steht es mit der Finanzierung?

Finanzen sind ein besonders brisanter Teil der deutschen Bildungspolitik. Im internationalen Vergleich hat uns auch PISA wieder gezeigt, dass unsere Bildungsausgaben – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – unter dem Durchschnitt der OECD-Länder liegen. Nun prognostiziert uns die Bildungsstatistik, dass ab dem Jahre 2005 der so genannte Schülerberg überschritten sein soll. Das hat auf interessierter Seite sofort die Vorstellung ausgelöst, dass die Bildungsausgaben zurückgefahren werden können. Gemessen an den vor uns liegenden Aufgaben entspricht das rein fiskalischem Wunschdenken. Wir können aber auch nicht einfach umschichten von den relativ besser bedachten zu den weniger gut ausgestatteten Bildungsbereichen, z.B. von der gymnasialen Oberstufe in die Grund- und Hauptschulen. Denn dort, wo wir vergleichsweise gut liegen, sind wir auch noch lange nicht Spitzenklasse.

Das heißt: auch bei effektivster Nutzung der Ressourcen muss der Ausgabenanteil für Bildung bis auf weiteres noch zulegen. Wir können dauerhaft auf hohem Lebensstandard nur verbleiben, wenn wir ein in jeder Hinsicht leistungsfähiges Bildungswesen haben, das im internationalen Wettbewerb keinen Vergleich zu scheuen braucht. Wer konkurrenzfähig bleiben will, muss stetig investieren.

Für uns Kultusministerinnen und Kultusminister heißt das hartnäckige Überzeugungsarbeit in unseren Kabinetten und Parlamenten. Dank Forum Bildung sind wir dafür nun besser gerüstet.

Die Möglichkeiten der Länder sind hier jedoch beschränkt. Wir, die Länder, haben diese relevanten Ausgaben seit 1992 um ca. 25 % gesteigert. Hier besteht wenig zusätzlicher Spielraum, während der Bund, trotz starker Anstiege in den letzten Jahren, insgesamt – bezogen auf 1992 – sogar 4 % weniger ausgibt.

Da Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar sind, da üppig ausgestattete Sonderprogramme und Modellprojekte für die Betroffenen zwar schön, für die Weiterentwicklung des Gesamtsystems aber oft nicht erfüllbare Begehrlichkeiten wecken, ist eine Lösung des Finanzproblems nur erreichbar, wenn bei der Neuordnung der innerstaatlichen Finanzbeziehungen den quantitativen und qualitativen Aspekten der Bildungspolitik angemessen Rechnung getragen wird. Das bedeutet: Bei der Finanzpolitik muss Bildungspolitik als integraler Bestandteil mitgedacht werden.

Zu 5. Was wünscht sich ein Bildungspolitiker in diesem Zusammenhang ganz persönlich?

Ich wünsche mir, dass die öffentliche Hand in ihrer Personalpolitik die Konsequenzen zieht, die sich aus ihren eigenen Empfehlungen ergeben. Ich meine z. B. die Weiterbildung.

Wir haben auch hier richtungsweisende Empfehlungen des Forum Bildung. Die Bildungspolitik fordert von anderen in der Gesellschaft, diese auch tatsächlich umzusetzen. Sie sollte diesen Anspruch auch für sich selbst geltend machen.

Lebenslanges Lernen als Grundprinzip dieser Gesellschaft wird nie Wirklichkeit werden, so lange die öffentliche Hand nicht realisiert, dass sie selbst der größte Arbeitgeber ist und damit Normen setzt.

Das heißt zum Beispiel konkret:

- So lange für Eingruppierungen in Laufbahnen der formale Abschluss bezogen auf die Institution und nicht Funktion und Leistung ausschlaggebend sind,
- so lange für Beförderungen im Beamtenbereich das Dienstalter eine größere Rolle spielt als Leistung und Weiterbildungsbereitschaft,
- so lange Bildungsteilzeit im öffentlichen Dienst nicht eine ernsthafte Alternative zu anderen Zeitmodellen ist,
- so lange werden wir insgesamt wieder einmal nur sagen können: Papiere und Diskussionen waren gut – und damit ist es gewesen.

Die Ergebnisse und Empfehlungen des Forum Bildung leisten einen wichtigen Beitrag zu aktuellen Standortbestimmungen der Bildungspolitik in Deutschland. Sie sind klar formuliert und nachvollziehbar. Greifen wir sie jetzt auch auf, um sie in den Köpfen derer zu verankern, deren Unterstützung wir für die drängenden Reformen unseres Bildungswesens benötigen.









Podiumsdiskussion: Bewertungen und Empfehlungen aus der Sicht der Sozialpartner und Kommunen

Moderation:
Eva Maria Götz, Journalistin



Teilnehmer:

Eva Maria Götz, Journalistin: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Sie ganz herzlich begrüßen zu dem zweiten von insgesamt drei Podiumsgesprächen, die wir im Rahmen der Abschlussveranstaltung des Forum Bildung führen.

Zwei Jahre Forum Bildung haben gezeigt: ein nationaler Dialog über Bildungsfragen war nicht nur dringend notwendig, er war sogar möglich jenseits der ideologischen Barrieren, wie sie sonst die Bildungsdiskussion in Deutschland über Bund-Länder-Grenzen und Kompetenzen hinweg oft hemmen und einschränken. Am Forum Bildung beteiligt waren nicht nur das Bundesministerium und die Bildungs- und Kultusminister der Länder, sondern auch – und das war das Besondere – Vertreter der Kirchen, Wissenschaftler, Schüler, Studenten, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände. Sie alle waren gefragt, sie konnten ihre Ideen über Schule und frühkindliche Förderung, über die Bedeutung von lebenslangem und lebensbegleitendem Lernen, über Gleichstellung und Eigenverantwortung einbringen. Was hat nun das Forum Bildung aus Ihrer Sicht, aus Sicht der Sozialpartner gebracht? Wir beurteilen Sie die Empfehlungen, mit denen sich diese bisher einzigartige Bildungsbrainstorminggruppe verabschiedet, und vor allem, was muss geschehen, damit diese Empfehlungen nicht nur gute Vorsätze bleiben? Frau Ministerin Bulmahn hat gesagt: Jetzt muss gehandelt werden. Was kann man machen, um dieses Handeln schnell in die Wege zu bringen? Darüber möchten wir in der nächsten Stunde reden.

Meine Gesprächspartner auf dem Podium sind:

Elfriede Ohrnberger, Dezernentin für Jugend, Schule und Familie in Augsburg und Vorsitzende des Schulausschusses des Deutschen Städtetages;

Ingrid Sehrbrock, Geschäftsführerin des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes;

Dr. Eva-Maria Stange, Vorsitzende des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft;

Dr. Franz Schoser, er war bis zum November des vergangenen Jahres Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages.

Herzlich Willkommen.

Ich möchte Frau Ohrnberger die erste Frage stellen. Sie haben es gemerkt, ich habe in meiner Anmoderation versucht, den 4.12.2001 zu vermeiden und nicht gleich auf die PISA-Studie kommen. Ich glaube, in unserer Diskussion kommen wir nicht ganz drum herum, diese Studie wenigstens öfter mal zu erwähnen. 100 Kinder aus Augsburg waren daran beteiligt. Wissen Sie, wie die abgeschlossen haben?

Ohrnberger: Sie wurden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Ich habe zufällig die Mutter eines Kindes getroffen und die Mutter hat mir berichtet, dass ihr Sohn gesagt hat, nachdem ich gewusst habe, dass es nichts zählt, habe ich mich nicht so sehr angestrengt, und wo ich es nicht verstanden habe, habe ich aufgehört. Also, das sind meine ganz konkreten Erfahrungen aus der Stadt Augsburg.

Götz: Vielleicht kann man sie übertragen, dann wissen wir alle mehr. Frau Ohrnberger, der Deutsche Städtetag war nicht am Forum Bildung beteiligt. Trotzdem: Sie kennen die Empfehlungen, stehen Sie hinter diesen Empfehlungen und vor allem wie verbinden sich diese Empfehlungen mit der Realität in den Kommunen und Städten?

Ohrnberger: Frau Götz, Sie haben es angedeutet, es ist heute mehrfach über eine neue Kultur der Zusammenarbeit über Kompetenzen und Grenzen hinweg gesprochen worden. Ich bedauere es ein wenig, dass der Deutsche Städtetag nicht beteiligt war am Forum Bildung. Wir vertreten immerhin 5700 Mitgliedstädte mit 51 Mio. Mitgliedern, davon sind auch einige in unseren Schulen. Deswegen hätten wir es wirklich begrüßt, wenn wir an dieser neuen Kultur der Zusammenarbeit von Anfang an beteiligt gewesen wären, weil wir natürlich auch ganz konkrete Erfahrungen vor Ort haben. Wenn Sie durch die Ausstellungen gehen, wo beispielhafte Projekte genannt werden, dann sehen Sie bei den Trägern sehr häufig alleinig die Kommune oder auch als Mitträger. Wir werden diese neue Kultur der Zusammenarbeit gern aufgreifen und den Schwung, der heute ja mehrfach angesprochen wurde, nutzen, um die Dinge dann gemeinsam umzusetzen, denn die Empfehlungen decken sich ja in weiten Teilen mit den Erfahrungen, die wie vor Ort machen. Vielleicht unterschiedlich je nach Größe einer Kommune, aber die Frühförderung, die

Angebote zur individuellen Förderung und das lebenslange Lernen sind Aufgaben, die heute auch, wie man so schön sagt, zur kommunalen Daseinsvorsorge gehören.

Götz: Frau Sehrbrock, Bildung ist so etwas wie die Spinne im Netz der Zukunft, haben Sie gesagt. Jetzt wissen wir, dass dieses Netz doch beträchtliche Löcher hat. Wie waren Ihre Erwartungen an das Forum Bildung, als vor zwei Jahren die Arbeit begann?

Sehrbrock: Ich muss gestehen, dass die Erwartungen eigentlich bescheiden waren. Ich hatte ja die alte bildungspolitische Diskussion noch miterlebt, die heute mehrfach zitiert worden ist, und ich habe sie noch in Erinnerung. Ich kann nicht sagen: in guter Erinnerung. Ich habe ein bisschen befürchtet, dass es wieder auf solche ideologischen Grabenkämpfe hinausläuft. Aber wir haben ja schon von verschiedenen Seiten heute gehört, dass genau das nicht eingetreten ist, sondern dass der Versuch gemacht worden ist eine ganz nüchterne Situation, eine nüchterne Analyse der Situation vorzunehmen – ohne Tabus auch die Schwachstellen zu benennen, zu gucken, wo es schon gute Beispiele gibt und daraus dann Empfehlungen zu entwickeln über alle Parteigrenzen hinweg unter Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von Schülern und Studenten. Ich denke, das ist doch erheblich besser gelungen als man zu Anfang erwarten durfte und deshalb ist auch bis hierher das Forum Bildung schon mal ein guter Erfolg. Es ist jetzt wichtig, dass das was wir hier beschlossen haben, das, was in den Arbeitsgruppen erarbeitet worden ist, was ja weit über das hinausgeht, was in den Schlussempfehlungen steht, nicht in den Aktenschränken verstaubt, sondern dass wir jetzt beherzt und mutig rangehen, jeder in seinem Bereich, die Dinge jetzt auch tatsächlich in die Tat umzusetzen.

Götz: Welche Schwerpunkte, ich möchte diese Frage auch an Herrn Schoser und Frau Stange richten, welche Schwerpunkte sind jetzt in der Umsetzung dieser Empfehlungen von Ihnen gesetzt? Worauf richten Sie jetzt ihr Interesse und Ihre Konzentration?

Stange: Ich würde gern noch mal auf Ihre Frage zurückkommen, die die Erwartungen an das Forum anbelangt. Ich muss sagen, meine Erwartungshaltung an das Forum waren sehr hoch gewesen. Ich habe auch während der Arbeit des

Forums betont, wenn es jetzt nicht gelingt mit diesem Forum, mit dieser Zusammensetzung eine gesellschaftliche Debatte über Bildung zu beginnen und wie Bildung zukünftig aussehen soll, dann ist eine Chance verpasst für viele Jahre. Insofern wünsche ich mir, dass sich Freude und Genuss, die wir teilweise hatten in der Zusammenarbeit des Forums, vor allen in den heterogen zusammengesetzten Arbeitsgruppen, verbreiteten. Das darf nicht auf Bundesebene stehen bleiben, sondern sollte auch in den Ländern, in den Kommunen und in den Bildungseinrichtungen geboren werden mit den Partnern, die hier am Tisch gesessen haben.

Ich kann vielleicht auch an dieser Stelle einflechten, dass wir gerade gestern ein sehr erfreuliches Gespräch mit dem Bundeseltern- und dem Bundesschülerrat hatten. Anstoß war natürlich die PISA-Studie, aber auch die Empfehlungen aus dem Forum. Wir sind aus dieser gemeinsamen Beratung mit vielen gemeinsamen Positionen herausgegangen, von denen wir sagen, dass es sich lohnt, hier weiter zu diskutieren, weitere Partner zu suchen und zu sehen, was die Betroffenen in den Bildungseinrichtungen verändern können. Ich kann nur sagen, dass diese neue Kultur der Zusammenarbeit, die ja nun schon wieder zu einem Slogan verkommt, wirklich eine neue Kultur war. Für mich war es eine neue Erfahrung, eine interessante Erfahrung ohne ideologische Scheuklappen.

Götz: Herr Schoser, können Sie sich dem anschließen?

Schoser: Ich stimme mit den Erfahrungen von Frau Sehrbrock überein. Wer über Jahre, ich muss sagen jahrzehntelang, die bildungspolitische Diskussion verfolgt hat, konnte eigentlich nur mit niedrigen Erwartungen in das Forum reingehen. Das Ergebnis ist sehr erfreulich, denn es ist das passiert, was passieren musste: es sind die ideologischen Gräben weitgehend beiseite gelassen worden und man hat sich auf die Sache gestürzt. Da muss jetzt weiter gearbeitet werden. Zu PISA ist mir eingefallen: bisher – vor dem 4. Dezember – war das für mich der schiefe Turm von Pisa, der war ja unbegehrbar geworden und jetzt kann man ihn wieder begehen, weil er ein neues Fundament hat. Vielleicht ist das auch das Symbol für die Bildungsdiskussion der Zukunft, ein besseres Fundament, man kann reingehen, man redet darüber und setzt es um.

Götz: Ich möchte nicht die Empfehlungen – es sind eine Reihe von Empfehlungen – der Reihe nach abhandeln. Ich möchte gerne Schwerpunkte setzen. Aber ich denke, es ist doch sinnvoll, mit dem Fundament anzufangen. Eine

wesentliche Empfehlung des Forum Bildung geht auf die frühkindliche Förderung ein. Ich möchte gerne die Frage in die Runde stellen, brauchen wir eine Neudefinition des Bildungsauftrages in den Kindertageseinrichtungen?

Stange: Ich fand es heute in den Reden sehr bezeichnend, dass fast durchweg, innerhalb von kürzester Zeit anerkannt ist, dass Kindertagesstätten in Deutschland ihren Auftrag, so wie sie heute konzipiert sind, nicht ausführen können, dass sie einen neuen, einen Bildungsauftrag benötigen. Wir sollten vorsichtig sein und nicht das Kind mit dem Bade ausschütten – das hat der Bundespräsident heute sehr deutlich gemacht – in dem wir sie zu Gymnasien für Kleinkinder umstrukturieren. Gefördert werden muss das natürliche Lerninteresse der Kinder. Dazu bedarf es eines qualitativen Anspruchs an die Bildungseinrichtungen. Wir brauchen natürlich ein anderes Bild von den Erziehern. Es ist nicht die Mutter, die auch eigene Kinder erzieht, und es deshalb auch in einer Gruppe tun kann. Es gibt heute gute wissenschaftliche Erkenntnisse, wie Lernprozesse im frühkindlichen Alter gefördert werden können. Die Erzieherinnen müssen das in ihrer Ausbildung vermittelt bekommen. Andere europäische Länder sind schon lange auf Hochschulniveau angekommen, vergleichbar der Lehrerausbildung. Auch Deutschland sollte diesen Schritt endlich gehen, nicht zu spät, weil wir sonst am Fundament sparen.

Ohrnberger: Ich möchte hier ergänzen: es ist ja keineswegs so, dass es in den Kindertagesstätten bislang keinen Bildungsauftrag gab. Aufgabe war immer Fördern, Erziehen und Betreuen, und das ist natürlich auch mit Bildung verbunden. Aber es gibt natürlich Zeiten, wo gewisse Aspekte mehr im Vordergrund stehen als andere. Dieser Bildungsauftrag, der angesprochen wurde, ist natürlich vor Ort auch noch in sehr anderer Form vorhanden. Es gilt nicht nur die Lernfreude, die in diesem Alter da ist, zu wecken und zu bestärken, sondern es ist ein echter Bildungsauftrag. Ich habe in einem Stadtteil eine Kindertagesstätte, da wurden zu Beginn des letzten Kindergartenjahres nur Kinder nicht-deutscher Muttersprache aufgenommen. Die Leiterin des Hauses hat mir gesagt, wenn sie mir jetzt nicht irgendwann einmal ein deutsches Kind schicken, dann lernen die türkischen Kinder nicht bei mir Deutsch, sondern die zwei deutschen Kinder, die ich noch habe, werden türkisch lernen. Das ist der Auftrag, den wir auch haben, und den wir natürlich auch unterstützen müssen. Es ist heute Vormittag ja auch schon angeklungen, dass Familien aus unterschiedlichen Gründen den Erziehungsauftrag nicht mehr in vollem Umfang

wahrnehmen können oder auch wollen. Da muss man natürlich nach dem Motto handeln: Je früher, umso besser. Wenn wir da einsteigen, dann haben wir ein gutes Fundament und brauchen nicht später viele zusätzliche Fördermaßnahmen, die dann wieder zu Differenzierung, manchmal auch zur Separierung führen. Dann können wir sie integrieren. Wir haben hier sehr gute Modelle, die wir erproben. Ein Modell, das sehr gut funktioniert, ist, dass bei unseren Kindertagesstätten auch viel Personal mit nichtdeutscher Muttersprache beschäftigt ist, die inzwischen zwar sehr gut deutsch können, aber natürlich auch den Zugang zu den Kindern haben. In unserer Stadt, aber nicht nur in unserer Stadt, werden auch Kurse angeboten – zunehmend unter dem Stichwort: Mama lernt Deutsch. Das Hauptproblem ist, dass die Mütter zu Hause nicht Deutsch sprechen. Nun muss versucht werden, türkische Mütter an die Notwendigkeit heranzuführen, und es muss ein Ort gefunden werden, der von den Familien auch akzeptiert wird. Das ist der Kindergarten. Wir werden auch kontrolliert, die Männer kommen am Anfang mit und schauen, was wir in diesen Kursen machen und ob sie das für gut befinden. Das ist sicherlich ein Einstieg für die Umsetzung des Bildungsauftrages.

Götz: Wenn man an das Fundament denkt, das Sie gerade angesprochen haben, gehört der Erziehungsauftrag in den Familien in Verbindung mit der frühkindlichen Förderung in den Kindergärten und in den Schulen auch dazu.

Sehrbrock: Ich denke, dass wir gerade auch in dieser Frage ideologische Hürden ziemlich schnell übersprungen haben. Eva- Maria Stange hat das ja eben schon angedeutet, wie schnell man sich einig war, dass es einen neuen Erziehungsauftrag für die frühkindliche Erziehung geben muss. Wir haben ja lange in Deutschland eine Diskussion darüber geführt, ob es nicht besser ist, Kinder zu Hause zu betreuen und zu erziehen, sie nicht schon früh in die Vorschule zu schicken, in die Kindertagesstätte, in den Kindergarten. Ich glaube, da haben wir doch in den letzten Jahren dazugelernt, dass man Chancen vergibt, Zeiten nicht nutzt, in denen Kinder wissbegierig, lernbegierig sind. Ich denke, da haben wir etwas nachzuholen. Wir haben gerade im Forum festgestellt, dass es diesen Erziehungsauftrag in der DDR gegeben hat für die Kindertagesstätten, für die Kindergärten und dass wir da im Grunde das Rad ein Stück zurückgedreht haben, aber erkennen, dass wir da einen neuen Ansatz wagen müssen, auch um Dinge zu verhindern oder zu vermeiden, die dann später mühsam nachgeholt werden müssen und häufig auch nicht mehr gelingen.

Schoser: Ich bin damit einverstanden, dass Sie sagen, dass man früh die Kleinen – nenne ich sie mal – in den Kindergarten etc. bringen soll. Nur, ich habe so ein bisschen den Eindruck, das gerät manchmal in die Linie, dann liefern die Eltern ihre Kinder am Kindergarten ab und haben ihre Aufgabe erfüllt. Ich übertreibe jetzt ganz bewusst. Das kann es nicht sein. Das hat ja auch früher in der DDR nicht stattgefunden. Ich meine nur – dies ist auch in der heutigen Diskussion zu kurz gekommen – es gibt Eltern, die einen Auftrag haben, ihre Kinder zu erziehen, und den sollte man nicht lähmen. Wenn Lehrer sagen, mein Problem sind nicht die Schüler, sondern die Eltern, dann muss man dieser Frage nachgehen. Eltern werden ja nirgendwo angeleitet für die Erziehung, das müssen sie so naturgegeben tun. Ich finde, man sollte in der Diskussion beachten – und da kommt auch aus der wirtschaftlichen Praxis etwas her – dass das Umfeld, in dem ein Kind groß wird, für sein späteres Verhalten in Wirtschaft, Gesellschaft usw. ganz entscheidend ist.

Götz: Ich möchte noch zu der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen kommen. Ich denke, gerade wenn wir über die Umsetzung reden, wird das ein Thema sein, das auch finanziert werden muss. Hier müssen vielleicht neue Kriterien gesetzt werden.

Stange: Zunächst würde ich gern zu Herrn Schoser noch etwas sagen. Ein Vorteil in der ganzen Diskussion im Forum war auch, dass wir immer versucht haben, an vielen Stellen eine Balance herzustellen. Manche sagen, dadurch ist einiges flach geworden, das mag so sein. Aber genau das, was Sie angesprochen haben, ist so ein Punkt. Die Verantwortung, die auf der einen Seite die Eltern haben, darf ihnen auch nicht genommen werden. Sie sind verantwortlich für ihre Kinder. Auf der anderen Seite muss man zur Kenntnis nehmen in unserer Gesellschaft, dass sich das Leben der Kinder, die Lebenslage verändert, dass sich das Leben der Eltern verändert hat, dass sich die Arbeitswelt verändert. Wenn die Wirtschaft von den Eltern verlangt, dass sie mobil sein sollen, dass sie ungebrochene Karrieren machen müssen, um überhaupt in ihrem Job drin zu bleiben, dann muss die Gesellschaft da reagieren. Das heißt, es muss Institutionen geben, die die Eltern unterstützen, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, ohne sie aus der Verantwortung zu entlassen. Insofern ist mir wichtig, dass wir auch diese Balance sehr deutlich machen, ohne Schuldzuweisung an den einen oder anderen und ohne den einen oder anderen aus der Verantwortung zu entlassen.

Aber genau das, was im Westen Deutschlands ja über viele Jahre diskutiert wurde, dass die heile Familie das richten wird, das hat eben nicht funktioniert und man hat viel zu spät erkannt, dass die Familie sich bewusst und unbewusst verändert hat. Die Bildungseinrichtungen haben darauf nicht reagiert und nicht reagieren können. Das muss schleunigst nachgeholt werden.

Götz: Ist das Problem dabei nicht auch eine gewisse schwierige Kommunikation zwischen Eltern und Erzieherinnen, die sich später auch zwischen Eltern und Lehrern fortsetzt? Man weiß das ja auch als Eltern: manchmal ist das ja nicht unbedingt gewollt, dass man fragt, was habt ihr heute gemacht im Kindergarten. Oder: was haben Sie für Konzepte, wenn wir so langsam auf die Grundschule kommen wollen. Lehrer sind auch oft irritiert und haben auch keine Lust, sich permanent zu rechtfertigen oder irgendwas zu erklären. Brauchen wir eine bessere Kommunikation zwischen Familien, Erziehungsberechtigten und Lehrern?

Ohrberger: Was Sie jetzt schildern, kommt sicherlich vor, aber ich habe persönlich den Eindruck, dass gerade, weil sich so viel geändert hat und weil natürlich der Druck auf die Einrichtungen vorhanden ist, sich auch die Einrichtungen, sprich Kindertagesstätten oder Schulen, neue Wege überlegen. Das beginnt beim Angebot von Sprechstunden. Wenn ich einer berufstätigen Mutter als Lehrerin die Sprechstunde in der zweiten Stunde am Vormittag anbiete, dann ist es relativ unwahrscheinlich, dass sie kommen kann. Es gibt auch einen Nachmittag, und wenn es beiden ernst ist, kann man das machen. Ich denke, dass auch die übergeordneten Stellen, sei es jetzt Schulaufsicht, aber auch Kommunen – soweit sie einen Einfluss haben – in den vergangenen Jahren sehr viel Wert darauf gelegt haben, den Leuten zu sagen, wenn Eltern kommen und fragen, ist das nicht automatisch Kritik, sondern sehen Sie es als Interesse und interpretieren Sie es auch so. Nicht jeder beschäftigt sich jeden Tag mit Schule so intensiv wie Sie. Die wollen einfach nur wissen, warum Sie etwas machen und in 90 % der Fälle wird das akzeptiert. Und ich denke, das kann man auch weiterhin so praktizieren. Man kann es auch noch verbessern. Es gibt natürlich manchmal auch das Problem zwischen Kommstruktur und Gehstruktur und Schulen sind natürlich, was das angeht, eher noch auf eine Kommstruktur ausgerichtet. Solange die Klassen so groß sind und die sonstigen Ansprüche an die Lehrenden nicht gerade gering sind, kann man natürlich nicht erwarten, dass auch noch jeder Lehrer in die Elternhäuser geht.

Das passiert zwar in Einzelfällen, aber die Kommstruktur, die kann man verbessern, wenn man entsprechende zeitliche Angebote macht, und dann kann man auch entsprechende Fragen stellen. Dann habe ich auch mal die Chance zu versuchen, die Eltern von meinem Ansatz oder von meinen Überlegungen zu überzeugen, und in der Mehrheit der Fälle gelingt das auch. Es handelt sich oft um ein Informationsdefizit. Aber bei den Pädagogen, ich bin selber einer, kommen Fragen immer so ein bisschen an wie Kritik und man nimmt dann oft eine Defensivhaltung ein. Aber das wollen wir ja abbauen.

Götz: Vielleicht könnte man das auch, in dem es eine öffentlichere Diskussion nicht nur innerhalb der Schule, nicht nur innerhalb der Fachkräfte gibt, sondern gesamtgesellschaftlich, bei der man die Eltern bzw. alle mit einbezieht? Was für eine Schule wollen wir für unsere Kinder? In welche Schule wären wir vielleicht selber gerne gegangen? Brauchen wir da eine neue Diskussion? Ich möchte doch gerne Pisa da mit reinbringen. Das Stichwort der Leistungsdanke muss wieder stärker an die Schulen gebracht werden, ist gerade durch PISA wieder sehr hervorgehoben worden. Wir gucken nach dem internationalen Vergleich und sehen, dass Japan ganz an der Spitze liegt. Japan liegt ja nicht nur an der Spitze der Leistung, sondern liegt auch an der Spitze der Selbstmordrate bei Schülern.

Welche Schule wollen wir haben und wie muss sie aussehen?

Schoser: Es ist jetzt schwierig, diese berühmten Nomenklatura der Bildungspolitiker außen vor zu lassen, das fängt so an mit Schlüsselqualifikation, ich lasse dies mal bewusst. Ich will nur eins hinzufügen. Es gibt ja eine ganze Reihe von Betrieben, Frau Stange, die Betriebskindergärten einrichten und dadurch auch ihren Beitrag leisten, die Arbeit von Frauen, von Männern zu ermöglichen in einer größeren Flexibilität. Das soll man nicht unterschätzen, das hat mit Sicherheit auch ein ökonomisches Interesse, aber nicht nur. Das zeigt auch, in welche Richtung man in dieser Beziehung denkt.

Zur Grundschule: Lesen, Rechnen, Schreiben sind wie PISA zeigt immer noch die Grundtechniken, die man braucht. Das ist das eine und das andere, finde ich, ist das soziale Verhalten, miteinander umgehen, aufeinander zugehen. Das lernen Kinder spielend. Was man, glaube ich, mit berücksichtigen muss, heutzutage viel mehr denn bisher, sind diese ganzen modernen Techniken. Sie gehen mit den Gameboys so flink um, da kann ich nur staunen. Wenn mein Enkelkind mit mir Fußball spielen will am Bildschirm, dann verliere ich

grundsätzlich, es hat schon Mitleid mit mir. Ich will nur sagen, diese Dinge kommen einfach mit hinzu, da ist es ganz sicher notwendig, dass auch die Lehrenden das Verständnis dafür haben, dieses positiv aufnehmen und nicht als Teufelswerkzeug hintun, was man nicht verhindern kann. Ich erlebe, dass jetzt Lehrerinnen Computerkurse machen. Da kann ich nur sagen, Hut ab. Nicht weil das sein muss, sondern ich glaube, das Verständnis einer Schule in ihrer modernen sozialen gesellschaftlichen Welt ist auch für die Kinder entscheidend. Die Lehrerin, der Lehrer ist immer die Beispielfigur, die Vorbildfigur.

Sehrbrock: Es ist jetzt natürlich ganz schwierig zu sagen, wie soll denn eigentlich Schule sein. Da fällt einem ja unheimlich viel ein und da muss man auswählen, um zu sagen, wo setze ich denn jetzt an. Wir haben dazu einiges in unseren Empfehlungen stehen, aber ich glaube etwas ganz Zentrales ist doch sicherlich, dass Schule auch Schülern Spaß machen muss. Ich habe dieser Tage mit jemanden gesprochen, der in Schweden und in Deutschland zur Schule gegangen ist, und der hat gesagt, in Schweden hat es einfach mehr Spaß gemacht. Es war schwer, das jetzt im einzelnen zu begründen, aber es hat offenbar auch sehr viel mit dem Schulklima zu tun, ob jemand gerne in die Schule geht. Ich höre immer, dass es in Schweden offenbar einen größeren Respekt gibt, der Respekt der Schüler gegenüber den Lehrern, der Respekt der Lehrer gegenüber den Schülern. Vielleicht ist das auch ein Ansatz. Ich will jetzt keine monokausalen Erklärungen liefern, mir scheint es doch wichtig zu sein, auch sicherzustellen, dass Schule auch Spaß macht. Schule ist auch Lebensraum für Schüler und im Übrigen auch für die Lehrer. Ich habe oft den Eindruck, dass dies viel zu wenig berücksichtigt wird. Deshalb scheint mir auch der Ansatz, dass Schulen ihr eigenes Profil gemeinsam mit den Eltern und den Schülern entwickeln, ein guter Ansatz zu sein. Daran orientiert kann man inhaltliche Schwerpunkte entwickeln und vieles andere mehr.

Und der zweite Ansatz wäre – und das ist auch im Zusammenhang mit Pisa ganz wichtig – dass wir in der Tat noch sehr viel mehr Ganztagschulen als bisher brauchen. Es gibt die unterschiedlichsten Initiativen in den Bundesländern zu mehr Ganztagschulen. Es wird in unterschiedlichster Weise getan, aber ich glaube, es ist auch eine große Chance, um dem zu begegnen, was wir ja auch durch PISA gelernt haben. Wir haben in Deutschland sehr viel stärker als in den anderen Ländern eine soziale Selektion und da ist es offenbar sehr schwierig, gleiche Chancen für alle Kinder zu schaffen. Nicht alle Elternhäuser sind in der Lage, die entsprechende Unterstützung zu leisten, sei es, dass die Eltern das

eben nicht können, sei es, dass sie aus beruflichen Gründen dazu nicht in der Lage sind. Mir scheint, dass die Ganztagschule in der Tat eine große Hilfe wäre und ich habe auch den Eindruck, dass es da erheblich weniger ideologische Scheuklappen gibt als in der Vergangenheit, so dass wir da auf einem guten Wege sind.

Götz: Also, das Thema Ganztagschule möchte ich natürlich gerne aufgreifen und auch noch einmal fragen, was wollen wir für eine Schule, wenn wir in die Richtung gehen? Was sind wir bereit, dafür zu tun, dass so eine Schule Realität wird?

Stange: Ich würde gern Ihre Frage noch einmal aufgreifen, was wollen wir für eine Schule?

Im Forum stand an erster Stelle die Bearbeitung des Themas: welche Bildungs- und Qualifikationsziele haben wir überhaupt?

Die Schule hat immer mehr Aufgaben bekommen, ohne dass sich irgendjemand um die dafür notwendigen Bedingungen gekümmert hat. Ich will das jetzt gar nicht aufzählen, das ist hier hinlänglich bekannt. Medienkompetenz und Sozialkompetenz sind bereits genannt worden. Gleichzeitig wurde gesagt, wir brauchen ein Fach Wirtschaft, was auch neu in die Schule hinein sollte. Wir brauchen das frühe Sprachenlernen. Die Konsequenz war, dass am Deutschunterricht gestrichen wurde, am Mathematikunterricht gestrichen und dass Basiswissen verdrängt worden ist aufgrund neuen Wissens, was hinzugekommen ist. Deswegen war es ganz wichtig zu benennen – und ich halte das auch wirklich für eine ganz vordringliche Aufgabe, an der weiter gearbeitet werden muss – was sind die zentralen Bildungsziele von Bildungseinrichtungen. Ein Ergebnis war, dass wir gesagt haben, Bildungseinrichtungen haben ein solides Grundwissen zu vermitteln. Da müssen die Lehrpläne, die Curricula überarbeitet werden, weil heute viel zu viel an Detailwissen da drin ist. Was wir aber vor allen Dingen brauchen, ist die Ausbildung von Kompetenzen, von Handlungskompetenzen, von Orientierungskompetenzen, sozialer Kompetenz, Sprachkompetenz und vor allen Dingen von Lernkompetenz, damit die Schüler, wenn sie aus den Bildungseinrichtungen rausgehen, immer ein Stück mehr an Lernmotivation, an Lernbegeisterung und an Kompetenz mitbringen, sich wieder eigenes Wissen anzueignen. Kompetenzen kann ich in der heutigen Struktur der Schule so nicht ausbilden, denn da brauche ich Zeit, da brauche ich andere Zeitstrukturen, dazu benötige ich eine andere Fort-

bildung auch der Lehrkräfte. Und vielleicht auch andere Fachleute, die mit in die Schule hineinkommen und die Lehrkräfte in ihrer Profession unterstützen.

Götz: Wenn es um die Strukturreform geht, sind die Kommunen gefragt.

Ohrnberger: Zu Ihrer Frage, was für eine Bildung oder was für eine Schule wollen wir? Ein kluger Mann hat mal gesagt, Bildung ist das, was übrigbleibt, wenn wir all das vergessen haben, was wir in der Schule gelernt haben. Also das hat natürlich auch mit Kompetenzen zu tun. Ich möchte jetzt doch noch ein Stichwort aufgreifen, weil dann vielleicht etwas mehr Bewegung hineinkommt. Ich bin zwar die Letzte, die der Meinung ist, dass es nicht auch Spaß machen soll. Aber Sie mögen es mir nachsehen, wenn ich Ihnen aufgrund meiner eigenen Erfahrungen als Schülerin, aber auch als Lehrerin sage: Es führt an der Erkenntnis kein Weg vorbei, dass Lernen eine Anstrengung des Geistes ist und bleibt. Und je nachdem wie viel oder wie wenig Geist vorhanden ist, ist es auch eine Anstrengung des Hosenbodens.

Ich denke, es hat sich auch – das ist heute Vormittag auch angeklungen und das ist meiner Meinung in den Medien in der letzten Zeit viel zu wenig zum Ausdruck gekommen – in der Schule sehr viel bewegt, auch wenn man an der Unterrichtsmethodik und an vielen Dingen noch viel verbessern kann. Aber wenn man heute in die Schulen geht, sieht man, dass sich die Leute vor Ort sehr viel Mühe geben, diese Anschaulichkeit, dieses vom Nahen zum Fernen, vom Bekannten zum Unbekannten, diese ganz altbekannten Grundsätze auch wirklich umzusetzen und das, obwohl die Kommunen vielleicht mit ihren Finanzaufweisungen nicht immer so schnell und zeitnah reagieren, wie das notwendig wäre. Das Engagement vor Ort ist in allen Kommunen sehr groß. Wir sind etwas im Rückstand beim Bauunterhalt, weil natürlich für Bildung auch Geld notwendig ist.

Und jetzt zur Frage: Ganztägige Angebote. Bildung braucht auch Zeit; manche brauchen dafür eben mehr Zeit, die ihnen früher in der Familie gewährt wurde, die aber heute so nicht da ist und deswegen plädieren die Kommunen für ganztägige schulische Angebote. Ich möchte nicht so weit gehen, zu sagen: als Regelschule und als Regelangebot, sondern als freiwilliges Angebot bedarfsgerecht ausbauen. Das wird in den großen Städten anders nachgefragt werden als in den kleineren, aber das ist eine Form, um vielleicht diesen Problemen zu begegnen.

Und zur Frage des Geldes: Es wird Sie nicht verwundern, wenn ich als Vertreterin der Kommunen sage, nachdem heute die Ganztagschule in allen

Reden am Vormittag unter dem Aspekt der Qualitätssteigerung und der Bildung gefordert wurde, sage ich natürlich, dass das eine Sache des Staates ist. Wir werden uns dem nicht verschließen, wir werden natürlich die Rahmenbedingungen schaffen müssen, denn wer den ganzen Tag in der Schule ist, braucht auch mal was Ordentliches zum Essen. Bisher ging es ja eher mehr um die Betreuung, also um den familienpolitischen Aspekt, aber ich denke, auch seit PISA geht es verstärkt um die Frage der Qualitätssteigerung, und da sind dann natürlich die staatlichen Stellen zuerst gefordert.

Sehrbrock: Einen Kommentar darf ich mir jetzt nicht verkneifen. Ich glaube, man muss, wenn man den Begriff Spaß in diesen Zeiten gebraucht, unheimlich vorsichtig sein und ich überlege mir, ob ich das noch mal tun soll in nächster Zeit, weil man sofort in die Kategorie derjenigen einsortiert wird, die sich für die Spaßgesellschaft stark machen. Ich kann Ihnen überhaupt nicht widersprechen, was Sie sagen zur Anstrengung, dass Anstrengung erforderlich ist im Zusammenhang mit Bildung. Ich denke, dass es wirklich in vielen Jahren ziemlich vergessen worden ist, dass Bildung in der Tat etwas mit Anstrengung zu tun hat. Aber der Erfolg, wenn man bestimmte Dinge besser versteht, wenn man damit umgehen und sie einordnen kann etc., macht doch dann auch Spaß.

Götz: Ich möchte gern noch einmal Herrn Schoser fragen. Sie haben gesagt, Schulen bilden keine oder kaum noch ausbildungsfähige Menschen aus, weil in den Schulen nicht vermittelt wird, wofür man eigentlich lernt und wie man das Gelernte auch anwendet. Das läuft ja hinaus auf einen neuen Begriff des Lernens und Lehrens, die Bildung vermitteln und hoffentlich auch gleichzeitig Spaß machen.

Schoser: Ich folge Frau Sehrbrock: Spaß ist gemeint als Freude und dass ist eigentlich das, was man rüberbringen muss. Das können die Lehrer, die Eltern und das Umfeld. Man muss also sagen: sich bilden, lesen ist etwas, was dazu gehört, was man als ein Aktivum in unserem Leben aufnimmt. Dazu gehört auch, das zwei Drittel der Jugendlichen durch Betriebe in eine Ausbildung gehen. Sie erleben dort also ein soziales Umfeld, wo sie – ähnlich wie in einer Familie – Unter- und Überordnungen haben, sich einfügen sollen, müssen und können. Daraus resultiert auch das Interesse der Wirtschaft daran, dass die Schule kompetente, sozial handlungsfähige junge Menschen produziert, wenn ich das mal so kapitalistisch sagen darf.

Und da ist das eine Thema, was Sie jetzt angeschnitten haben, ich nenne sie mal Teilgruppe, um nicht Randgruppe zu sagen. Mir ist heute und vielleicht auch in der Vergangenheit ein bisschen zu viel von diesen Rändern geredet worden. Wir sollten die Masse nicht vergessen. Der große Teil derer, die weder hochbegabt, noch weniger begabt sind, ist eigentlich das solide Fundament unserer Gesellschaft und damit auch Wirtschaft. Trotzdem: zu Ihrem Thema. Ich zögere eigentlich, dazu zu viel zu sagen, weil wir das so lange und immer wieder und ohne Ergebnis diskutiert haben. Es ist bisher nicht gelungen, das Forum hat das auch nicht geschafft, für die praktisch Begabten Wege zu finden, wo sie trotz fehlenden Schulabschlusses, trotz fehlender Voraussetzungen eine berufliche Qualifikation erreichen. Ich meine, das ist eine der schwierigsten und massivsten Hausaufgaben, die bleiben – aus menschlicher und sozialer Sicht – weil es sonst 15 % sind, die dort landen, wo wir sie alle nicht haben wollen. Dass das viel Geld, viel Energie kostet, ist völlig klar, aber ich glaube, da wäre der Ruck, den Sie, Frau Stange, zu Recht beschrieben haben, noch notwendig, um in der Nacharbeit da ein Stück weiter zu kommen, jenseits aller Ideologien, die wir ja hinlänglich kennen und nicht zu wiederholen brauchen.

Götz: Ich möchte das Wort an Frau Stange geben und gleichzeitig aber zu bedenken geben: Was können Sie als Sozialpartner machen, um den Schulen unter die Arme zu greifen und dieses Problem anzugehen?

Stange: Ich würde gern auf Herrn Schoser noch eingehen. Ich wünsche mir, dass dieser Begriff „praktisch begabt“ irgendwann einmal aus unserem Wortschatz entweder gestrichen würde oder klarer definiert wird. Mir fällt da immer das Beispiel mit dem Arzt ein, der am Operationstisch steht. Wenn der keine praktische Begabung hat, geht das auch schief, aber er möchte auch sehr gut und intelligent ausgebildet sein.

Ich möchte vor allen Dingen an einer Stelle ein bisschen intervenieren, vielleicht haben Sie es auch in der Kürze so nicht gemeint. Sie sagten, dass wir uns nicht so sehr auf die Randgruppen, Sie haben den Begriff nicht verwendet, und deren Probleme, sondern vor allem auf die Breite konzentrieren sollen. Das halte ich für sehr problematisch. PISA hat uns gerade gezeigt, dass 25 % der 15-jährigen Schüler in der unteren Stufe der Lesefähigkeit sind, einer der Grundkompetenzen, die sie eigentlich besitzen müssten. Da kann ich nicht mehr von einer Randgruppe reden.

Eine Konsequenz daraus ist und das hilft dann auch der Breite, die Sie ja in der Mitte ansiedeln, dass wir sagen, wir müssen uns in den Bildungseinrichtungen stärker dem Individuum, dem individuellen Lernprozess zuwenden. Das hilft denen, die Schwierigkeiten haben, weil sie vielleicht Lernunterstützung brauchen, weil sie mehr Zeit brauchen. Das hilft aber auch denen, die besondere Begabungen in unterschiedlichster Art und Weise mitbringen und damit durch die individuelle Förderung auch diese Begabungen ausspielen können. Und das hilft natürlich auch der breiten Mitte, weil Lernprozesse immer individuelle Prozesse sind. Wenn sich Bildungseinrichtungen verändern – das geht jetzt ein Stück weit an die Adresse der Lehrkräfte und der in den Bildungseinrichtungen Tätigen –, dann muss endlich weggegangen werden von dem Denken, dass wir ein Fach unterrichten in einer Schule. Wir unterrichten Schüler, wir haben Kinder und Jugendliche vor uns, jeder mit unterschiedlichen Befähigungen, jeder mit unterschiedlichen Begabungen, mit unterschiedlichen Lernmöglichkeiten, die in ihrer Entwicklung unterstützt werden müssen. Das ist ein ganz anderer Ansatz, als die Schule es heute praktiziert. Wir haben heute vor allen Dingen eine Auslesefunktion in der Schule und keine Förderfunktion. Dann kann ich auch den Anspruch der Schule und die Profession der Lehrkräfte verändern. Wir werden von unserer Seite – ich kann dies zumindest für die GEW sagen – an diesem Punkt ansetzen. Wir werden mit unseren Kolleginnen und Kollegen über das Professionsverständnis sprechen, über ihre Funktion der individuellen Förderung von Lernprozessen und über Veränderungen auch der Unterrichtskonzepte. Wir brauchen mehr Realitätsnähe, wir brauchen problemhaftes Unterrichten und nicht das pseudowissenschaftliche Unterrichten. Das heißt aber auch andere Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften. Lehrkräfte sind heute ausgebildet als Physiker, als Mathematiker, als verkappte Journalisten und sie sind für einen Schultyp ausgebildet. Sie sind für die Grundschule ausgebildet, für die Hauptschule oder für das Gymnasium, aber sie sind nicht in ausreichendem Maße für das Unterrichten von Kindern und Jugendlichen ausgebildet, wie es die Pädagogik, die Profession erfordert. Lehrkräfte und alle in den Bildungseinrichtungen Beschäftigten sind der Schlüssel für Bildungsreformen, weil Bildung auch durch diese Kommunikation, durch die Fähigkeiten, die die Profession mitbringt, geschieht.

Götz: Schieben Sie jetzt nicht den Schwarzen Peter wieder etwas den Lehrern zu?

Stange: Nein, im Gegenteil. Sie haben gefragt, welche Verantwortung übernehmen jetzt diejenigen, die hier am Tisch sitzen und die im Forum saßen, um das umzusetzen, was wir dort aufgeschrieben haben. Und ich habe unseren Teil beschrieben, den wir umsetzen können, bei dem wir sagen, wir können etwas tun, weil wir die Probleme auch kennen an dieser Stelle und wissen auch, wie es zu Veränderungen kommen könnte.

Götz: Herr Schoser, was kann die Wirtschaft tun, um Lehrer bei ihrem Lehrauftrag zu unterstützen?

Schoser: Also, es gibt eine ganze Reihe von Aktivitäten, mit denen die Wirtschaft und ihre Organisationen mit den Lehrern vor Ort zusammenarbeiten, Erfahrungsaustausch machen, Seminare veranstalten, Betriebe besichtigen usw. Den Lehrerinnen und Lehrern wird das Angebot gemacht, sich vor Ort umzusehen, damit sie ihren Schülern auch ein Bild von einer solchen unternehmerischen Einheit offerieren können. Es werden Betriebspraktika vermittelt, ehe sich die Schüler entscheiden, in welcher Richtung sie eine Lehre machen. Das ist sehr weit verbreitet und es gibt quer durch die Republik solche Schule-Wirtschaft-Einrichtungen, die von den Lehrern auch nachgefragt werden. Es ist auch ganz wichtig, so wie es Frau Stange auch gesagt hat, dass es um die Individualförderung geht. Was man früher Nachhilfeunterricht genannt ist, ist eben nicht mehr Nachhilfeunterricht, sondern es ist die Förderung spezieller Art. Aber das bedingt auch, dass der Ausbilder z.B. nicht nur Fachidiot für Werkzeugtechnik ist, sondern mit Menschen umgehen kann. Was die Ausbildereignungsverordnung etwas profaner abwickelt, ist inhaltlich eigentlich gemeint als Nachweis der Befähigung mit jungen Menschen in der beruflichen Bildung umzugehen. In den Betrieben ist die Akzeptanz dafür zu fördern.

Götz: Ich möchte noch zu einem Stichwort kommen, dem Begriff des lebenslangen Lernens oder besser des lebensbegleitenden Lernens. Männer und Frauen werden mit der Lösung von Problemen immer mehr allein gelassen; auch das ist ein Problem der individuellen Förderung. Wie kann man die Rahmenbedingungen von lebenslangem Lernen verbessern?

Sehrbrock: Wir haben uns ja in der Tat sehr gründlich mit dieser Frage auseinandergesetzt.

Ich denke, es ist in der Tat so wie es der Bundespräsident heute gesagt hat, es

wird ganz viel darüber gesagt und geschrieben, aber die Praxis hinkt noch weit hinterher. Wir haben uns in der Arbeitsgruppe sehr gründlich damit befasst, wie sich denn die Bedingungen heutzutage verändern. Das gibt es zwar immer noch, dass man einen Kurs bucht und zur Fortbildung fährt, aber es gibt natürlich vielfältige andere, praxisbegleitende Formen der Weiterbildung in den Betrieben selbst. Es existiert natürlich auch selbstgesteuertes Lernen, das E-Learning und eine Vielfalt von Möglichkeiten, wie man heutzutage sich weiterbilden kann. Aber wir wissen, dass es in der Praxis längst noch nicht so verbreitet ist, wie wir uns das wünschen. Die Betroffenen müssen sehr viel stärker mitentscheiden können, was sie denn da eigentlich machen sollen, denn sie wissen häufig ganz gut, wo ihre Schwächen sind und wo man jetzt ansetzen muss. Es darf nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden werden, sondern die Betroffenen müssen eine Gelegenheit haben selber einzubringen, was aus ihrer Sicht erforderlich ist. Ich denke, da haben wir auch gute Ansätze mit dem Weiterbildungstarifvertrag, dem ersten, der mit der Metallindustrie abgeschlossen worden ist, mit einem Anspruch auf ein jährliches Gespräch. Das ist schon mal ein guter Ansatz.

Was wir leider nicht abschließend beraten haben – da gab es auch heftige Diskussionen in der Arbeitsgruppe – ist die Frage, wer bezahlt das denn eigentlich? Müssen denn die Betriebe bezahlen oder muss der Einzelne einen Beitrag leisten, muss er einen finanziellen oder zeitlichen Beitrag leisten oder muss er ganz diese Weiterbildung übernehmen. In der Abschlussempfehlung steht dazu leider überhaupt nichts mehr. In der Empfehlung der Arbeitsgruppe steht da noch einiges und es wäre wichtig, da noch mal dran zu gehen.

Die Ministerin hat heute angedeutet, dass es dazu eine Arbeitsgruppe gibt und ich denke, daran muss man arbeiten, das darf man nicht einfach beiseite schieben. Wir stellen als Gewerkschaften jedenfalls fest, dass es eine sehr starke Tendenz gibt, die Kosten auf die Beschäftigten abzuschieben. Das bringt natürlich wieder Schwierigkeiten. Hier ist gesagt worden, wenn sich heute Leute weiterbilden, dann sind es diejenigen, die ohnehin schon gut qualifiziert sind; diejenigen, die gering qualifiziert sind, beteiligen sich in sehr geringem Umfang, etwa mit 10 Prozent. Frauen sind in einer schlechteren Lage, weil die Bedingungen häufig nicht so sind, dass sie das mit ihrer Berufstätigkeit und der Familienverpflichtung verbinden können. Wir haben hier noch erheblichen Nachholbedarf.

Wir haben einen unheimlichen Wildwuchs bei den Weiterbildungsangeboten unterschiedlichster Art. Für den Einzelnen ist es kaum durchschaubar. Es gibt

häufig keine anerkannten Zertifikate. Es gibt geregelte Fortbildung, aber vieles bewegt sich außerhalb dieser geregelten Fortbildung und da wäre eine Rahmengesetzgebung vernünftig, die wir schon seit längerer Zeit anfordern. Aber wir sind auch im Forum da nicht zu einem gemeinsamen Nenner gekommen, ich denke, da muss man noch dran arbeiten.

Götz: Wie kann man die Motivation des Einzelnen erhöhen, sich an Weiterbildung zu beteiligen?

Schoser: Bestimmt nicht durch ein Gesetz. Das ist auch eine Antwort auf das, was wir heftig miteinander diskutieren. Die Motivation kommt aus zwei Quellen, die eine ist der Betrieb, wo die Frau und der Mann merkt und weiß, ich muss dieses und jenes dazulernen. Das ist das Erfordernis, wo der Betrieb den Nachholbedarf auch bezahlt und nicht zu wenig, wie Sie meinen. Das andere ist das Subjektive, wo jeder selber sagt, ich möchte dieses und jenes auch, ich habe von mir aus die Initiative dazu ergriffen. Ich glaube, jede verordnete Weiterbildung führt zu mehr Reglement und mehr Pflicht und dann kommt noch die Finanzierung dazu etc.

Ich gebe Ihnen Recht, dass es ein buntes Gefilde von verschiedensten Angeboten gibt. Wir versuchen ja, die Qualität zu analysieren, zu bewerten, zu zertifizieren mit allem, was heute auf diesem Feld üblich ist. Aber ich glaube, ich wiederhole jetzt Ihr Wort „Wildwuchs“, dass wir damit ganz gut gefahren sind, denn wir haben eine Vielzahl von Angeboten. Stellen Sie sich vor, dies wäre alles verordnet, wir hätten erheblich weniger. Die Motivation dafür ist entscheidend, die sollte liegen bei der betrieblichen Tätigkeit, wo der Betrieb dafür aufkommt. Aber es gibt auch die private Initiative, bei der jeder selber bezahlt und auch ein Stück Freiheit dafür opfert.

Götz: Skeptische Blicke zu meiner Rechten.

Stange: Nicht nur skeptische Blicke, sondern ich möchte auch etwas ergänzen. Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Schleicher von der OECD gestern gesagt hat. Deutschland verkürzt diesen Begriff lebensbegleitendes Lernen nach wie vor auf den Bereich der Weiterbildung. Die Europäische Union hat schon lange diesen Begriff viel weiter gefasst, nämlich tatsächlich als Leben – begleitendes Lernen. Das Leben beginnt mit der ersten Stunde auf der man auf der Welt ist. Insofern spielt eine ganz entscheidende Rolle, was die vorschuli-

schen Einrichtungen, die Schule, die Berufsausbildung, also alles das, was man unter Erstausbildung bezeichnen könnte, leisten an Vorbereitung, an Motivation und an Fähigkeiten, darüber hinaus aufzubauen und weiter zu lernen. Dieser Teil muss immer mitdiskutiert und mitgedacht werden, auch vor dem Hintergrund, dass lebensbegleitendes Lernen wirklich eine andere Verteilung von Lernzeiten bedeutet. Es muss nach der Erstausbildung einen Anspruch geben, sei es nach der Berufsausbildung oder nach der Hochschulausbildung, weiter zu lernen, weiter lernen zu können.

Die zweite Ergänzung, die ich machen möchte, ist, das lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen oder besser der Teil Weiterbildung eben nicht nur Berufsausbildung und nicht nur berufliche Weiterbildung ist. Wir haben im Forum darum gerungen und wir waren uns sehr schnell darüber einig, dass der Bildungsbegriff ein sehr umfassender Begriff ist, der sowohl die Persönlichkeitsentwicklung als auch gesellschaftliche Aspekte und die Berufsfähigkeit mit einbezieht. Das sollte man auch für den Bereich des Weiterlernens über die Erstausbildung hinaus akzeptieren. Vielleicht sagt Frau Ohrnberger noch etwas zu den Volkshochschulen, weil es sehr wichtig ist, welche Rollen auch die Angebote spielen, die eben nicht vordergründig berufliche Weiterqualifikation bedeuten. Die Frage ist auch, welche Unterstützung die Kommunen dem Einzelnen für selbstverständliche Zugangsmöglichkeiten geben können unabhängig von seinen individuellen Voraussetzungen.

Ohrnberger: Ich wollte genau zu diesem Aspekt etwas sagen. Beim lebensbegleitenden oder lebenslangen Lernen stellen wir immer zu sehr auf das Berufliche ab.

Aber wenn es darum geht, eine neue Diskussion über Schule und Bildung zu führen, dann muss eben dieses lebensbegleitende Lernen etwas sein, was aus eigenem Antrieb kommt, nicht als Anspruch, sondern auch als eigener Antrieb. Dass ich nicht sage, ich kann das nicht, sondern es gibt Möglichkeiten, mir hier gewisse Kenntnisse anzueignen. Aber Sie kennen aus der Physik das Gesetz von der Trägheit der Masse, und das wirkt auch hier. Im letzten Jahr gab es das Europäische Jahr der Sprachen, auch in unserer Stadt. Wir haben eine Umfrage gemacht. Sie ist nicht repräsentativ, weil man ja nur eine bestimmte Anzahl von Personen erreicht. Es ging um Fremdsprachen lernen, also welche Fremdsprachenkenntnisse hat man, würde man erwerben und wann und warum würde man lernen? In den Antworten ging es um Urlaubsfahrten oder um berufliche Weiterbildung, aber nie um Lernen um der Sprache willen und wegen

des persönlichen Gewinns. Und wenn Sie die Volkshochschulen ansprechen, dann bin ich in verschiedenen Gremien in unserer Stadt und muss begründen und rechtfertigen, dass eine Volkshochschule als Träger der Erwachsenenbildung Sportkurse anbietet und Reisen anbietet. Dann muss ich immer sagen, auch meinem Stadtrat, wenn die Volkshochschule diese Sportkurse nicht anböte, wenn sie keine relativ günstigen Bildungsreisen anböte, müsste sich der städtische Zuschuss dramatisch erhöhen, weil die reinen Bildungsangebote noch nicht so nachgefragt sind, weil da der innere Antrieb fehlt. Es geht nicht nur um die Kinder, die wir fördern müssen. Die Kinder machen es natürlich viel eher, wenn wir als gutes Vorbild vorangehen.

Götz: Ich finde das sehr schön, dass wir diese Stunde abschließen mit der Anregung, den Bildungsbegriff auch wieder weiter zu fassen und nicht nur unter dem Schock der PISA-Studie leistungsorientiert zu sehen, sondern uns alle zu fragen als Sozialpartner, aber auch als lehrende, lernende Gesellschaft, wo wir uns weiterbilden, welche Stellung wir Bildung in unserem Leben geben wollen. Das Forum Bildung wünscht sich eine Kultur der Zusammenarbeit, wünscht sich Häuser des Lernens, die in unserer Mitte entstehen. Herr Bundespräsident Rau hat heute morgen gesagt, Bildung ist Kommunikation. Ich hoffe, dass wir in diesem Sinne auf kommunikativer Ebene zu ihrer Bildung beigetragen haben und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Teilnahme.







Podiumsdiskussion: Bildungsreform vor Ort gestalten Beispiel Schule

Moderation:
Kayhan Özgenc, FOCUS



Teilnehmer:

Kayhan Özgenc, FOCUS: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu unserer letzten Diskussionsrunde, und da geht es gewissermaßen mittenrein in die Praxis. Wir wollen gemeinsam mit den Betroffenen der großen Reformpläne schauen, was ist schon jetzt an Reformen möglich, welche Barrieren bestehen und was muss sich ändern, damit unsere Schüler und unsere Schulen vielleicht in einigen Jahren, wenn wir mal wieder zusammen kommen, ganz vorne sind im internationalen Vergleich. Dazu möchte ich Ihnen zunächst die Diskussionsteilnehmer vorstellen.

Wir fangen an mit **Renate Hendricks**. Sie ist die Vorsitzende des Bundeselternrates und sie sagt, bevor wir wieder bessere Leistungen von unseren Schülern erwarten können, müssen erst einmal die Lehrer Leistung zeigen.

Neben ihr sitzt **Helmut Dinse**. Herr Dinse leitet ein evangelisches Gymnasium im südniedersächsischen Dassel. Dort ist in letzter Zeit etwas ganz Tolles passiert. Als Herr Dinse vor fünf Jahren dahin kam, da lag alles weitgehend brach und plötzlich ist dieses Gymnasium ausgezeichnet worden, zuletzt als „Umweltschule in Europa“. Die Schule verkauft zum Beispiel ihren eigenen Strom dort. Herr Dinse sagt, Reformen sind sofort möglich, ohne viel Geld und ohne große Gesetzesveränderungen.

Daneben folgt Herr **Wolfgang Weiß**. Herr Weiß ist Schuldezernent in Bremerhaven, wollte aber nicht nur als Vertreter der Bürokratie genannt werden. Herr Weiß sagt, vor allen Dingen muss die Politik ihren Einfluss in der Schule zurücknehmen, dann wird auch der Unterricht besser.

Neben mir sitzt **Erika Risse**. Frau Risse leitet ein Gymnasium in Oberhausen. Sie praktiziert dort den offenen Unterricht, dazu wird sie später sicherlich noch mehr sagen. Frau Risse fordert als Schulleiterin vor allen Dingen eine unterschiedliche Besoldung, um mehr Anreize für noch bessere Leistung der Lehrer zu bekommen.

Zu guter Letzt haben wir als Vertreter der Schülerinnen und Schüler Herrn **Sebastian Schlüsselburg**. Herr Schlüsselburg ist Mitglied der BundesschülerInnenvertretung. Er besucht die 12. Klasse der Sophie-Charlotte-Oberschule in Berlin und sagt, Schulen sollen nicht länger Paukanstalten sein, sondern demokratische Lebensräume. Er hat anscheinend die größte Fangemeinde hier.

Über Schulen ist ja in der letzten Zeit, gerade natürlich auch bei uns in den Medien, viel berichtet worden, viel auch gemeckert worden. Deswegen fangen wir jetzt mal ganz gegen den Mainstream mit einem Positivbeispiel an. Wir hatten das vorhin schon kurz ausgeführt, im südniedersächsischen Dassel sind in den letzten Jahren kleine Wunder passiert. Herr Dinse, ich würde Sie ganz gerne einmal bitten zu verraten: Was ist das Geheimnis Ihres Erfolges, dass Sie aus einer Schule, wo weitgehend alles brach lag, eine Vorzeigeschule gemacht haben.

Helmut Dinse: Ich möchte zunächst einmal korrigieren, Wunder sind da nicht passiert, sondern aus meiner Sicht eigentlich das Normale, aber sicherlich auch etwas über das Alltägliche hinausreichendes. Der Schlüssel dafür ist eigentlich ein Ansatz, Schule erst einmal systemischer zu denken, auch systemischer zu ordnen. Dazu notwendig ist ein schulspezifisches Qualitätsmanagement ...

Özgenc: Was bedeutet Qualitätsmanagement?

Dinse: Unser Qualitätsmanagement basiert auf dem europäischen Qualitätsmanagement EFQM, das speziell für Dienstleistungsunternehmen sehr geeignet ist. Wir haben das für unsere Bedürfnisse nochmals spezifiziert, insbesondere um den Punkt Unterrichtsoptimierung erweitert und im Kern geht es darum, dass Schule sich radikal öffnet, auch Beurteilungsmöglichkeiten schafft für Eltern und für Schüler und dass auch beispielsweise ein Schulleiter sich vom Kollegium beurteilen lässt. Ich verfolge die Auffassung, dass eigentlich turnusgemäß Kollegien zu beurteilen sind – nicht immer in einer großen Evaluation, aber doch zumindest stichprobenartig – und demzufolge ist eigentlich auch der Schulleiter gefragt und auch die Mitglieder unserer Schulleitung werden so auf den Prüfstand gestellt ...

Özgenc: Das heißt, Sie sind auch benotet worden? Mit welchem Ergebnis denn?

Dinse: Ich bin auch benotet worden, selbstverständlich, vom Kollegium. Sie wollen das Ergebnis wissen. Also normalerweise ist es so, dass bei EFQM in der ersten Runde ein Ergebnis von 3,5 bis 3,8 schon günstig ist, mein persönliches Ergebnis war 2,1, das der Schulleitung 2,2.

Özgenc: Herr Schlüsselburg, was halten Sie davon, dass Schüler ihre Lehrer bewerten? Glauben Sie, dass das wirklich eine vernünftige Maßnahme ist?

Schlüsselburg: Das ist durchaus vernünftig, beispielsweise in Hamburg ist das auch schon seit längerer Zeit Praxis, dass sich sowohl Lehrer als auch Schüler gegenseitig evaluieren. Wobei wir an der Stelle – Sie hatten gerade die Frage nach der Note gestellt – auch eines sagen müssen: Wir können nicht einfach alles wieder nur auf einige Ziffern im Notenspektrum reduzieren, denn gerade Evaluation ist eine Sache, die wir sehr differenziert vornehmen müssen, bei der wir umfassende Rahmenbedingungen und Persönlichkeitscharakteristiken einbeziehen müssen, damit wir überhaupt vorankommen. Denn Evaluation ist ja immer nur ein Baustein von dem, was wir dann auf Grundlage der Evaluation erreichen wollen an Fortschritt. Von daher ist Evaluation total sinnvoll. Bildung verstehen wir Schülerinnen und Schüler schließlich als eine Sache, die zwischen Lehrern und Schülern im wechselseitigen Verständnis stattfinden muss.

Özgenc: Das hört sich immer sehr gut an, dass man sagt, wir ziehen alle an einem Strang und dann verbessern wir das. Frau Hendricks, was glauben Sie, wie oft wird so etwas umgesetzt an den Schulen, dass wirklich Eltern, Schüler und Lehrer an einem Strang ziehen, um deutliche Verbesserungen eintreten zu lassen.

Hendricks: Es hat in den letzten Jahren sicherlich Bestrebungen gegeben, Eltern und Schüler und Lehrer stärker zu beteiligen, aber in den meisten Schulen ist es leider immer noch so, dass es sehr starke hierarchische Unterschiede in der Frage der Beteiligung gibt und dass auch an vielen Schulen Eltern einfach immer noch als Störfaktoren betrachtet werden. Ich mach es mal an einem Beispiel klar: Eltern haben in den meisten Ländern das Recht zur Hospitation im Unterricht. Dieses Hospitationsrecht tatsächlich auszuführen, wird von vielen Schulen mit unendlichen Schwierigkeiten belegt, obwohl dieses ja sozusagen eine Möglichkeit wäre, tatsächlich Kontakt aufzunehmen und sich zu

informieren. Es geht nicht, auf der einen Seite den Eltern vorzuwerfen, sie würden sich nicht genug kümmern, ihnen aber auf der anderen Seite nicht die Möglichkeiten einzuräumen, die rechtlich vorgesehen sind. Elternmitwirkung und Zusammenarbeit mit Schülern und mit Lehrern und dem Schulleiter werden in der Regel auf ein Minimum beschränkt. Wobei man weiß, dass es dort, wo es gut funktioniert, auch insgesamt ein besseres Klima gibt, in dem sich alle wohler fühlen. Aber Elternmitwirkung, Schülermitwirkung, Zusammenarbeit mit der Schule ist zeitintensiv, vor allen Dingen in der Anfangsphase. Vor diesem Zeitaufwand haben viele Schulen einfach Angst.

Özgenc: Wie sieht das denn vor Ort aus, beispielsweise in Oberhausen, Frau Risse, gibt es da diese Partizipation, gibt es da Eltern, die den Unterricht besuchen?

Risse: Die gibt es auch, aber ich würde sagen Mitwirkung und Partizipation heißt nicht unbedingt: Eltern besuchen den Unterricht; ich glaube, es wäre ziemlich langweilig, wenn man das als einzigen Punkt für Partizipation sehen würde. An unserer Schule gibt es kein Gremium, in dem nicht ständig Schüler und Eltern von Anfang an dabei sind, und ich meine wirklich von Anfang an. Es geht nicht das Lehrerkollegium hin und entwickelt etwas, führt es dann den Schülern und Eltern vor, die es dann nur noch „abnicken“ können. Ich denke, wenn man etwas beginnt, dann müssen Schüler und Eltern von Anfang an dabei sein, erstens befruchtet das die Entwicklung, zweitens ist hinterher die Akzeptanz größer und drittens – und das ist leidvolle Erfahrung einer Schulleiterin – gibt es sehr viel früher Auseinandersetzungen, denn jeder bringt seine Meinung mit ein, was dann entsprechend anstrengend ist. Macht man aber zunächst alles schön „stromlinienförmig“ und sagt hinterher, ihr dürft nun noch „ja“ oder „nein“ sagen, dann hat man für die Entwicklung einer guten Schule nicht viel erreicht. Dann ist es eine Lehrerschule, aber nicht eine Schule für alle.

Schlüsselburg: Ja, Partizipation, da hat mir Frau Hendricks eine wunderbare Vorlage geliefert, das ist eine Sache, die wir Schülerinnen und Schüler immer wieder, wo wir können, betonen. Damit will ich auch auf Ihre Ausgangsfrage zurückkommen, was wir schon im bestehenden Schulsystem versuchen können, um die Qualität von Schule und Bildung zu verbessern. Partizipation ist zum Beispiel so ein Handlungsfeld, auf dem wir unglaublich viel erreichen

können, ohne gleich das gesamte Schulsystem sofort zu ändern. Derzeit sieht es so aus, dass Schülerinnen und Schüler meistens an der einzelnen Schule wenig und an überschulischen Entscheidungsprozessen so gut wie gar nicht beteiligt werden. Das Forum Bildung ist so ein Beispiel, das ich konkret anführen kann. Es ist vorhin von der Bundesbildungsministerin und auch von anderen Mitgliedern des Forum Bildung mehrfach gesagt worden, dass alle gesellschaftlich relevanten Gruppen hier beteiligt worden seien. Faktisch ist es aber so, dass wir Schülerinnen und Schüler nicht beteiligt worden sind; es gab zwar eine Gruppe von Schülerzeitungsredakteuren, die das Ganze begleitet hat, aber die demokratisch legitimierte Interessensvertretung der Schülerinnen und Schüler, also die BundesschülerInnenvertretung oder auch einzelne LandeschülerInnenvertretungen wurden nicht beteiligt. Da müssen wir in den Köpfen wirklich etwas verändern! Schulpolitik kann nicht einfach über die Köpfe der Schülerinnen und Schüler hinweg diskutiert und entschieden werden, denn wir sind diejenigen, die betroffen sind und deshalb sollten wir wirklich in den Entscheidungsprozess einbezogen werden und im Zentrum dieses Entscheidungsprozesses stehen. Das ist ganz wichtig. Eine Schulreform ohne die Schülerinnen und Schüler ohne ihre Mitarbeit, wird es nicht geben, das muss ich hier ganz deutlich festhalten.

Özgenc: Herr Weiß, wie sieht das denn in Bremerhaven aus? Machen Sie da auch Schulreform über die Köpfe ihrer Schüler hinweg?

Weiß: Ich hoffe nicht. Unser Problem ist auch nicht, dass die Eltern nicht mitwirken dürfen. Je nach Stadtteil ist dies zwar unterschiedlich, aber die arbeiten, wie Frau Risse auch gesagt hat, von Anfang an mit und zwar nicht nur, dass sie den Unterricht besuchen, sondern auch bei konkreten Projekten. Unser Problem ist eigentlich eher das, dass Eltern, Lehrer und Schüler und die Schulverwaltung zwar weitgehend an einem Strang ziehen, dass wir aber schon im siebten, achten, neunten Jahr eine Sparrunde nach der anderen hinter uns bringen müssen, was im krassen Gegensatz steht zu den Sonntagsreden, die in der Politik dann gehalten werden. Ich bin selber Politiker, ich darf das jetzt so sagen. Wir haben zwar jetzt zum ersten Mal erreicht, dass es keine weiteren Kürzungen geben wird, sondern der Bildungsetat im Unterschied zu anderen Etats aufgestockt worden ist, aber trotzdem müssen immer noch entsprechende Opfer gebracht werden aufgrund der katastrophalen Haushaltslage. So wurde jetzt eine Stadtteilbibliothek, die an einer Schule untergebracht ist,

geschlossen, das ist bereits die fünfte in Folge! Man sagt zwar, wenn man spart, muss man es ja irgendwo spüren, das ist logisch. Aber dass man ausgerechnet in diesem Bereich spart, steht natürlich in krassem Widerspruch zu den PISA-Ergebnissen und ich bin sehr froh, dass die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und auch die Lehrer gemeinsam dagegen protestieren, auch wenn sich in diesem Falle der Protest gegen mich als zuständigen Schuldezernenten wendet. Aber hier kommen wir auf den entscheidenden Widerspruch zwischen dem Anspruch von solchen Kongressen und dem, was vor Ort tatsächlich läuft.

Hendricks: Ich finde es natürlich toll, dass Schüler, Lehrer und Eltern gemeinsam protestieren – das ist übrigens die Situation, wo man sie am besten zusammenfassen kann, wenn es etwas gibt, gegen das sie sich wenden können. Aber wenn es darum geht, in der Schule konstruktiv zusammen zu arbeiten, haben wir enorme Probleme, diese Zusammenarbeit auch wirklich partnerschaftlich umzusetzen. Ich denke, das ist etwas, was die Schüler bestätigen können, was sie auch erleben. Das Problem zeigt sich nämlich im Einzelfall der Schule: Welches Verständnis habe ich von der jeweils anderen Gruppe, verstehen wir uns als Ganzes, gemeinschaftlich verantwortlich für das, was in der Schule passiert? Das wird häufig nicht so verstanden. Es gibt offensichtlich kein gemeinschaftliches Verantwortungsbewusstsein für das, was in der Schule passiert. Das hat zunächst mal nichts mit Geld zu tun. Sondern es hat damit zu tun, ob Bildung und Erziehung wirklich auch von Lehrern in der Verantwortlichkeit erkannt wird und sie dabei die Schüler und die Eltern als ihre Partner ansehen. Das passiert leider oft nicht. Ich will Ihnen ein typisches Beispiel erzählen: Es geht um eine „schulscharfe“ Einstellung an unserer Schule, und ich fragte die Lehrer: Wie stellen Sie sich Elternarbeit vor? Antwort: „Wir werden uns Zeit für Elternsprechtage nehmen.“ Neue Lehrer, die gerade eingestellt werden! Das Beispiel zeigt: Die Lehrer sind nicht entsprechend ausgebildet, sie haben nie gelernt, wie eigentlich Elternarbeit an Schulen funktioniert. Und ich kann doch nicht etwas erwarten, was ich ihnen nicht beigebracht habe. Wenn ich aber davon ausgehe, dass Elternarbeit und Zusammenarbeit mit den Schülern ein wesentlicher Baustein für eine gute Schule sind, gehört dieses auch als Grundbedingung in die Lehrerbildung hinein. Es gehört weiterhin dazu, dass wir auch Qualifizierungsmaßnahmen für Schüler und für Eltern zur Verfügung stellen, die Ämter in den Schulen übernehmen, damit sie diese vernünftig wahrnehmen können. Erst wenn wir dieses

alles erreicht haben, sind die Voraussetzungen für eine partnerschaftliche Schule gegeben.

Weiß: Möglicherweise ist das unterschiedlich in verschiedenen Städten, in Bremerhaven haben wir vielleicht noch einen zusätzlichen Vorteil. Wir haben dort „städtisches Schulwesen“, das heißt wir haben auch die Dienstaufsicht, und von daher sind die Wege nicht weit, die Bürokratie ist abgebaut. Vor diesem Hintergrund war es eben doch möglich, dass zum Beispiel in schwierigen Stadtteilen ein Projekt aufgebaut worden ist in Zusammenarbeit mit der Jugendmusikschule, mit Tanzpädagogen, mit Tänzerinnen vom Stadttheater – ein Projekt, das die musische Bildung voranbringt. Das ist übrigens ein Punkt, den ich nebenbei bemerkt als große Gefahr ansehe in der gegenwärtigen PISA-Debatte: Es geht da ausschließlich um Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften. Wo wir aber auch ganz bestimmt große Defizite haben, das ist die Sinnvermittlung, den Sinn des Ganzen zu hinterfragen und etwas wie Selbstverwirklichung zu vermitteln. Da spielen Musik, Kunst und Theater eine ganz große Rolle. Und gerade in diesem Bereich sind die Eltern, die Lehrer, die Schülerinnen und Schüler vor Ort sehr aktiv. Deswegen glaube ich, dass wir diese Initiativen, die sich hier vor Ort bilden, von Seiten der Behörde stärker unterstützen müssen, statt sie zu gängeln und zu prüfen, ob nicht irgendeine Verordnung dagegen spricht.

Risse: Ich würde ganz gern da einhaken, denn ich glaube, die Frage von Anspruch und Wirklichkeit ist eigentlich das, was uns als Schulen im Alltag immer wieder stört. Natürlich leben wir nicht in einem total freien Raum, das heißt, wir können nicht machen, was wir wollen. Das mag bei Herrn Dinse an der Schule eines freien Trägers etwas anders aussehen, aber in den öffentlichen Schulen ist es so, dass wir zwar einerseits viele Initiativen entwickeln, so wie Herr Weiß dies auch gesagt hat, aber wir brauchen andererseits auch eine Gesetzgebung, einen Rahmen, der diese Initiativen nicht lähmt, sondern der sie fördert. Es geht mir nicht darum, lauter Blumen blühen zu lassen, lauter „Orchideenschulen“ zu haben, sondern es geht mir darum, dass aus guter Praxis irgendwann etwas entsteht, von dem es sich lohnt, dass es verbreitet wird. Wenn es zum Beispiel um Zusammenarbeit geht, um partnerschaftliche Zusammenarbeit, dann braucht man auch die Hilfe anderer, eines Schulträgers zum Beispiel, der hilft, dass nicht immer nur die extremen Gruppierungen gesehen werden. Wenn also Lehrer über Eltern sprechen, dann sollten sie auch

über die Eltern sprechen, die uns helfen weiter zu kommen, und nicht nur über die, die immer nur nörgeln. Leider reden wir Lehrer aber zu oft genau über diese kleine Gruppe. Oder über die Schüler, die ständig unzufrieden sind und meinen, nichts an der Schule klappt. Dabei gibt es doch viele Schüler, die gemeinsam mit uns daran arbeiten wollen, dass es besser klappt. Andererseits denke ich, dass auch „Nörgler“ und Zweifler durchaus wertvoll sind, weil sie uns zwingen, eine Entwicklung auch zu hinterfragen.

Aber um bei Anspruch und Wirklichkeit zu bleiben – und weil Frau Hendricks gerade die so genannten „schulscharfen“ Einstellungen in Nordrhein-Westfalen ansprach – es ist ein eigenartiges Wort, das bedeutet, dass wir als Schulen uns die Lehrerinnen und Lehrer selber aussuchen dürfen. Aber um hier Anspruch und Wirklichkeit zu beschreiben: Das Ministerium sagt: Gebt uns einen Ausschreibungstext, in den ihr schreibt, welchen Lehrer ihr haben wollt. Das finde ich toll. Dann machen wir das so und bekommen von der direkt vorgesetzten Behörde – jetzt schon zum zweiten Mal – gesagt: „Aber bitte keinen Text! Schreibt: Mathematik, Physik, aber bitte nicht ein Wort zu eurem Schulprogramm.“ Mit dem Erfolg: Ich kann anschließend von den 49 Bewerbern nicht die einladen, die wirklich zu unserer Schule passen würden, sondern nur die, die die besten Examensnoten haben, weil ich mich ja nicht auf einen Ausschreibungstext beziehen kann, mit dem ich hätte sagen können, worum es uns geht. Das ist nicht überall so und vom Ministerium wird es eigentlich auch anders gewünscht. Aber da liegt genau das Problem: Wir als Schulen werden von einer Verwaltung gelähmt, wenn wir wirklich etwas verändern wollen, und das stört mich.

Özgenic: Nicht ganz so gelähmt ist der Herr Dinse, der ist in einer Art Privatschule, in kirchlicher Trägerschaft. Sie haben andere Möglichkeiten, auch bei der Einstellung von Lehrern; wie sehen denn da die Unterschiede zu einer staatlichen Schule aus, was sind die entscheidenden Punkte?

Dinse: Ich versuche ein paar Kritikpunkte zusammen zu fassen. Und da ich von Natur aus eher ein optimistischer Mensch bin, möchte ich Sie darin bestärken, es auch gegen die geschilderten Widerstände anders zu machen, soweit es die gesetzlichen Rahmenbedingungen eben zulassen. Auf der anderen Seite ist es keineswegs so, dass ich tun und lassen kann, was ich will, weil ich mich als Leiter einer anerkannten Ersatzschule natürlich auch an die rechtlichen Rahmenbedingungen halten muss. Aber was man unbedingt fordern sollte, ist ein-

fach, dass bei Einstellungen wirklich das Programm der Schule nach außen hin dargestellt wird, um von vornherein diejenigen Lehrkräfte und Aspiranten zu binden, die dazu passen, das ist doch völlig klar. Ohne eine solche Personalpolitik wäre bei uns Schule gar nicht denkbar. Ich muss doch Personal „einkaufen“, das auch zu uns passt, das also auch über die 23,5 Wochenstunden hinaus mal eine Stunde zusätzliche freiwillige Arbeit leistet, und dies alles muss man notwendigerweise schon im Bewerbungsgespräch ansprechen.

Auf der anderen Seite bin ich natürlich als Schulleiter gegenüber meinem Schulträger auch in der Verantwortung, und wenn ich beispielsweise darauf hinweise, dass ich innerhalb von vier Jahren 124 Unterrichtsbesuche mit Bewertungen vorgenommen habe, dann ist das im Grunde genommen etwas, was ich meinem Schulträger wieder zurückgebe. Nebenbei gesagt: Es sind bei uns dann nicht alle Lehrkräfte durch die Probezeit gekommen. Und ich meine, wenn man Verantwortung in diesem Sinne einlöst, dann ist ein Schulträger, auch ein staatlicher Schulträger gut beraten, Schule auch in dieser Form in die Selbstverantwortung zu schicken.

Zum Thema Partizipation sind meines Erachtens zwei Dinge gar nicht heftig genug in die Waagschale zu werfen: Einmal ist wahrscheinlich der Leidensdruck der Schulen immer noch zu gering, denn in der Situation in der wir anfangs standen, da war der Leidensdruck so groß, dass die Schule vor der Schließung stand. Und wenn wir das auf PISA übertragen, ist zwar Schule insgesamt jetzt nicht in der Situation, dass sie gewissermaßen geschlossen werden müsste, aber sie muss neu denken, sie muss neue Wege gehen und dazu zählt unbedingt auch die Öffnung von Schule. Dazu zählt ganz einfach auch das Zugehen auf Partner, und das sind nun mal die Eltern und Schüler. Wie handeln wir das? Im Schulalltag ist es im Grunde genommen nicht ein so herausgehobenes Thema, aber wir führen beispielsweise in unseren schulinternen Lehrerfortbildungsveranstaltungen natürlich auch Elemente ein, wo Elternarbeit mit einfließt, wo zum Beispiel auch Eltern als Referenten auftreten. Vor einer Woche hatten wir gerade eine Veranstaltung zum Thema Drogenprävention, mit unserer Schulelternratsvorsitzenden als Hauptreferentin. Da sind wir uns mit Sicherheit nicht zu schade zu sagen: Du hast die bessere Kompetenz und wir lernen auch gerne von dir als Schülmutter, das ist völlig klar. Die andere Geschichte geht Richtung Schüler: Da führen wir regelmäßig Klausurtagungen mit der ganzen SV durch, wo unsere SV-Beratungslehrer drei Tage mit den Schülerinnen und Schülern in Klausur gehen und denen im Grunde genommen Schülerrechte mitteilen, „einimpfen“ und auch kritisch

hinterfragen. Also man kann da schon sehr vieles machen, man muss nicht immer unbedingt den rechtlichen Status verändern, man muss initiativ werden und man muss im Grunde genommen hineinhören ins Publikum. Der zweite Gesichtspunkt, der meines Erachtens auch eine Rolle spielt: Wir stehen als freie Schule ja in einer ständigen Konkurrenzsituation, auch gegenüber benachbarten öffentlichen Schulen. Und von daher müssen wir ganz einfach eine größere Sensibilität für unsere potenzielle Klientel aufbringen. Wenn Sie das am Ertrag messen, sind wir da auf einem guten Weg: 1995 hatten wir knapp 400 Schüler, 2001 dann 770; auch das ist also ein klarer Faktor.

Schlüsselburg: Zu den Aspekten, die Herr Dinse gerade angesprochen hat, also gerade was die höhere Eigenständigkeit seines Verantwortungsbereiches und auch seine Organisationskompetenz anbelangt. Das ist ja eine Tendenz, die auch im staatlichen Schulwesen schon seit längerem um sich greift, die seit Anfang der neunziger Jahre wieder aufgegriffen worden ist in der so genannten Autonomie-debatte bzw. der Debatte um die Schule in erweiterter Verantwortung. Da geht es eben genau darum, Organisationsprozesse vor Ort entscheiden zu lassen, wo die Leute den besten Überblick darüber haben, wie die Entscheidungen zu treffen sind, um das Ganze ein bisschen zu verschlanken und zu entbürokratisieren. Das ist eine Sache, die lange Zeit schon informell stattgefunden hat und die jetzt – das Forum Bildung hat ja auch eine Empfehlungen dazu gemacht – von der Politik quasi im Nachhinein durch gesetzliche Rahmensetzung nachvollzogen und unterstützt wird. Das sind also Tendenzen, die durchaus schon stattfinden, nicht nur an Schulen in freier Trägerschaft. Aber im Detail, gerade im Bereich der Finanzautonomie oder auch bei der konkreten Beteiligung der verschiedenen Gruppen vor Ort, da gibt es durchaus noch Bereiche, die wir gerade als Schülerinnen und Schüler kritisieren müssen.

Özgenc: Mich würde mal interessieren: Wie sind denn Ihre persönlichen Erfahrungen, wenn es darum geht, in Ihrer Schule mitzubestimmen im Unterricht? Sie sind ja nun Vertreter der BundesschülerInnenvertretung, da ärgert Sie sicherlich einiges auch, was in der Schule abgeht. Gehen Sie da zu dem Lehrer hin oder gehen Sie zum Direktor hin, wie läuft so was ab, wie muss man sich das vorstellen?

Schlüsselburg: Das kommt drauf an. Ich bin auch zwei Jahre lang Schulsprecher in einer Schule vor Ort gewesen und kann aus dieser Zeit sagen, dass Par-

tizipation, Mitbestimmung im Unterrichtsgeschehen faktisch nicht vorhanden sind. Da haben wir nach wie vor den Lehrer, der vorne vor der Klasse steht und sagt, wo es lang geht. Es gibt immer einzelne Lehrer oder Lehrerinnen, die etwas mehr auf die Interessen der Schüler eingehen und auch im Rahmen des Curriculums besprechen, was man denn etwas länger machen möchte oder welcher Thematik man etwas mehr Aufmerksamkeit schenken möchte und welcher weniger. Das sind dann aber schon Lehrerinnen und Lehrer, die ich in meiner Schullaufbahn eher selten getroffen habe, wo man sich als Schüler schon freut, wenigstens mit eingebunden zu sein und wenigstens den Lehrplan kommuniziert zu bekommen. Aber in der Regel ist es so, dass Schülerinnen und Schüler den Lehrplan zu fressen haben, dass die Lehrer, also auch die, die es eigentlich wollen, sich oft kaum diesem Lehrplan entgegensetzen können, weil er einfach vorgegeben wird. Das ist daher ganz klar eine Forderung der Schülervvertretung, dass die Schülerinnen und Schüler ihren Lernprozess zunehmend selbst bestimmen und über das, was sie lernen wollen, entscheiden können.

Özgenc: Sie möchten ja gerne die Rolle des Lehrers ändern, dass der Lehrer zum Lernbegleiter wird. Wie muss man sich das vorstellen?

Schlüsselburg: Das ist zum Beispiel auch so ein Punkt, wo man eigentlich relativ schnell etwas ändern könnte, wenn man denn wollte. Da muss ich Frau Hendricks unterstützen, das setzt ein verändertes Rollenverständnis und daher auch eine Reform der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung voraus. Derzeit ist es doch so, dass den Lehrerinnen und Lehrern beigebracht wird, sie stehen vor der Klasse und sie „bepauken“ die Schülerinnen und Schüler. Die Rolle des Lernbegleiters ist dagegen mehr die Rolle des Unterstützers oder der Unterstützerin. Dass das Individuum Schüler wegen seiner individuellen Interessen und Neigungen seine Lernziele mehr und mehr selbst definieren kann und sagen möchte, ja, das möchte ich in dem Umfang und zu der Zeit und in der Intensität lernen und der Lehrer die Person ist, die bestimmte Methoden bereit hält und die Schülerin oder den Schüler dabei unterstützt und im Hintergrund die begleitende Person ist. Das ist eine Sache, die kann ich auch jetzt relativ schnell umsetzen, dazu muss sich ein bisschen in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung ändern. Das wird dann natürlich noch eine gewisse Zeitlang dauern bis man dann die entsprechenden Lernbegleiter hat. Deshalb muss man auch die Lehrerinnen und Lehrer, die heute schon dieses neue

Rollenverständnis haben und das auch gerne umsetzen möchten, in diesem Bereich unterstützen und ihnen das, was sie ohnehin gerne machen möchten, auch gewähren.

Özgenc: Frau Risse, könnten Sie sich das vorstellen, Lernbegleiterin zu sein, vielleicht bald überflüssig im Klassenzimmer?

Risse: Ja, das wäre genau das Ziel. Ich sage, dass Lehrerbildung eine wichtige Sache ist und man etwas daran ändern muss. Ich war vor kurzem Vorsitzende in einer Prüfungskommission für junge Lehrerinnen und Lehrer; da war eine junge Lehrerin zum Abschluss ihrer Referendarzeit, sie hat den offenen Unterricht dargestellt und alles war super und genau so, wie wir uns das vorstellen. Da habe ich sie gefragt: „Machen Sie das denn auch alles so, wenn Sie jetzt an eine neue Schule kommen?“ Dann hat sie geantwortet: „Das geht ja leider in der Realität nicht“ – und das hat mich schockiert! Denn offensichtlich erleben unsere Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Ausbildung Schulen, die dies alles nicht ermöglichen und das müsste nicht sein. Es müsste wirklich nicht sein, denn kein Gesetz und keine Schulaufsicht verhindern, dass Reformen in den Schulen passieren. Auch wir sind eine völlig normale Schule und wir – und dies an einem Gymnasium – haben offenen Unterricht bis zum 10. Jahrgang und es funktioniert wunderbar. Wir machen das seit fast 15 Jahren und unser Abitur ist genau das gleiche wie an anderen Schulen auch! Unsere Schülerinnen und Schüler – und ich bin froh, dass wir über Unterricht sprechen – „bepauken“ sich längst selber und lernen nicht nur von den Lehrerinnen und Lehrern. Das setzt aber voraus, dass Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Vorstellung von Schule gestützt werden, denn wenn sie jung sind und gerade anfangen, dann wollen sie all diese positiven Dinge. Was passiert aber dann, dass es später nicht mehr so funktioniert? Ich denke, da ist auch etwas kaputt am System, wobei ich im Augenblick nicht genau weiß, woran es liegt.

Aber ich würde gerne kurz noch einmal vom Unterricht weg zur Selbstverantwortung kommen. Sebastian hat ja vorhin schon gesagt, dass es dies Gott sei Dank nicht nur im privaten Schulwesen gibt, sondern die Tendenz auch im öffentlichen Schulwesen so ist. Im Ausland ist das längst völlig normal, wir in Deutschland hinken da ein wenig hinterher. In Nordrhein-Westfalen gibt es ein ganz neues Modell, an dem sich Schulen beteiligen und wirklich eine hohe Selbstverantwortung übernehmen können. Und was ist passiert? Ich habe es

mit Schrecken beobachtet: Eine Gewerkschaft, die GEW, der ich selbst auch angehöre, hat in Nordrhein-Westfalen massiv dagegen polemisiert – und insofern, Sebastian, wenn man sagt, in Details sei man dagegen, heißt das oft, dass man auch eine ganze Tendenz und damit eine Entwicklung lähmt. Man sollte die ersten Schritte erst mal zulassen, wenn die Richtung stimmt, dann kann man später immer noch die Details kritisieren. Wenn man aber gleich zuviel Kritik übt und den Wagen nicht einmal losfahren lässt, dann ist es doch nicht verwunderlich, wenn bald keiner mehr mitfährt. Ich bedaure häufig, dass gute Entwicklungen gleich im Keim erstickt werden, weil wir – und vielleicht ist das deutsche Mentalität – von vornherein sagen, dass dieses nicht ginge und jenes nicht, statt zunächst zu sagen: Wir wollen den Karren ans Laufen kriegen!

Hendricks: Ich möchte Frau Risse da in vollem Umfang unterstützen, ich habe auch zum Thema selbstständige Schule in Nordrhein-Westfalen immer gesagt: Lassen wir es anfangen, lassen wir uns anschauen, wie es sich entwickelt, und dann können wir gegensteuern. Der Bundeselternrat hat sich übrigens in einer seiner letzten Resolutionen ganz eindeutig für die größtmögliche Selbstständigkeit der Schulen ausgesprochen, hat aber gleichzeitig gesagt, die größtmögliche Selbstständigkeit der Schulen beinhaltet auch, dass dort eine regelmäßige Evaluation stattfinden muss – und zwar auch die regelmäßige Evaluation des einzelnen Lehrers – und dass eine Rechenschaftslegung erfolgen muss gegenüber der Schulöffentlichkeit: Rechenschaft gegenüber den Schülern und gegenüber den Eltern. Und es muss Feedback-Meldungen geben an die Schulen, so dass die Lehrer auch Feedback von ihren Schülern bekommen. Anders, als es ja häufig dargestellt wird, ist das häufig auch eine sehr positive Rückmeldung und zwar eine gezielte Rückmeldung, die Lehrer bis dahin gar nicht bekommen haben. Ich glaube, was uns an den Schulen wirklich fehlt, ist ein Stück Mut zum Experiment. Der muss vor allem in der Spitze, im Management vorhanden sein, um das sozusagen loszutreten. Es kann sich schlecht von der Basis etwas nach oben bewegen, wenn man von oben immer ausgebremst wird. Sprich: Sie müssen wirklich Mut machen zum Experimentieren, das wäre einer meiner wirklichen Wünsche, die ich an das Schulsystem hätte.

Das zweite ist, dass wir ein paar Dinge kulturell einfach verändern müssen. Wir müssen die Verantwortlichkeit der Lehrerinnen und Lehrer in ganz anderem Maße nicht nur für ihren eigenen Unterricht, sondern für den Unterricht und

ihre Schule als Ganzes und vor allen Dingen für den einzelnen Schüler herstellen. Das heißt, Lehrerinnen und Lehrer müssen das Ganze im Auge haben und sich auch mit dieser Schule identifizieren. Dieses Stück „corporate identity“, von dem wir im Angelsächsischen immer sprechen, fehlt uns an vielen Schulen. Wir müssen überlegen, wie kriegen wir das nun eigentlich hin, dass sich die Schulgemeinde einschließlich der Schüler und der Eltern und der Lehrer und der Schulleitung für diese Schule einsetzt, sich identifiziert, Ziele gemeinsam formuliert und sie auch umsetzt. Das nächste, was wir brauchen, ist eine ausgefeilte Förderkultur an unseren Schulen. Wir brauchen die Situation, dass wir auch den einzelnen Schüler in den Blickwinkel nehmen und nicht nur das System.

Und dann, denke ich, brauchen wir die wirkliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen an der Schule beteiligten Gruppen und zur Öffnung zum Umfeld, denn Schule ist kein Solitär, der irgendwo einzeln auf dem Mond lebt, sondern wir leben in einer Umgebung, die die Schule von außen beeinflusst. Und wenn Schule diese Ressourcen, die für sie dann möglich sind, nicht tatsächlich nutzt, kann sie nicht das Optimum aus sich herausholen. Und außerdem würde ich mir sehr dringend wünschen, dass die Schulträger, die ja unter wahnsinnigem finanziellem Druck stehen, trotzdem eine Initiative los-treten, Schulen so auszustatten, dass sie nicht zu Lernfabriken degradieren. Wir sollten nicht permanent über die räumlichen Ausstattungen und die Situation der Schulgebäude lamentieren, sondern sagen, wir eröffnen zumindest Möglichkeiten, dass auch Eigeninitiativen von Schulen möglich sind. Sprich: Dass wir Bibliotheken einrichten, Aufenthaltsräume einrichten, Medienräume, dass wir auch tatsächlich Literatur und Bücher für Schülerinnen und Schüler anschaffen können und Kommunen solche Initiativen unterstützen. Ich weiß, wie die Situation der Kommunen ist. Nur: Wenn wir so, wie wir zur Zeit über Bildung diskutieren, über innere Sicherheit diskutiert hätten, dann hätten wir heute bestimmt keine Soldaten in Afghanistan.

Özgenc: Herr Weiß, was muss sich da bei Ihnen ändern? Ist das ein zu rigider Sparkurs, der da gefahren wird oder ist eigentlich gar nicht so viel Geld nötig?

Weiß: Geld allein macht nicht glücklich, aber ohne Geld wird es nicht gehen. Sie können nicht jahrelang den Etat herunterfahren und dann nicht nur gleiche Leistung, sondern immer höhere Leistung verlangen. Um wiederum ein Beispiel aus der Praxis zu nennen: Es hat keinen Sinn alle Schulen ans Netz zu

packen, mit Computern auszustatten und dann die paar Hundert Mark, die die Schulen brauchen, um die Leitungskosten zu bezahlen, zu sperren. Aber genauso passiert es in verschiedenen Städten. Wenn man hier durch diese Messestände geht, dann sieht man ja, dass die deutsche Schullandschaft ausgesprochen lebendig ist, und das sind ja nicht die einzigen Schulen, wo etwas passiert. Das sollte man nicht übersehen bei den gegenwärtigen Podiumsdiskussionen und Verlautbarungen, wie schlecht es an deutschen Schulen ist. Aber die Sparrunden der letzten Jahre haben uns in die Gefahr gebracht, dass es zu einem Qualitätssprung rückwärts kommt. Es kann nicht mehr weiter gespart werden, und in manchen Ländern hat man erkannt, dass man eben auch Geld braucht, um Schulreform voranzubringen und die neuen Aufgaben wahrzunehmen.

In diesem Zusammenhang auch eine Bemerkung zur Steuerungsfunktion des Staates: Ich trete sehr dafür ein, dass man die Schulen selber machen lässt, dass man Initiativen vor Ort unterstützt. Die meisten dieser Initiativen, die hier präsentiert werden, sind gewiss vor Ort entstanden, denn sie würden überhaupt nicht leben ohne die Menschen vor Ort – aber sie brauchen eben auch die entsprechende Unterstützung von oben. Das ist der entscheidende Punkt, dass die Behörde, die Gesellschaft dieses unterstützt und sich dann in aller Regel nicht weiter einmisch. Aber so einfach ist das nicht! Wenn zum Beispiel an einer Schule drei Lehrer krank werden oder aus anderen Gründen ausfallen, und an der anderen Schule sind alle Lehrer da, wie würden sie wohl über die Behörde sprechen, die sich zurücklehnt und sagt, dies ist uns jetzt egal? So geht es also nicht, schließlich sind wir ein Gemeinwesen.

Die entscheidende Steuerungsfunktion beginnt mit der Beobachtung der Initiativen an den verschiedenen Schulen. Dann werden Sie unter Umständen Defizite feststellen – Defizite, die nicht unbedingt etwas mit schulischen Problemen zu tun haben, sondern die zum Beispiel von der Lage der Schule in einem „schwierigen“ Stadtteil herrühren. Hier müssen wir steuernd eingreifen, indem die Behörde zum Beispiel an bestimmten Schulen, wo die Schwierigkeiten größer als an anderen sind, vielleicht verstärkt Lehrerentlastungsstunden gibt oder Klassengrößen stadtteilbezogen absenkt. Dazu braucht die Kommune aber auch die entsprechenden rechtlichen Möglichkeiten, da muss man dann auch Vertrauen haben in die Politiker vor Ort, die die Situation meist sehr viel besser kennen.

Ich kann dazu ein Beispiel kurz erwähnen, unser Projekt Tonnendachhalle in Bremerhaven. Wir haben wie in allen anderen Städten Schüler, die quasi nicht mehr in die Schule kommen, weil ihnen jegliche Motivation fehlt. Hier setzt unser Projekt an: Ein völlig verfallenes Gebäude beim Stadthaus, das von Schülern repariert und saniert wird, indem sie eine Heizung einbauen, Mauern hochziehen und sonst etwas, wobei sie „handfeste“ Arbeit haben. Wenn sie dann Steine rankarren, um zum Beispiel eine Mauer zu bauen, dann müssen die eben doch rechnen: Wie viele Steine brauche ich denn eigentlich, bevor ich zehn Schubkarren zuviel da hinfahre? Oder wenn sie Dachrinnen anbringen, dann sehen sie, wie die richtige Länge und Biegung sein muss, damit das Wasser nicht daneben läuft. Dies ist das alte Prinzip des handlungsorientierten Lernens, des Lernens am konkreten Projekt. Wir haben Schüler, die hatten vorher eine Fehlquote von über 80 %, in dieser Tonnendach-Schule gibt es praktisch überhaupt keine Fehlzeiten mehr. Die Schüler kommen sogar noch zusätzlich dorthin, allerdings kriegen sie dort auch ein Frühstück, ein warmes Mittagessen und werden entsprechend betreut. So erreichen wir die Schüler und motivieren sie.

Hendricks: Herr Weiß, ich kann Sie da nur hundertprozentig unterstützen und ich gebe Ihnen vollkommen Recht, dass wir Steuerungsfunktionen haben müssen, die die Unterschiede an den Schulen wahrnehmen und sie auch mit unterschiedlichen Mitteln versorgen. Ich glaube, das müssen wir einfach mal feststellen, dass es nicht grundsätzlich im Gießkannenprinzip geht, sondern dass wir unterschiedliche Hilfen brauchen. Aber ich komme auch dahin, dass ich sage, wenn wir jetzt über PISA und auch im Forum Bildung ganz deutlich gesagt haben, wir müssen in der Früherziehung etwas tun und wir müssen in der Grundschule etwas tun, dann kann ich dieses nicht machen, indem ich permanent den Mangel weiter verwalte. Wir haben in den letzten Jahren die Klassengrößen in den Grundschulen in allen Bundesländern hochgesetzt. Wir haben die Unterrichtsverpflichtung der Lehrer hochgesetzt. Wir haben dabei überhaupt nicht geschaut, was passiert da eigentlich tatsächlich in der Früherziehung und ist das für die Kinder sinnvoll? Sondern wir haben immer nur gefragt, ist das finanzpolitisch überhaupt noch machbar, was wir hier tun? Und wenn die Eltern fragen, mein Gott noch mal, wie katastrophal ist dieses System, wann kann ich denn mit einer Änderung rechnen? Dann sagen alle Bildungspolitiker, na ja in 10 Jahren hat sich vielleicht etwas geändert. Wenn man jetzt eine Analyse macht und feststellt, dass Dinge nicht in Ordnung sind,

muss man irgendwo anfangen Prioritäten zu setzen und überlegen, wo fange ich an? Die erste Priorität müsste ganz klar da sein, wo wir tatsächlich die Basis, das Fundament legen, also in der Früherziehung. Dann müssten wir aber auch anfangen bereit zu sein, in diese Früherziehung mehr Geld zu stecken und die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass wir die Kinder im Auge haben und nicht immer nur den Finanzplan der Kommune. Das würde auch bedeuten, dass wir uns dazu durchringen zu sagen, Bildung ist für uns so wichtig, dass wir mehr investieren. So – dann müssen wir eben die Tieferlegung der Stadtbahn verschieben und mehr in die Schulen investieren. Aber das ist eine Frage der Entscheidung vor Ort.

Özgenc: Bleiben wir mal bei dem Stichwort Grundschule. Herr Dinse, als Vertreter einer weiterführenden Schule, haben Sie das Gefühl, dass das Niveau der Schüler, die von der Grundschule auf Ihre Schule gekommen sind, in den letzten Jahren gesunken ist?

Dinse: Da erwischen Sie mich beinahe bei einem Lieblingsthema, aber ich will das nicht ausweiten. Wir sind ja eine der wenigen Schulen Niedersachsens, die Anschlussmöglichkeiten des Gymnasiums schon in der 5. Klasse bieten, ansonsten geht das ja erst nach der 5. und 6. Klasse als Orientierungsstufe. Für mich scheint es in der Tat so, dass bestimmte Grundfertigkeiten eigentlich heute dem Stand der Klasse 3 von 1980 oder 1985 entsprechen, das muss man einfach mal so sehen. Wir haben an der Stelle mehr Arbeit zu leisten als früher, aber man muss das akzeptieren. Es ist viel über die Förderung von schwachen Kindern gesprochen worden. Wir betreuen beispielsweise auch Legastheniker, weil das ein Programmpunkt unserer Schule ist, und da geht es nicht um Finanzen, da geht es im Grunde genommen um den Willen, auch solchen Kindern mit bestimmten Defiziten so entgegenkommend wie möglich zu helfen. Ich bin jetzt ein bisschen angepiekst von dem, was gerade gesagt worden ist. Wenn all diese Probleme, wie sie so dargestellt worden sind, in der Tat noch so virulent sind und im Grunde genommen nach Lösungen schreien, dann wäre es also geradezu sträflich, sich auf diesen Fluchtpunkt Ganztagschule hinzubewegen, von dem ja in den gestrigen und heutigen Reden gewissermaßen als Rettungsanker gesprochen wurde. Sie müssen sich vorstellen, ich bin also auch Leiter einer Ganztagschule, da kommen 30 Prozent zusätzlicher Kostenaufwand hinzu. Wenn man momentan nicht einmal die normale Tagesschule finanziell und konzeptionell so behandelt, wie es eigentlich notwendig und er-

forderlich wäre, dann kann man diesen Fluchtpunkt Ganztagschule nicht nehmen, denn die Projekte, die nachmittags bei uns beispielsweise laufen, sind mit Sicherheit inhaltlich so attraktiv und auch pädagogisch durchdacht, dass sie kein Zufallsergebnis sind und dass sie schon gar nicht nur der Aufbewahrung von Kindern dienen. Vor so einer verkürzten Sicht von Ganztagschule warne ich dringend! Das schafft Frustration, insbesondere auch unter den Schülern selbst und natürlich auch in den Kollegien. Ganztagschulen, die sich reinweg als Zufallsergebnis der Nachmittagsgestaltung verstehen, die tun eigentlich keinen Dienst am Menschen.

Risse: Ich muss meinem Kollegen zweimal widersprechen. Erstens sind die Grundschüler und -schülerinnen, die zu uns ans Gymnasium kommen, relativ gut ausgebildet und haben Kompetenzen, die dann plötzlich an den weiterführenden Schulen brach liegen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen – aber ich weiß das auch von anderen Bundesländern – in den Grundschulen Lehrerinnen und Lehrer, die sehr viel mit offenem Unterricht arbeiten, die sich wirklich bemühen, den Kindern nicht nur kognitives Wissen „einzutrichtern“, sondern schon den Kleinen helfen Problemlösungsstrategien zu entwickeln, nicht sie ihnen beizubringen. Dann kommen die Kinder in die weiterführende Schule und dann ist alles, was sie bisher gelernt haben, nicht mehr gefragt. Ich denke, auch da liegt etwas, was wir besser aufgreifen sollten. Ich sehe das nicht so negativ, dass Grundschulkinder nicht vorbereitet seien auf das, was später auf sie zukommt. Aber das Problem der Ganztagschule sehe ich inhaltlich ähnlich wie Herr Dinse. Wir dürfen auf keinen Fall Ganztagschulen bekommen, die dann später nur Betreuungsanstalten sind. Ich selber habe lange Zeit an einer Ganztagschule gearbeitet und habe es genauso gesehen wie Sie. Aber politisch ist das Thema zurzeit der Renner. Wenn wir jetzt sagen, wir kochen es auf kleiner Flamme, dann nutzen wir nicht, was im Augenblick möglich ist. Es schreien im Moment alle nach Ganztagschulen, deshalb sollten wir dies jetzt nutzen, jetzt also weiter galoppieren, aber es muss die richtige Form einer Ganztagschule sein. Im Übrigen danke ich Frau Hendricks wegen ihrer Aussagen zu den Rahmenbedingungen; ich wiederhole das jetzt nicht alles, möchte aber betonen, dass ich es genauso sehe.

Schlüsselburg: Zu dem Aspekt der Ganztagschule, da kann ich nur sagen, dass wir wirklich das Ganze in einen fundierten pädagogischen Rahmen, in fundierte pädagogische Konzeption einbauen müssen. Es kann wirklich nicht

sein, dass wir diesen reinen Betreuungsaspekt jetzt in den Mittelpunkt der Debatte stellen, sondern wir müssen sagen, wenn wir über ein ganztags-schulisches Angebot sprechen, dann muss das Ganze auch mit einem pädagogischen Konzept versehen sein, gerade was den Begriff Lebensraum Schule anbelangt.

Özgenc: Kurze Zwischenfrage: Möchtest du den ganzen Tag in der Schule sein?

Schlüsselburg: Es geht hier nicht um Zwang, sondern Schule müssen wir als einen Ort verstehen, der Zentrum seines Kiezes, seines unmittelbaren Umfeldes ist, der auch dieses Umfeld mit einbezieht in sein Schulleben, und das auch außerhalb der Schule stattfindende Angebote, aber pädagogisch betreute Angebote bereithält. Beispielsweise gab es in Berlin vor einem halben Jahr die Veröffentlichung der neuen Gewaltstatistik an Berliner Schulen, da war der Aspekt der rechtsextremen Hintergründe von Gewaltvorfällen ziemlich hoch und das ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Auf der einen Seite weinen die Politiker Krokodilstränen, oh mein Gott, das ist ja so schlimm, so viele Gewaltvorfälle mit rechtsextremem Hintergrund und auf der anderen Seite setzen sie eben genau das im Bereich Schule nicht um. Sie sind halt nicht bereit, Geld in die Schule zu investieren und zu sagen, ja Schule kann mit einem Jugendfreizeitangebot, mit Sozialstationen o.ä. diesen Tendenzen vorbeugen und Schülerinnen und Schüler so vernünftig und mit einem guten Hintergrund einbinden. Und so auch eine höhere Identifikation mit der Schule schaffen. Der Zwangaspekt, der darf hier einfach nicht benutzt werden in diesem Zusammenhang. Man kann keinen Schülern zwingen länger in der Schule zu bleiben. Manche Schüler freuen sich, die gehen nach Hause und haben da ein wunderbares familiäres Umfeld, andere Schülerinnen und Schüler, die würden vielleicht lieber eine Runde länger Basketball spielen auf dem Hof mit ihren Freunden zusammen.

Jetzt noch ein Punkt, zu dem ich bisher noch nichts gesagt habe, aber der mir doch auf der Zunge brennt, der Aspekt der Finanzierung. Da wird bisher geschrien: Ja, Bildung muss Priorität im Bereich der Finanzen genießen. Auch in Berlin hat man jetzt gesagt, den Bildungsbereich klammern wir im Bereich der Einsparungen aus, aber mehr investieren können wir im Moment auch nicht. Genau an dem Punkt müssen wir mal ein bisschen die aktuelle Politik demaskieren. Es geht im Zuge der erhöhten Eigenverantwortung der Schule darum, die bürokratische Mangelverwaltung an die Einzelschule d.h. an die

Betroffenen abzugeben und zu sagen, die Grundausrüstung, liebe Schulen, die bieten wir euch. Das was ihr zusätzlich braucht, um eure Profilbildung, euer Schulkonzept, um euer Schulprogramm durchzusetzen, das bitte finanziert ihr durch Drittmittel, von der Wirtschaft o.ä. Und das kann meines Erachtens so nicht funktionieren. Wenn wir von Bildungspolitik sprechen, dann ist das eine öffentliche Finanzierung, die vom Staat zu gewährleisten ist und nicht von irgendwelchen Dritten, gerade nicht von der Wirtschaft, denn da sehen wir einfach die große Gefahr, dass die Einzelschule in Abhängigkeitsverhältnisse gerät und daher müssen wir ganz klar sagen: staatliche Finanzierung von Bildung und nichts anderes!

Özgenc: Gerade wenn es um die Finanzierung geht, spielt in letzter Zeit auch wieder das Thema Schul sponsoring eine Rolle und Sie, Herr Weiß, kommen aus dem Stadtstaat Bremen. Dort haben Sie einen Senator, der war mal Manager bei Werder Bremen, der würde wohl am liebsten sämtliche Schulen mit Werbeplakaten zu plakatieren?

Weiß: Nein, das kann man so nicht sagen. Herr Lemke hat sehr kreative Ideen was das Sponsoring betrifft. Aber es kann nicht unsere Aufgabe sein, wenn z.B. ein Klavier verstimmt ist, dann zu einem Musikgeschäft zu gehen und zu fragen: Sponsorn Sie vielleicht, dass es gestimmt wird? Wir sind Pädagogen und keine Fundraiser, die immer rumlaufen müssen, um Geld einzutreiben. Man mutet ja auch keinem Maurer zu, ein Haus zu bauen und zu sagen, Mensch, du machst doch deinen Beruf gerne, bring doch ein paar Steine und Mörtel mit, es langt sonst nicht. Das ist völlig absurd.

Özgenc: Aber was ist denn daran so schlimm ??

Weiß: Weil wir Pädagogen sind und uns auf die pädagogische Arbeit konzentrieren müssen! Es kann nicht so sein, dass wir den Lehr- und Lernmittelletat immer weiter runterfahren und sagen, gut – ihr habt jetzt die Autonomie und könnt sehen, wie ihr den Rest irgendwie beibringt. Dann laufen sie alle bei der Stadtparkasse auf und bei drei, vier anderen Leuten, die vielleicht noch Geld haben, und jedes Jahr geht das von vorne los. Das lenkt uns doch von der pädagogischen Arbeit ab, das kann nicht unsere Aufgabe sein.

Aber zum Thema Geld, und deswegen hatte ich mich vorhin gemeldet, passt das Thema Wirtschaftsförderung. Da fragen mich die Lehrer oft: Wieso ist

eigentlich kein Geld da? Schaut doch mal: Die Fußgängerzone ist überdacht worden, wir haben Theater für Musicals gebaut, wir haben die drei Tenöre subventioniert oder ein Rockkonzert. Also muss doch Geld da sein, es wird nur falsch verteilt! Dann heißt es sofort: Um Gottes Willen, das ist doch alles Wirtschaftsförderung, das Geld können wir doch nicht für die Schulen verwenden! Aber es wäre doch denkbar, dass die Politiker die verschiedenen Töpfe auch anders verteilen, damit eben mehr Geld für die Schule da ist. Wir müssen nur den Investitionsbegriff erweitern. Wie Frau Hendricks sagte: Schule als Investition! Es kann doch nicht sein, dass wir ständig die ausrangierten Computer von irgend jemand aufbereiten müssen. Hier brauchen wir anständige Ware und dann auch die entsprechende Ausbildung der Leute, das kostet Geld und das muss man wissen und dann muss das Geld auch bitte her. Und nicht sagen, alle Schulen sind am Netz, die Sache ist gelaufen. Da laufen vielleicht 2 – 3 %, großteils chatten die Leute oder sie surfen rum, das hat doch nichts mit Computerbildung zu tun. Das Entscheidende ist jetzt, dass wir sagen, das Investieren in Bildung ist für die Wirtschaft unabdingbar. Warum entsteht denn jetzt nach PISA auf einmal solche Aufgeregtheit, wie sie nur noch mit dem Sputnikschock vergleichbar ist? Weil man plötzlich Angst hat, dass man nicht mehr international konkurrenzfähig ist. Bildung ist ein Tanker, die Wirkung von Steuermaßnahmen merkt man meist erst sehr viel später. Und wir werden, selbst wenn wir jetzt hoch investieren, die Wirkung nicht sofort spüren. Aber wenn wir jetzt nicht in Bildung investieren, dann kriegen wir später die Rechnung.

Özgenc: Herr Dinse, Sie bitten ja Ihre Schüler in Südniedersachsen zur Kasse, wenn auch nicht mit besonders hohen Gebühren. Ist das ein Ausweg?

Dinse: Nein. Das Schulgeld an freien Schulen ist ja ohnehin nur bis zu einer rechtlich festgelegten Grenze zu erheben. Ich mache hier kein Geheimnis daraus: Wir haben maximal einen Betrag von 60 DM im Monat, und der hat für mich eigentlich eine ganz andere Bewandnis. In dem Augenblick, in dem mein Schulträger sagte, wir erheben jetzt Schulgeld, da bin ich auf den Schulträger zugegangen und habe gesagt, o.k. dann musst du aber auch insgesamt gesehen unseren Haushalt aufstocken, das ist schon von der Moral her gesehen so. Ich wollte aber noch einmal zu Sebastian sagen, dass es auch eine andere Form von Sponsoring gibt, die die Wirtschaft machen kann, ohne die einzelne Schule in die Abhängigkeit zu nehmen. Das drückt sich dann nicht unmittelbar in DM aus, sondern darin, dass beispielsweise Klassen gelegentlich einen

Lernort in Betrieben bekommen, der so ausgestattet ist, dass ich in der eigenen Schule dafür die entsprechende Infrastruktur nicht aufbauen muss. Da kann ich nur empfehlen, falls irgendwo ein solches Angebot unterbreitet wird, dieses auch zu nutzen. Das hat nämlich einen zweiten Effekt, der nicht zu verachten ist und zwar in dem Sinne, dass dort angewandtes Wissen erlernt werden kann. Also beispielsweise im Bereich Biotechnik, das kann ich aus eigener Erfahrung nur dringend empfehlen!

Özgenc: Wir sind jetzt sozusagen auf der Zielgeraden, aber wir haben noch ein wenig Zeit.

Risse: Ich bin erst einmal sehr dankbar, dass PISA erschienen ist. Herr Minister Zehetmair hat am Anfang gesagt, dass wenn wir in Bildung investieren, wir erst in 100 Jahren davon profitieren und für Politiker heute, die in vier oder fünf Jahren wiedergewählt werden wollen, ist das zu weit weg. Das ist unser Problem. Ich denke, die Fußgängerzone, die überdacht wird, die kann man in fünf Jahren sehen. Das, was wir machen, ist eben nicht so greifbar in kurzer Zeit. Wenn wir das in die Köpfe der Politiker bekämen, das wäre schon etwas. Ansonsten denke ich zum Thema „Sponsoring“, dass ich – und das hat Wolfgang Weiß ja auch gesagt – nicht abhängig sein möchte von irgendwelchen Leuten, die vielleicht netterweise in ihre Tasche greifen. Ich möchte es vielmehr so sehen wie Herr Dinse, wir müssen Partner für die Schule gewinnen, die uns helfen, Kinder und Jugendliche sich entwickeln zu lassen, auch an außerschulischen Lernorten. Hier in Berlin gibt es zum Beispiel die Freiligrath-Schule, die Experten und Künstler in die Schule holt, die mit den Jugendlichen arbeiten. Solche Menschen von außen haben ein ganz anderes „Standing“ gegenüber den Kindern als wir Lehrer. Dann sollten wir zurücktreten und sagen, gut, wir beobachten das und greifen ein, wenn es irgendwo vielleicht in eine falsche Richtung geht. Aber wir überlassen das Terrain des Lehrens auch mal anderen, d.h. wir lassen unsere Kinder rausgehen und wir holen Experten in die Schule herein. Ich denke, das verändert letztlich auch Unterricht. Den Mut muss eine Schule haben und das verbieten einem auch keine Richtlinien und keine Lehrpläne, in keinem Bundesland!

Schlüsselburg: Ich möchte noch etwas dazu sagen, was noch nicht so akzentuiert gesagt worden ist in der Runde hier. Wenn wir uns die derzeitige bildungspolitische Debatte angucken, dann ist es so, dass unglaublich viele

Leute jetzt auch gerade nach PISA die Befürchtung haben, oh, Deutschland könnte jetzt im internationalen Standortwettbewerb irgendwie hintenan sein, weil unser Bildungssystem und unser „Humankapital“ nicht genug ausgebildet sind. An der Stelle möchte ich auch noch mal kurz einhaken, damit es nicht in Vergessenheit gerät: Bildung hat in erster Linie Selbstzweck zu sein und es stehen nicht die Interessen der Wirtschaft im Mittelpunkt des Lernprozesses, sondern einzig und allein das Individuum Schüler. Darum geht es! Dies scheint aber derzeit in der Debatte ein bisschen anders abzulaufen. Die Leute sagen, wir müssen jetzt in Bildung investieren, damit unsere Schülerinnen und Schüler besser ausgebildet werden für das, was wir gerade im wirtschaftlichen Prozess brauchen, damit wir später irgendwann auf irgendwelchen Rankinglisten besser positioniert sind und sich Gerhard Schröder vor anderen Regierungschefs auf die Schulter klopfen und sagen kann, wir sind jetzt besser als ihr. Das kann nicht sein! Bildung ist Selbstzweck und das Individuum Schüler hat im Zentrum desselben zu stehen.

Risse: Aber da gibt es doch zurzeit durchaus eine Lobby zwischen den Schülern und den anderen Leuten, die das so wollen. Ich kenne viele Schüler, die eigentlich auch besser werden wollen, weil es ihnen Spaß macht, weil sie einfach gerne lernen.

Schlüsselburg: Ich greife noch mal das auf, was der Bundespräsident eben in seiner Rede gesagt hat. Natürlich ist gesellschaftliche Reproduktion wichtig, natürlich brauche ich später auch als Mitglied dieser Gesellschaft einen Job, um mich zu reproduzieren, zu leben, mich zu entfalten, um einfach das nötige Kapital und Kleingeld dafür in der Tasche zu haben. Aber warum lasse ich mir von der Wirtschaft Interessen aufdrücken, die sagen, wir brauchen jetzt dies und das im ökonomischen Prozess, also bitte stärkt jetzt meinerwegen mathematische und naturwissenschaftliche Fächer und versucht, den Schülerinnen und Schülern zu sagen, ihr habt jetzt ein Interesse daran, das zu lernen, obwohl es eigentlich gar nicht ihr eigenes Interesse ist? Wir sind eher dafür, dass ein Schüler das lernen darf, woran er selbst ein Interesse hat. Denn wo er selber Spaß dran hat, wird er das Ganze auch qualitativ hochwertiger machen und später auch noch Spaß daran haben, in dem Feld weiter aktiv zu sein und in diesem Bereich auch einen sehr wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Also das Ganze kann ich auch zwangfrei gestalten und das müssen wir hier ganz klar festhalten. Vorhin wurde in einer Podiumsdiskussion auch gesagt,

„sich auf den Hosenboden setzen“, d.h. Anstrengung gehört dazu. Ja, das gehört dazu, aber ich kann mich entweder auf den Hosenboden setzen, weil ich dazu gezwungen worden bin, oder aber weil es mir Spaß macht und weil die Zeit dabei wie im Fluge vergeht. Ich plädiere für Letzteres!

Hendricks: Wenn ich hier so die Diskussion Revue passieren lasse, dann habe ich zwischenzeitlich den Eindruck, als ob die Wirtschaft eine geradezu dominante Rolle in der Schule spielt. Das spiegelt aber eigentlich nicht die Situation wider, wie ich sie tatsächlich in der Schule erlebe. Ich denke, wichtig ist, dass wir sichern, dass wir Bildung für alle haben. Wir haben jetzt in der letzten Zeit sehr viel über das Gymnasium diskutiert, explizit oder implizit. Wir haben aber sehr viele andere Schüler an unseren Schulen. Bildung für alle bedeutet, dass ich Fördermöglichkeiten für alle Kinder an allen Schulen offen halte und sie auch tatsächlich stütze. Wenn der Staat das nicht kann, dann hat er damit seine Kapitulation, seinen Konkurs erklärt. Das ist doch das Entscheidende! Wir haben eine staatliche Schulpflicht und diese staatliche Schulpflicht kann offensichtlich mit den Mitteln des Staates nicht optimal ausgestattet werden. Jeder Betrieb würde, wenn er ein solches Ergebnis hätte, Konkurs gehen – die Schule aber nicht. Also muss doch nachgefragt werden, ist ein staatlicher Betrieb nicht auch verpflichtet, nachzubessern, nachzulegen, Fehler zu beheben, vor allen Dingen dann, wenn es um die Zukunft des Staates geht, nämlich um die Bildung seiner Schülerinnen und Schüler. Und das würde für mich bedeuten, dass sich der Staat wirklich darum kümmert, evaluiert, nachbessert und denjenigen, die dort arbeiten, auch die entsprechende Unterstützung gibt. Und nur wenn wir das leisten, nur dann haben wir eine Chance, eine Bildungsdiskussion nicht nur anzustoßen, sondern eine Bildungsreform einzuleiten.

Özgenc: So, das war jetzt ein gutes Schlusswort. Ich bedanke mich für Ihr Interesse. Es ist dabei hoffentlich übergekommen, dass es viele Ideen und Reformmöglichkeiten gibt, dass es im Endeffekt an den Leuten vor Ort liegt und an einer engen Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schülern und Lehrern und den Politikern natürlich auch. Ich hoffe besonders, dass die Einrichtungen der beiden Schulvertreter, Frau Risse und Herr Dinse, in einem Jahr nicht mehr die Ausnahmeerscheinung sind als Vorzeigeschulen, die hier vorgeführt werden, sondern dass es dann die Regel ist. Ich danke Ihnen.

Hans Zehetmair

Schlusswort beim Abschlusskongress des Forum Bildung am 10. Januar 2002 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Kongress sind zwei Jahre erfolgreicher Arbeit des Forum Bildung zu Ende gegangen.

I.

Der Kongress hat die Bedeutung der beiden wichtigsten Ergebnisse des Forum Bildung eindrucksvoll bestätigt:

1. Die 12 Empfehlungen des Forum Bildung haben den Rahmen geschaffen für eine Bildungsreform, die wir auch angesichts der PISA-Ergebnisse dringend benötigen.
2. Genauso wichtig wie die Empfehlungen ist die neue Kultur der Zusammenarbeit, die im Forum Bildung entstanden ist. Die politisch Zuständigen in den Ländern und im Bund werden die für diese Bildungsreform erforderlichen inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Anstrengungen nur leisten können, wenn ideologische Grabenkämpfe in der Bildung für immer der Vergangenheit angehören.

Ich möchte allen herzlich danken, die am Zustandekommen dieser Ergebnisse mitgewirkt haben, den Mitgliedern des Forum Bildung, den Expertinnen und Experten der Expertengruppen, den zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, die sich an der Diskussion der Zwischenergebnisse beteiligt haben, und den Vertreterinnen und Vertretern der Praxisbeispiele, die maßgeblich zum Erfolg dieses Kongresses beigetragen haben. Unser besonderer Dank gilt dem Herrn Bundespräsidenten. Durch seine Rede auf dem ersten Kongress des Forum Bildung im Sommer 2000 hat er entscheidende Impulse gegeben. Durch seine heutige Rede hat er deutlich gemacht, dass alle Beteiligten gewaltige Anstrengungen zur Umsetzung der Ergebnisse des Forum Bildung unternehmen müssen.

II.

Nun beginnt der entscheidende Prozess der Umsetzung der Ergebnisse des Forum Bildung. Auch hierfür haben bei diesem Kongress die politisch Zuständigen bereits hoffnungsvolle Ankündigungen gegeben. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass das Forum Bildung Bund und Ländern empfiehlt, die Umsetzung der Empfehlungen wissenschaftlich begleiten zu lassen. Ein Netzwerk kompetenter Institute soll bis Ende 2004 Bund und Ländern einen Bericht über die Verwirklichung der Empfehlungen vorlegen und in dieser Zeit einige wichtige Fragen weiter vertiefen.

Die Umsetzung der Empfehlungen muss sowohl von „oben“ wie von „unten“ erfolgen. Auch das hat der Kongress noch einmal deutlich gemacht: Wir brauchen die erforderlichen inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen durch die politisch Zuständigen und Verantwortlichen in den Ländern und im Bund. Wir brauchen aber genauso das engagierte und kompetente Ausfüllen dieser Rahmenbedingungen durch diejenigen, die Bildung vor Ort gestalten. Wenn die Frauen und Männer, die Bildung „machen“, bei dieser entscheidenden Zukunftsaufgabe von uns allen anerkannt werden, wenn sie motiviert und engagiert sind und wenn sie für diese verantwortungsvolle Aufgabe möglichst gut aus- und weitergebildet werden, ist das ein entscheidender Beitrag zum Erfolg der Bildungsreform.

Hinzu kommen muss allerdings, dass das Wissen um die Bedeutung von Bildung für die Zukunft des Einzelnen, für die Zukunft der Gesellschaft und für die Zukunft der Wirtschaft von den Experten auf die breite Öffentlichkeit übergeht. Hierzu müssen wir alle beitragen. Die PISA-Studie zeigt auch dies: Voraussetzung für den Erfolg von Bildungsreform ist, dass alle um die Bedeutung von Bildung wissen und danach handeln.

Unser Ziel ist klar: In spätestens zehn Jahren sollte das deutsche Bildungswesen wieder international zur Spitzengruppe gehören. Das Forum Bildung und dieser Kongress haben Wege zu diesem Ziel aufgezeigt. Beschreiten wir sie.

Forum Bildung

Bund und Länder haben 1999 das Forum Bildung eingesetzt, um Qualität und Zukunftsfähigkeit des deutschen Bildungssystems sicherzustellen. Unter dem gemeinsamen Vorsitz von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn und Bayerns Wissenschaftsminister Hans Zehetmair haben im Forum Bildung Bildungs- und Wissenschaftsministerinnen und -minister sowie Vertreterinnen und Vertreter der Sozialpartner, Wissenschaft, Kirchen, Auszubildenden und Studierenden Empfehlungen zur Bildungsreform erarbeitet.

Ausgangspunkt für die Einrichtung des Forum Bildung war die Erkenntnis, dass Bildung eine Schlüsselrolle in der Gesellschaft von morgen haben wird. Bildung steht vor der doppelten Herausforderung, Wissen und Kompetenzen zu vermitteln, die in Zukunft über Lebenschancen des Einzelnen und über gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt entscheiden, und gleichzeitig soziale Ausgrenzung angesichts ständig steigender und neuer Qualifikationsanforderungen zu verhindern und bestehende Ausgrenzung zurückzudrängen.

Im Mittelpunkt der Arbeit des Forum Bildung standen fünf bildungsbereichsübergreifende Themenschwerpunkte, die Bund und Länder gemeinsam betreffen:

- Bildungs- und Qualifikationsziele von morgen
- Förderung von Chancengleichheit
- Qualitätssicherung im internationalen Wettbewerb
- Lernen, ein Leben lang
- Neue Lern- und Lehrkultur

Das Forum Bildung hat gleichzeitig eine breite öffentliche Debatte über Bildung geführt, um die Anregungen und Ideen derjenigen einzubeziehen, die an Bildung teilnehmen, an Bildung interessiert sind oder Bildung gestalten (vgl. www.forum-bildung.de). Bildungsreform kann nur erfolgreich sein, wenn die Bedeutung von Bildung öffentlich wahrgenommen wird.

Bestellformular



An die Online-Redaktion Forum Bildung. Fax (0221) 2784-708
Lieferadresse (bitte in Blockbuchstaben ausfüllen):

Straße/Hausnummer (kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon/Fax

Bitte senden Sie mir kostenfrei:

Vergriffen: Materialien 1 „Aktuelle Bildungsdiskussion im Ausland“

___ Exemplar(e) Materialien 2 „Rede des Bundespräsidenten“

___ (**max. 4**) Exemplar(e) Materialien 3 „Erster Kongress des Forum Bildung“

Vergriffen: Materialien 4 „Qualifizierte Berufsausbildung für alle“

Vergriffen: Materialien 5 „Bildungs- und Qualifikationsziele von morgen“

Vergriffen: Materialien 6 „Förderung von Chancengleichheit“

Vergriffen: Materialien 7 „Finden und Fördern von Begabungen“

___ Exemplar(e) Materialien 8 „Qualitätssicherung im internationalen Wettbewerb“

___ Exemplar(e) Materialien 9 „Lernen – ein Leben lang“

Vergriffen: Materialien 10 „Neue Lern- und Lehrkultur“

___ Exemplar(e) Materialien 11 „Bildung und Qualifizierung von
Migrantinnen und Migranten“

___ Exemplar(e) Materialien 12 „Medienkompetenz – Kompetenz für neue Medien“

___ Exemplar(e) Materialien 13 „Fremdspracherwerb – wie früh und wie anders?“

___ Exemplar(e) Materialien 14 „Aus guten Beispielen lernen“

___ Exemplar(e) Ergebnisband I „Empfehlungen des Forum Bildung“

___ Exemplar(e) Ergebnisband II „Empfehlungen u. Einzelergebnisse
des Forum Bildung“

___ Exemplar(e) Ergebnisband III „Berichte der Expertengruppen des
Forum Bildung“

___ Exemplar(e) Ergebnisband IV „Abschlusskongress des Forum Bildung“

→ Alle Materialien sind auch in der Internet-Bibliothek unter
www.forum-bildung.de abrufbar.

